

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



7. November 1981
Jg. 2 Nr. 23

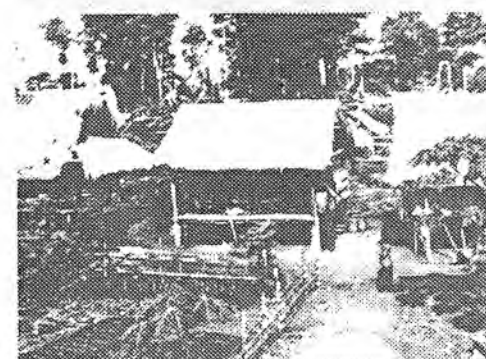
G 7756 D Preis:
2 DM



Militarismus: Die Bourgeoisie ergreift umfassende Maßnahmen zum Ausbau der Bundeswehr Seite 10



SPD/FDP: Regierungskoalition bläst auf dem Haushaltsloch wirtschaftspatriotische Märsche Seite 13



Demokratisches Kampuchea: Militärische Erfolge in der Regenzeit Seite 30

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

Breschnew-Besuch: Auch „Deutschlandpolitik“ steht auf der Tagesordnung: BRD und Sowjetunion pokern um Ansprüche und Einflußsphäre Seite 3

„Leistung und Gegenleistung“ im „innerdeutschen Handel“? Seite 4

Die Sowjetunion als „Schutzmacht“ der DDR, der Beistandspakt von 1975 Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

Naher Osten: EG-Imperialisten wollen Truppen auf dem Sinai / Drohungen gegen Libyen Seite 7

Nord-Süd-Konferenz: Imperialistische Zumutung für die Dritte Welt Seite 7

Taiwan: Chinesische Initiative gegen „zwei China“-Politik der USA Seite 8

Rohstoffinteressen: Malaysische Regierung gegen Preussag-Konzern Seite 9

Militarismus: Die Bourgeoisie ergreift umfassende Maßnahmen zum Ausbau der Bundeswehr Seite 10

Teilzeitbeschäftigte: ÖTV setzt höhere Zusatzrente durch Seite 11

Lohnfortzahlung: Kapitalisten drohen und entlassen ... Seite 12

Studenten: Bundes-ASten-Konferenz der VDS Seite 12

SPD FDP: Regierungskoalition bläst auf dem Haushaltsloch wirtschaftspatriotische Märsche Seite 13

„Amerika wieder an die Arbeit bringen“: Die Reagan-Regierung in Aktion Seite 14

Thatcher hat ihre Schuldigkeit getan — muß Thatcher gehen? Seite 16

Milton Friedman: Ein „Liberaler“ über die „Freiheit der Arbeiter“ Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Karman: Investitionen sollen sich bezahlt machen Seite 19

Lärmzulage: Fortschritte in der Umsetzung des MTV ... Seite 19

NRW-„Sparmaßnahmen“: Mehrarbeit, Kälte und Dreck, „Sparen“ an der Universität Bielefeld Seite 20

Energiepreisbildung: „Gleichpreisigkeit auf welchem Niveau? Seite 21

BASF: Bezahlte Parlamentsarbeit Seite 21

Bayern: : Grenzlandbauern verlangen EG-Förderung Seite 22

Lohnkampf 1981/82: Die Seehafenarbeiter beraten die Forderungen Seite 22

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Rüdiger Lotzer; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrich Grothus; für Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Die wirtschaftliche Lage in den westdeutschen Seehäfen Seite 23

Nürnberger Verhaftungen: 5. März-Prozesse beginnen Seite 23

Westberlin: CDU-Senat legt Sparpläne vor Seite 24

Schwermetallkongreß: Bürgerinitiativen für Verursacherprinzip Seite 24

Schulen: Delegierte der baden-württembergischen Schüler gründen Landesschülervertretung gegen die Reaktion an den Schulen Seite 25

„Tendenzwende“ bei den Lehrinhalten — die Schülerunion treibt zu Seite 26

Stichwort Forderungen zur Schule Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Indien: USA finden Bedingungen für IWF-Kredit noch nicht erpresserisch genug Seite 29

Opec: Ölkonzerne sauer: Einigung über Preis Seite 29

Demokratisches Kampuchea: Militärische Erfolge in der Regenzeit Seite 30

Renault/Peugeot: Die „Wende“ muß auch die Fabrik erfassen! Seite 30

England: British-Leyland-Streik beendet Seite 31

Jugoslawien: Auslandsschulden abbauen Seite 31

VR Polen: Die Regierung bläst zum Angriff auf die Ergebnisse der Kämpfe vom August 1980 Seite 32

Aus dem Programm der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität“ Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

Die bleierne Zeit: Anstoß zu diesem Film waren Christiane Ensslin und ihre in Stammheim umgekommene Schwester Seite 34

„Hart am Rande des Bewußtseins“ Seite 34

Die Nazi Herrschaft: kein „Schicksal“ Seite 34

Es gibt Schlimmeres als Kriege: Menschen Seite 35

Science Fiction: Gesellschaftskritische und idealistische Ansätze bei Wells Seite 35

Deutscher Friedensvertrag: Antihitler-Koalition und Bruch des Potsdamer Abkommens Seite 36

Brückner: Die „unpraktische Seite des Grundgesetzes“ Seite 37

Ist die Verteidigung des Reallohns möglich? Seite 38

Wirtschaftsinstitute zur Einkommens- und Verbrauchsentwicklung 1981 Seite 38

Auch „Deutschlandpolitik“ steht auf der Tagesordnung: BRD und Sowjetunion pokern um Ansprüche und Einflußsphäre

Vom 22. bis 25.11. wird sich Leonid Breschnew, Generalsekretär der KPdSU und Staatsoberhaupt der UdSSR, zu Besuch bei der Bundesregierung aufhalten. Der Besuch war ursprünglich auf zwei Tage angesetzt, dann aber auf Wunsch Breschnews verlängert worden. Über die Tagesordnung ist Präzises und v.a. Vollständiges nicht zu erfahren. Der CDU-Baron von Wrangel meinte kürzlich im Bundestag, die Bundesregierung noch etwas drängen zu müssen: „... wird sicher über Raketen und Röhren gesprochen werden, vielleicht auch über Afghanistan und Polen. Aber wird auch über Deutschland gesprochen werden, über das geteilte Deutschland? Und wenn, wird man sich damit abspesen lassen, daß Herr Breschnew auf die Souveränität der DDR verweist, in die er sich nicht einmischen könne? Wird man dann im Interesse der Deutschen taktlos genug sein, diesen formalen Einwand beiseite zu schieben, und sozusagen zur Sache kommen?“

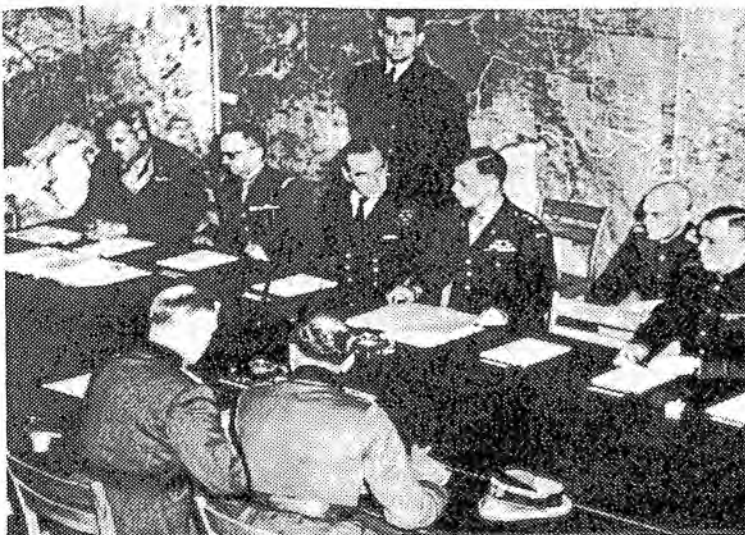
Außenminister Genscher, direkt angesprochen, schwieg sich aus, und natürlich hatte die CDU/CSU-Opposition auch nicht ernsthaft im Sinn, die zwischen der westdeutschen und sowjetischen Regierung entfaltete Geheimdiplomatie zu stören. Dunkle Absichten gedeihen eben nur im Dunkeln. Daß die Bundesregierung, bevor dann Schmidt in wenigen Monaten beim DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker „zur Sache kommt“, erst einmal mit der Sowjetunion „deutschlandpolitisch“ verhandelt, steht praktisch au-

ßer Frage und entspricht ganz der widerspruchsbeladenen Kumpanei, die die beiden Mächte mit den „Ostverträgen“ eingegangen sind.

Mit dem Moskauer als dem ersten der „Ostverträge“ hat die BRD seinerzeit erreicht, daß die UdSSR den „vorläufigen Charakter“ der in Europa bestehenden Grenzen anerkennt und faktisch darauf verzichtet, als Siegermacht des 2. Weltkrieges die BRD zu einem Friedensvertrag und zur Anerkennung der Grenzen zu zwingen (s. Pol. Ber. 9/81). Nach Aussagen von Verhandlungsteilnehmern hat „Außenminister Gromyko ausdrücklich erklärt, die Sowjetunion habe in einem für sie sehr schmerzhaften Prozeß den Begriff der Anerkennung hinsichtlich der Grenzen fallen lassen und die Sowjetunion habe mit der Bundesregierung keinen Vertrag geschlossen, der im Widerspruch zu der auch der Sowjetregierung bekannten Vorstellung der Bundesregierung über die Wiedervereinigung Deutschlands stehe“. (1) Die Bundesregierung hat im Gegenzug kaum mehr geleistet als ihre Unterschrift unter einen „Gewaltverzicht“, besser Verzicht auf *militärische* Gewalt; denn mit den „Ostverträgen“ verschafften sich die westdeutschen Imperialisten die Möglichkeit zu bis dahin ungekannter wirtschaftlicher Aggression gegen die RGW-Länder, zu Krediterpressungen und zu politischen Erpressungen. Welcher Art, deutet der schon zitierte CDU-Baron an: „Wird man mit allem Nachdruck eine Verbindung ... herstellen zwischen den sowjeti-

schen Wirtschaftsinteressen und dem Interesse der Deutschen, auch über die trennende Grenze hinweg in enger Verbindung zu bleiben?“

Warum aber hat die Sowjetunion den Moskauer Vertrag unterzeichnet? Als Siegermacht des 2. Weltkrieges, die das Potsdamer Abkommen mitverfaßte, ist die Sowjetunion nicht nur befugt, sondern verpflichtet, einen Friedensvertrag mit Deutschland durchzusetzen. Sie ist durch nichts berechtigt, auf die völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD zu verzichten, sondern im Gegenteil durch das Potsdamer Abkommen gebunden, der Oder-Neiße-Grenze die völkerrechtliche Anerkennung zu verschaffen. Wie kann sie da „den Begriff der Anerkennung hinsichtlich der Grenzen fallen lassen“, wie Gromyko es ausdrückte? Nachdem die westdeutschen Imperialisten im Bündnis mit den imperialistischen Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich alle Friedensvertragsangebote der SU von 1952 bis 1959 (2) haben scheitern lassen, ist die SU ebenso durch nichts berechtigt, mit dem Interesse der DDR an völkerrechtlicher Anerkennung, ja überhaupt an staatlicher Fortexistenz, die durch die offenen Wiedervereinigungsansprüche der BRD ständig bedroht ist, zu schwächen. Sie hat aber geschachert; nicht nur hat sie selbst einen Vertrag geschlossen, der nach Gromyko nicht „im Widerspruch zu der Vorstellung der Bundesregierung über die Wiedervereinigung Deutschlands“



Links: Die Generäle Jodl und von Friedeburg unterzeichnen für die faschistische Wehrmacht die Kapitulation. Rechts: Sowjetische und US-Offiziere stoßen bei der Elbe aufeinander, Deutschland wird in Besatzungszonen eingeteilt.

„Leistung und Gegenleistung“ im „innerdeutschen Handel“?

Der Handel zwischen der BRD und der DDR wird sich 1982 auf 12 Mrd. DM erhöhen – ca. 6 Mrd. DM Exporte in die DDR, ca. 6 Mrd. DM Importe aus der DDR. Die BRD liefert damit 1,6% ihrer Exporte in die DDR, verglichen mit ihrem Volkseinkommen sogar nur 0,6%. Anders bei der DDR: Ihre Exporte in die BRD werden auf 3,9% ihres Volkseinkommens steigen. Nach der UdSSR ist die BRD mit einem Anteil von 8,4% ihr zweitgrößter Handels„partner“.

Trotz geringen Anteils ist der Handel mit der DDR für die BRD und ihre „Wiedervereinigungs“-Gelüste von großer Bedeutung. Durch die Steigerung des Handels versucht die BRD, die DDR wirtschaftlich abhängig und politisch erpreßbar zu machen.

Von Anfang an bestanden die BRD-Imperialisten deshalb darauf, daß der Handel mit der DDR als „Binnenhandel“ z.B. nicht den Außenzöllen der EWG unterworfen sein dürfe. Mitte der 60er Jahre begann die BRD dann eine systematische Handelsausweitung. Die Große Koalition führte ab 1967 für Investitionsgüterlieferungen an die DDR die Bundesgarantie ein, ab Mai 67 stellte sie für Lieferungen in die DDR Kre-

dite bereit. 1968 vereinbarte die Bundesregierung mit der DDR, den zinslosen Überziehungskredit der DDR-Notenbank bei der Bundesbank, den „Swing“, von bisher 200 Mio. DM jährlich auf künftig 25% der Vorjahresexporte der DDR in die BRD zu „dynamisieren“. 1969 hob die Bundesregierung für 50% der Exporte in die DDR, am 19.12.1969 für 50% der Importe aus der DDR die Einzelgenehmigungspflicht auf. 1974 verlängerte die Bundesregierung die „Dynamisierung“ des „Swing“ bis zum 31.12.1981, legte aber eine Obergrenze von 850 Mio. DM fest.

Zur „Verbesserung des Transitverkehrs“ vereinbarte die Bundesregierung 1978 mit der DDR den Ausbau der Autobahn- und Wasserverbindungen mit Westberlin – Kostenbeteiligung der BRD 1,89 Mrd. DM. Als Gegenleistung für die stärkere Belastung der DDR-Verkehrswege erklärte sie sich zur jährlichen Zahlung von 525 Mio. DM als „Transitpauschale“ bereit – bis 1989.

Die BRD bezeichnet diese Zahlungen gerne als „Leistungen“, für die die DDR „menschliche Gegenleistungen“ zu erbringen habe. Tatsächlich handelt es sich samt und sonders um Verbesse-

rungen der Verbindungen zur „Frontstadt“ Westberlin und um Zahlungen zur Förderung des Warenexports in die DDR und des Warenexports aus der DDR.

Für die DDR hat diese Handelsausweitung in der Hauptsache schädliche Folgen gehabt. Zwar profitierte sie gegenüber anderen RGW-Staaten aus dem zollfreien Bezug westdeutscher Waren. Dafür mußte sie aber Kredite in westlichen Devisen aufnehmen – vor allem, weil die BRD 1970 bis 1980 einen Exportüberschuß von 4,5 Mrd. DM erzielte, den die DDR mit DM bezahlen muß. Heute ist die DDR bei westlichen Banken, insbesondere der BRD, mit ca. 10 Mrd. \$ verschuldet. Auch die Erhöhung des Mindestumtausches für DDR-Besucher auf 25 DM seit dem 9.10.1980 hat an dieser Lage nichts geändert. Stärker von der BRD wirtschaftlich abhängig, ist die DDR dennoch bis heute von der BRD völkerrechtlich nicht anerkannt. Ende dieses Jahres läuft die „Swing“-Vereinbarung ab. Wird dieses Abkommen nicht verlängert, muß die DDR ca. 500 Mio. DM zahlen. Die CDU/CSU hat bereits gefordert, eine Verlängerung des „Swing“ komme nur in Frage, wenn die DDR die Erhöhung der Mindestumtauschsätze rückgängig mache.

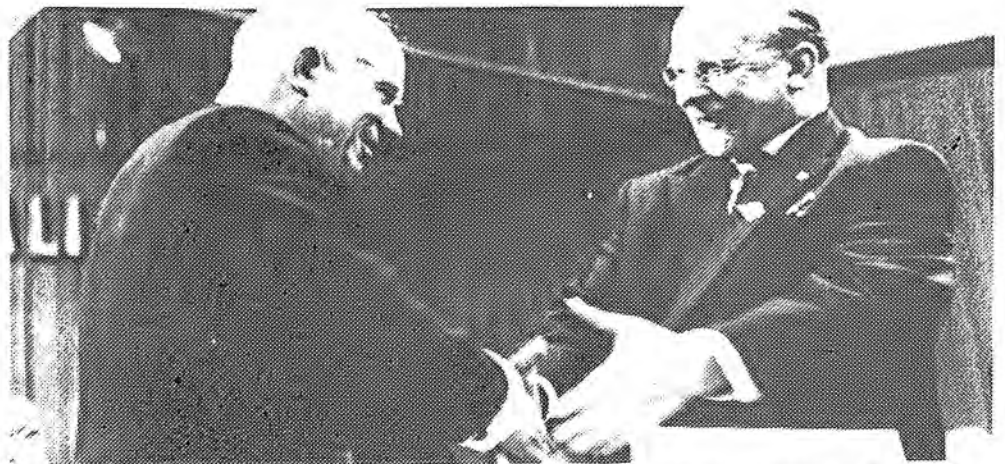
steht, sondern hat v.a. die DDR zu entsprechendem Vertrag gezwungen.

Ja, gezwungen. Westdeutsche Untersuchungen (3) über die Ostverträge weisen fast einmütig darauf hin, daß sich die DDR bis zuletzt einer „Regelung“ widersetzt hat, die nichts regelt, schon gar nicht ihre völkerrechtliche Anerkennung durch die BRD, und die stattdessen die DDR wirtschaftlichen und politischen Aggressionsbestrebungen preisgibt. Verschiedene Autoren lassen anklingen, daß die DDR ihre „Zustimmung“ zum Grundlagenvertrag und zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin erst nach dem Sturz Walter Ulbrichts (1971 als Erster Sekretär der SED, 1972 als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates) gab. Tatsache ist, daß die BRD-Imperialisten von jeher ausgeprägtes Interesse an der Beseitigung Ulbrichts hatten („Der Spitzbart muß weg!“) und zum Ziel kamen.

Die Sowjetunion hatte starke Interessen, und keineswegs nur solche an Handelsbeziehungen mit der BRD, am Zustandekommen der „Ostverträge“. Da sie die Interessen Polens und v.a. der DDR nach Belieben verhandelte, bedeutete der Moskauer Vertrag zugleich eine förmliche „Anerkennung“ ihrer Einflußsphäre durch die BRD.

Zweitens, solange die BRD ihre großdeutschen Ansprüche aufrechterhält und offen verfolgt und solange ihr dieser Weg zur Neuordnung Europas nicht durch einen Friedensvertrag erschwert wird, wird vielen Betroffenen die Vorherrschaft der Sowjetunion, die Anwesenheit ihrer Truppen, als Schutz erscheinen können. Natürlich war dies vor den „Ostverträgen“ auch der Fall; im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und politischen Infiltrationsversuchen nehmen die Einverleibungsan-

sprüche jedoch akut bedrohlichen Charakter an. Tatsächlich gelang es der Sowjetunion in den 70er Jahren, ihre Vorherrschaft, etwa durch den Beistandspakt mit der DDR 1975, vertraglich weiter auszubauen. Drittens ist auch nicht auszuschließen, daß die SU direkt Gefallen daran findet, daß „die deutsche Frage offen“ bleibt. Denn daraus ließe sich, sofern und sobald es die Kräfteverhältnisse erlauben, auch der Anspruch auf „Wiedervereinigung“ unter sozialimperialistischem



Noch unter Chruschtschow unterbreitet die SU den anderen Siegermächten Friedensvertrags-Angebote mit Deutschland. Später widersetzt sich Ulbricht einer sowjetischen Außenpolitik, die existenzielle Interessen der DDR preisgibt.

Vorzeichen ableiten. Auf diese Möglichkeit spielt die „Bedrohungspropaganda“ der westdeutschen Imperialisten unterschwellig ja auch an, um dann die NATO zum Schutzbund zu verklären. In einem ganz wesentlichen Punkt jedoch, daran ist festzuhalten, unterscheidet sich der Beistandspakt zwischen der SU und der DDR von seinem westlich-imperialistischen Gegenstück, dem „Deutschlandvertrag“: Er ist kein Pakt zwecks Verfolgung aggressiver Ansprüche gegen die BRD. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD indes haben mit dem „Deutschlandvertrag“ ihr Bündnis zwecks Verfolgung aggressiver Ansprüche gegen die DDR, Polen und die Sowjetunion begründet.

Da die Kumpanei zwischen BRD und Sowjetunion die Forderungen der Völker des europäischen Ostens nach Anerkennung der bestehenden Grenzen und nach Anerkennung der DDR nicht zum Verstummen bringen konnte, diese Forderungen im Gegenteil v.a. durch die DDR hartnäckiger denn je vertreten werden, wird die Bundesregierung versuchen wollen, die Sowjetunion zu noch weitergehenden Zugeständnissen zu drängen. Ob dies gelingt, ist vollständig offen.

Am 2.11. berichtet der „Spiegel“ im Zusammenhang mit dem Breschnew-Besuch über Gerüchte, nach denen die Sowjetunion neuerlich Viermächte-Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland vorschlagen werde. Ausgeschlossen ist das nicht. Die Klassenkämpfe in der Sowjetunion und in den anderen RGW-Ländern entfalten sich in anderen Formen als hierzulande. Niemand hatte z.B. vorhergesehen, mit welcher Wucht die Klassengegensätze in Polen dann aufbrachen. Ebenso sind alle Aussagen über die Entwicklung politischer Bewegungen gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in den RGW-Ländern unzuverlässig. Ein wichtiger Gradmesser für solche Bewegungen und ihre Kraft allerdings wird sein, ob Breschnew tatsächlich Vorschläge für Friedensvertrags-Verhandlungen unterbreitet und welche. Den westdeutschen Reaktionären dürfte die Freude an Transparenten wie „Und wer demonstriert in Moskau?“ womöglich schlagartig vergehen. Umgekehrt kann das Wirken solch politischer Bewegungen in der Sowjetunion die politische Bewegung in der BRD nur ermuntern, ihrerseits den Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag, für Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Sowjetunion als „Schutzmacht“ der DDR, der Beistandsvertrag von 1975

„Dem Schutz der territorialen Integrität und Souveränität beider Staaten gegen jegliche Anschläge erstrangige Bedeutung beimessend“, haben die DDR und die UdSSR am 7. Oktober 1975 den Vertrag „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ geschlossen. Dieser Vertrag hob die vorhergehenden nicht ausdrücklich auf, den Staatsvertrag von 1955 und den Beistandsvertrag von 1964. Der Vertrag von 64 hatte sich gerichtet gegen die „Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens durch die eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anstrebenden revanchistischen und militaristischen Kräfte.“ Das ist im Vertrag von 75 gestrichen. Bei der Unterzeichnung des Vertrages von 1975 hatte der Außenminister der Sowjetunion Gromyko dagegen erklärt: „Gewisse Bestimmungen“, die im Vertrag von 1964 enthalten waren, konnten, „als den Erfordernissen der Zeit, der Lage in Europa und den Grundtendenzen der internationalen Entwicklung schon nicht mehr voll entsprechende, in den neuen Vertrag von 75 keinen Eingang finden.“ Haben die BRD-Imperialisten zwischen 64 und 75 tatsächlich ihre Ziele geändert? Die Bundesregierung hat zwar in den Ostverträgen einen Gewaltverzicht ausgesprochen, hat aber die BRD die DDR völkerrechtlich anerkannt? Hat die BRD die Grenzen zur DDR als Staatsgrenzen anerkannt? Hat sie ein für alle Mal auf die polnischen Westgebiete verzichtet? Das alles hat die Regierung der BRD ganz ausdrücklich nicht getan, sondern das „Grundrecht“ auf Einverleibung der DDR bestätigt.

In dem Vertrag von 1975 hat die SU nur die „Unantastbarkeit“ der Grenzen garantiert, die „Veränderlichkeit“ damit offengelassen.

Mit dem Vertrag von 1975 haben sich die Sozialimperialisten von der vertraglichen Verpflichtung entledigt, der Revisionspolitik der BRD-Imperialisten einen Riegel vorzuschieben. Da aber in der Tat die Imperialisten „eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anstreben“, nutzen die Sozialimperialisten diese Lage und sichern vertraglich ihre Einflußsphäre und bauen sie aus.

In dem Vertrag verpflichten sich die DDR und die SU, daß „der Schutz der sozialistischen Errungenschaften ... gemeinsame internationalistische Pflicht der sozialistischen Länder“ ist. Das ist die „Breschnew-

Doktrin“, die Formulierung, unter der die Sozialimperialisten den Überfall auf die CSSR organisierten. Der Vertrag soll der „weiteren Annäherung der sozialistischen Nationen dienen.“ Die Sozialimperialisten haben dieses Ziel als „Kernstück des neuen Vertrages“ bezeichnet, die Richtung des „Integrationsvertrages“ ist das bundesstaatliche Geschlucktwerden der DDR durch die SU.



SU-Armee: 152-mm-Artillerie auf Selbstfahrlafette

Hatten die SU und die DDR den Vertrag von 64 noch geschlossen „in dem Wunsch, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu erleichtern und die Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu fördern“, so haben sie das Ziel eines Friedensvertrages im Vertrag von 75 nicht mehr erwähnt. Die Kontroll- und Vorbehaltsrechte hat sich die SU in dem Vertrag bestätigen lassen: „Dieser Vertrag berührt nicht die Rechte und Pflichten der Hohen Vertragsschließenden Seiten aus zwei- und mehrseitigen Abkommen.“ Welche Rechte aus welchen Abkommen sind gemeint? In dem Staatsvertrag von 1955 heißt es: „... internationale Abkommen, die Deutschland als Ganzes betreffen.“ Das Abkommen über „die zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der DDR von 1957 hatte die Stationierung „mit den internationalen Verträgen und Abkommen in Einklang“ stehend bezeichnet. Da die Sozialimperialisten von diesen Verträgen das Ziel der friedensvertraglichen Regelung nicht mehr verfolgen, haben sie die Stationierung ihrer Truppen gesichert und das „zeitweilig“ beseitigt.

(1) Claus Arndt, Die Verträge von Moskau und Warschau, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 47f.

(2) Pol. Ber. 23 und 24/81, S. 36f.

(3) s. z.B. „Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR“, München Wien 1979; Europa-Archiv 11 1977, S. 327ff.

Lohnbewegung politisch: Schmidt schlägt Schaum, Lambsdorff rasiert

Das gewohnte Spiel, wonach sich Regierung und Parteien aus der Lohnpolitik dem Anschein nach heraushalten, funktioniert in diesem Jahr nicht. Bundeskanzler Schmidt trat bereits am 29.10. im Bundestag auf und sprach:

„Ich bin mir der Tatsache schmerzlich bewußt, daß es auch in Deutschland immer noch viele Menschen gibt, deren Lebensstandard und deren Anspruchsniveau deutlich gehoben werden müßten, so daß sie in der Lage wären, über Lebensqualität geistiger Art nachzudenken ... Auf die Gefahr hin, daß ich mit meiner Formulierung wissenschaftlichen Ansprüchen nicht ganz genüge, möchte ich andererseits das Wort wagen, daß wir Deutschen uns gegenwärtig — 1981 und 1982 — ungefähr ‚nur‘ den Wohlstand leisten können, die wir 1978 erreicht hatten — ‚nur‘ den Wohlstand von 1978! Und war das etwa nichts?“

Dies ist seit langem das erste Mal, daß sich Schmidt zu einer

Äußerung hinreißt, die den Kapitalisten nicht gefallen kann. Seine Äußerung bedeutet nämlich, daß der Lebensstandard von 1981 auf 1982 nicht weitersinken solle. Praktisch bedeutet dies ein Abschlußvolumen von mehr als sechs Prozent, denkt man an die Gesamtlohnsumme, dann (wegen der Arbeitslosigkeit) noch erheblich mehr. Auch läßt sich aus Schmidts Worten eine Verpflichtung zum Schutze der Arbeiter und Angestellten mit niedrigem Lohn- und Gehaltseinkommen herleiten. Woher hat das Schmidt? Er habe neulich vor 1000 Gewerkschaftern gesprochen, sagt er. Zu bedenken ist allerdings: Das letzte Mal, als sich Schmidt für soziale Belange stark machte, und zwar für die Rentner, war gerade 1978. Hernach sagte er, er sei kein Betrüger, sondern habe sich geirrt. Gleichwohl genügt Schmidts Äußerung, um Lambsdorff zu einer Kanzelrede in der Bildzeitung zu verlassen:

„Auch 1982 müssen wir alle Verzicht üben. Die Lohnerhöhun-

gen werden wohl so ausfallen, daß wir uns von unserem Einkommen weniger kaufen können als in diesem Jahr. Ich rechne damit, daß der Lebensstandard der Bevölkerung noch hinter den des Jahres 1978 zurückfällt. Deswegen werden wir aber noch lange nicht in Armut und Elend versinken.“

Klar schwimmt der Graf auf Armut und Elend wie ein einzelnes Fettauge auf einer Wassersuppe. Ansonsten führt er in allen Punkten eine saftige indirekte Polemik gegen Schmidts Tendenz zu Zugeständnissen an die Arbeiterbewegung. Es gäb schon eine Möglichkeit, dem Lambsdorff das Fürchten zu lernen. Wenn nämlich die Angestellten und zwar insbesondere in den öffentlichen Diensten sich in dieser Lohnbewegung engagieren, dann steht a) Baum vor einer fast unüberwindlichen Kampffront und b) die F.D.P. unter dem Druck eines erheblichen Teils ihrer Basis. Wie steht eigentlich Baum zu den Lambsdorffäußerungen?

Waffenlager aufgeflogen

Am Freitag vergangener Woche hob die niedersächsische Polizei in einem Waldgebiet im Landkreis Uelzen mehr als 30 von Neofaschisten angelegte Waffenlager aus: Sprengstoff, Sprengkörper, Zündanlagen, Pistolen, Gewehre, eine MP, Panzerfäuste, Munition, Gifte usw. Der Forstwirtschaftsmeister H. Lembke, seit langem als Neonazi bekannt, hatte die Verstecke verraten, nachdem Waldarbeiter ein erstes Versteck gefunden hatten, Lembke verhaftet und auf eigenen Wunsch von einem Bundesanwalt aus Karlsruhe verhört worden war. Die Waffen stammen überwiegend aus Bundeswehrbeständen. Am Sonntag nach der Aufdeckung der Waffenlager fand die Polizei Lembke in seiner Zelle — erhängt. Tags zuvor hatte er noch angekündigt, Montag werde er die Hintermänner nennen. Die bürgerliche Presse meldete Verbindungen Lembkes zu Wehrsportgruppen, zur NPD, zu anderen neofaschistischen Gruppen. „Aus München“ wußte sie zu berichten, Lembke stehe vielleicht in Verbindung mit dem Attentat auf dem Oktoberfest 1980. Damals hatte Innenminister Tandler nichts eiligeres zu tun gehabt, als verlauten zu lassen, das At-

tentat sei von einem Einzelgänger ausgeführt worden. Jetzt stellt sich heraus, daß Lembke damals bereits verhört wurde — ohne Ergebnis. Dienstag verhaftete die Polizei einen Oberfeldwebel der Bundeswehr wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, die Bundesanwaltschaft zog die Untersuchung an sich. Zwar ließ die Polizei verlauten, Lembke müsse regelrechte Zulieferer gehabt haben. Aber die Hintermänner dieses in der Geschichte der BRD größten neofaschistischen Waffenlagers sind — wen wundert? — noch nicht bekannt. Bundesinnenminister Baum teilte lediglich mit, ihm seien etwa 400 „finanzielle Förderer von Rechtsextremisten“ bekannt. Von Maßnahmen gegen diese Brut sagte Baum nichts.

Bisher keine Haft-erleichterungen

Im Frühjahr haben politische Gefangene der Roten Armee Fraktion über mehrere Wochen einen Hungerstreik durchgeführt. Sie protestierten gegen die Haftbedingungen. Die Gefangenen sind vollständig isoliert, werden Tag und Nacht überwacht und mit Kameras beobachtet. Im April haben sie den Hungerstreik

ausgesetzt, da verbindliche Zusagen auf Änderung der Haftbedingungen vorlagen. Danach sollte die Totalisolierung einzelner Gefangener aufgehoben werden und in Celle, Lüneburg und Westberlin bestehende Gefangenengruppen vergrößert werden. Eine Zusicherung soll Minister Schmude nach Rücksprache mit den Landesregierungen gegenüber Amnesty International gemacht haben, erklärte kürzlich Rolf Heissler in einem Prozeß. Zum Zeitpunkt des Hungerstreiks wurde Sigurt Debus tagelang zwangsernährt — er starb. Tagelang kübelte die bürgerliche Presse Dreck über den Hungerstreik. In der Öffentlichkeit machen sich nicht wenige ernste Sorgen über das Leben der Gefangenen. Denn bis heute werden in der Öffentlichkeit die Vorgänge in Stuttgart-Stammheim, der Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Karl Raspe kontrovers erörtert. Da bis heute keine Haft-erleichterungen bekannt sind, haben Angehörige der Gefangenen einen Hungerstreik nicht für ausgeschlossen befunden. Die Forderungen nach Zusammenlegung aller Gefangenen der RAF — Abschaffung der Hochsicherheitstrakts, keine Isolationshaft — Entlassung von Verena Becker und Günther Sonnenberg stehen weiter im Mittelpunkt.

CSU: Mechttersheimer ausgeschlossen?

Für die CSU ist A. Mechttersheimer einer jener „falschen Propheten, die unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit Moskau als nützliche Idioten zu Hilfe eilen“. Ist CSU-Mitglied Mechttersheimer für seine Partei nicht mehr tragbar? Der Ausschluß ist beantragt. Freiwillig mochte Mechttersheimer nicht austreten. Dies könne als Bestätigung der gegen ihn gerichteten Vorwürfe gewertet werden.

Der Hauptvorwurf ist, daß Mechttersheimer, unabsichtlich vielleicht, aber dennoch, die „Verteidigungskraft“ der BRD zugunsten „Moskaus“ schwäche. Klar doch, daß Reserveoffizier Mechttersheimer diesen Vorwurf nicht bestätigen möchte. Hat er nicht schon früh zu erklären versucht, wozu es ihm geht?

... hat die Regierung zu entscheiden zwischen Fortsetzung oder Änderung ihrer Atomwaffenpolitik. Ändert sie ihre Politik nicht, werden die pazifistischen und neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik weiter steigen und NATO und Bundeswehr auf immer größere Ablehnung stoßen.“ (Anm. zu einer Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen ...) Offenen Herzens konnte er anlässlich des ersten Ausschlußantrages im Mai unterschreiben, „daß der Pazifismus eine unausweichliche Antwort auf die Bedrohung durch den Osten ist“, und folgerichtig ein Bekenntnis zur NATO. Jedoch, an seinen „alternativen Verteidigungs“-konzepten — „alternativ“ zur nuklearen Bewaffnung — besteht bei den CSU-Oberen derzeit kein Bedarf. In der Partei ist Mechttersheimer für sie tatsächlich untragbar, möchte sich doch besonders bei der Jungen Union Kritik an den Mittelstreckenraketen verbreiten. In der „Friedensbewegung“ dagegen gewinnt ein ausgeschlossener Mechttersheimer für die Reaktion sogar noch an Wert. Könnten seine Positionen, sein Bekenntnis zu NATO, „Freiheit und Heimat“ (Rede am 10.10. in Bonn) nicht noch mehr Kräfte binden, wenn sie durch verhaßte Reaktionäre wie Strauß — eben durch den Ausschluß Mechttersheimers — mit dem Flair der Fortschrittlichkeit behaftet werden?

EG-Imperialisten wollen Truppen auf dem Sinai / Drohungen gegen Libyen

Nach einem Treffen der EG-Außenminister in Luxemburg hat Staatsminister Corterier bekräftigt, daß sich vier EG-Länder (Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande) an einer „multinationalen Friedenstruppe“ auf dem Sinai beteiligen wollen. „Corterier machte deutlich, daß für die Bundesrepublik eine direkte Beteiligung an der Friedenstruppe nicht in Frage komme, stellte aber klar, daß die Bundesregierung diese Absicht, wie die anderen EG-Länder auch, politisch unterstütze.“ (FAZ 28.10.; in Wirklichkeit ist zumindest Griechenland *dagegen*) Die Unterstützung soll mit einer gemeinsamen Nahosterklärung Ende November zum Ausdruck gebracht werden.

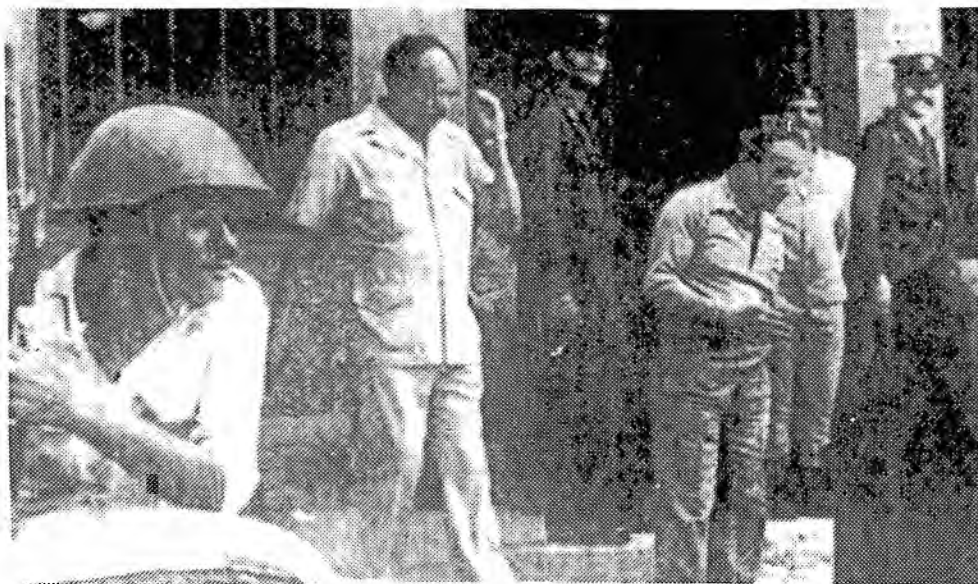
Die im Camp-David-Abkommen für die Zeit nach dem Rückzug der israeli-

schen Liga – ist eine demonstrative Unterstützung für die US-Nahostpolitik ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo die US-Imperialisten direkte militärische Interventionen, zunächst gegen Libyen, vorbereiten. Am Manöver „Leuchtender Stern“, das nächste Woche in Ägypten und im Sudan beginnt, werden mit 4400 doppelt so viel US-Soldaten teilnehmen wie 1980. Der Chef der „Schnellen Eingreiftruppe“ (RDF) General Kingston kommandiert. Der US-Senat hat Reagan aufgefordert, binnen 180 Tagen einen Bericht über mögliche „wirtschaftliche und politische Sanktionen“ gegen Libyen vorzulegen.

Gleich nach dem Tod Sadats hatte EG-Ratspräsident Carrington erklärt: „Wir glauben, daß die Stabilität Ägypten-

deutschland sind dagegen auf 200,5 Mio. DM gesunken; das Defizit verschärft den Zwang zu weiterer Verschuldung.

PLO-Vorsitzender Arafat hat den im August vom saudischen Kronprinzen Fahd vorgelegten Friedensplan als „sehr gute und sehr wichtige Plattform“ bezeichnet. Der Plan sieht vor: Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten; Auflösung der zionistischen Siedlungen; Errichtung eines palästinenserstaates mit Jerusalem als Hauptstadt nach einer Übergangsphase von einigen Monaten unter UNO-Kontrolle; Anerkennung des „Rechts aller Staaten der Region, in Frieden zu leben“. Letztes würde nach allgemeiner Interpretation eine Anerkennung des zionistischen Kolonialstaates enthalten, ein weitgehendes Zugeständnis, das aber im Gegensatz zu Sadats Kurs nicht am Anfang, sondern am Ende einer Regelung stehen würde. Die Verwirklichung des Fahd-Plans könnte die unentwegte Einnischung der Supermächte im Nahen Osten erschweren. Umgekehrt wollen die westlichen Imperialisten die Anerkennung Israels einheimsen, ohne dem palästinensischen Volk eine eigene staatliche Existenz zuzugestehen. Nach dem kürzlichen Besuch Fahds in Bonn behauptete Regierungssprecher Becker, Saudi-Arabien unterstütze den alten Kurs des neuen ägyptischen Präsidenten Mubarak. Kaum in Riad zurückgekehrt, ließ Fahd seinen Informationsminister trocken dementieren.



Ägypten: Die Verhaftungswelle gegen Oppositionelle geht weiter

schen Truppen vorgesehene UNO-Truppe ist nicht zustande gekommen, nachdem die Sowjetunion ihr Veto angekündigt hatte. Ohnehin hätte es für den Separatfrieden in der UNO keine Mehrheit gegeben. Daraufhin haben sich die USA „bereiterklärt“, ihrerseits eine „multinationale Truppe“ zu organisieren. Reagans Vordenker hatten schon im letzten Winter öffentlich erwogen, eine solche Truppe zum Kernstück einer „festen militärischen Präsenz“ in Golfnähe zu machen. Jetzt wird die Truppe – außer den Fidschi-Inseln und einigen lateinamerikanischen Diktaturen – ausschließlich von den USA und ihren Verbündeten gestellt.

Die Beteiligung von EG-Ländern – gegen den erklärten Willen der arabi-

tens gegenwärtig besonders wichtig ist.“ Genscher hatte erläutert, „Wirtschaftshilfe“ trage auch zur „Festigung der sozialen Verhältnisse“ bei. An der Festigung der bestehenden sozialen Verhältnisse in Ägypten liegt den EG-Imperialisten viel. Sie verdienen daran. 1980 tätigten sie 7% aller dort überhaupt vorgenommenen Investitionen (USA 6%). Die westdeutschen Imperialisten haben ihren Export nach Ägypten im 1. Halbjahr 1981 um mehr als ein Drittel auf 1,1 Mrd. DM gesteigert, die französischen Konkurrenten sogar um die Hälfte auf 1,4 Mrd. DM. Nach den USA (3,1 Mrd. DM) belegen sie damit den zweiten und dritten Platz bei der Aufteilung des ägyptischen Markts. Die ägyptischen Exporte nach West-

Nord-Süd-Konferenz Imperialistische Zumutung für die Dritte Welt

Am 22. und 23.10. trafen in Cancun (Mexiko) Delegationen von 22 Staaten zur „Nord-Süd-Konferenz“ zusammen. Jahrelang hatte die imperialistische Presse posaunt, auf dieser Konferenz würden endlich Maßnahmen zur Besserung der Lage der Staaten der Dritten Welt ergriffen. Weltbankchef McNamara hatte eigens für die Konferenz Willy Brandt mit der Bildung einer „Nord-Süd-Kommission“ beauftragt. Dieser beeilte sich, alle Forderungen der Dritten Welt prinzipiell als gerecht anzuerkennen – bis auf die Forderung nach Schuldenstreichung. Das Ergebnis der jetzigen Konferenz ist ein fünfzeiliges Kommuniqué: „Die Staats- und Regierungschefs bestätigen ihr Bestreben, in den Vereinten Nationen eine Einigung über die Eröffnung internationaler Verhandlungen auf einer gemeinsam zu vereinbarenden Basis und unter Bedingungen, die die

Möglichkeit sinnvollen Fortschritts bieten, dringend zu erreichen.“

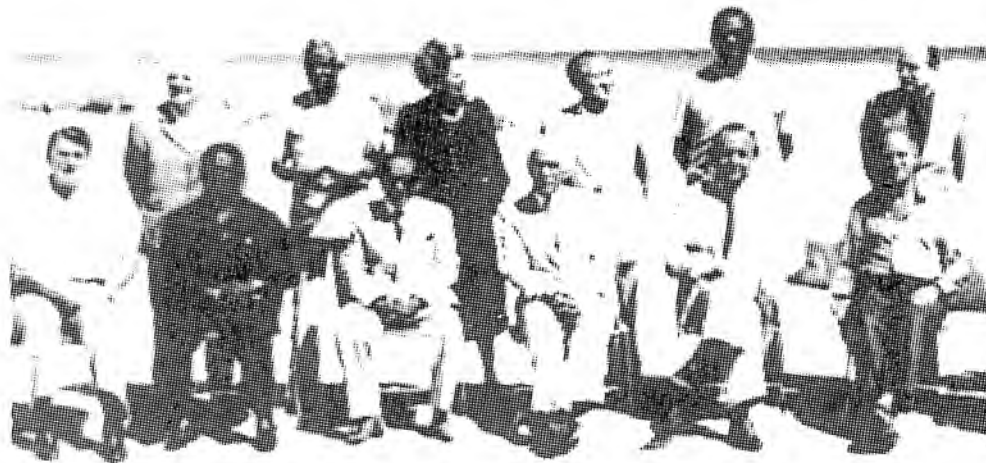
Angesichts einer Schuldenlast der Dritten Welt von über 400 Mrd. \$, jährlicher Schuldzunahme von zur Zeit ca. 50 Mrd. \$ und genauso hoher Zinszahlungen, von Millionen Hungertoten als Ergebnis der fortdauernden Plünderung dieser Länder durch die Imperialisten ist das blanker Hohn.

Am 1.5.1974 hatten die Staaten der Dritten Welt mit der „Erklärung über die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung“ in den Vereinten Nationen ihre Forderungen gegen die Imperialisten zusammengefaßt. Damals waren die Imperialisten, insbesondere nach den ersten Erfolgen der OPEC, in der Defensive. Die Imperialisten beeilten sich, eine Verbeugung nach der anderen vor der Dritten Welt zu machen – ohne irgendwo nachzugeben.

Sie wußten um die Wirkungen ihrer imperialistischen Arbeitsteilung. So-

lange es der Dritten Welt nicht gelang, die Plünderung ihrer Reichtümer zu stoppen, ihre Landwirtschaft zu entwickeln, ihre nationale Wirtschaft aufzubauen, würde die Zeit gegen diese arbeiten. Ihre Abhängigkeit von den Imperialisten mußte gesetzmäßig zunehmen, je weniger ein Staat die Wirtschaftsstrukturen der Kolonialzeit abschaffte, desto schneller. Zugleich vergaben die Imperialisten einen Kredit nach dem anderen, wohl wissend um die Erpressungsmöglichkeiten, die sie sich damit verschafften.

Jetzt wollen die Imperialisten Kasse machen. Die Bundesregierung lud Willy Brandt gar nicht mehr zur Konferenz ein. Reagan forderte die „Öffnung“ der Dritten Welt für Kapitalexporte. Genscher hörte schmunzelnd zu. Wozu sonst hat die Bundesregierung mit 48 Staaten „Investitionsförderungsverträge“ abgeschlossen?



Höhnischer Kommentar der Imperialisten: „Ein großartiger Erfolg“ (Haig)

Taiwan

Chinesische Initiative gegen „zwei China“-Politik der USA

Das sei nur eine Fortsetzung der betrügerischen Einheitsfrontpolitik der Kommunisten – mit dieser seit Jahren stereotyp abgespulten Formel reagierten die Taiwaner Behörden Anfang Oktober auf die jüngsten Vorschläge der Regierung der VR China zur Wiedervereinigung Taiwans mit dem Vaterland. Schon vorher hatte Tschiang Tsching-kuo, Sohn des früheren Chefs der Kuomintang-Partei Tschiangkeischek und derzeit „Staatsoberhaupt“ der auf der chinesischen Insel Taiwan residierenden „Republik China“, als Vorbedingung für eine Wiedervereinigung verlangt, Peking müsse dem Kommunismus abschwören.

Aus Anlaß des Nationalfeiertages der Volksrepublik (1.10.) und des 70.

Jahrestages der Revolution von 1911 (10.10.) hatte Marschall Ye Jianying in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des chinesischen Volkskongresses den Taiwaner Behörden folgende Vorschläge unterbreitet:

- Gespräche zwischen KPCh und Kuomintang (KMT) auf gleichberechtigter Grundlage mit dem Ziel, eine neue Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien in die Wege zu leiten und die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Vaterland zu fördern;

- Entwicklung des Post-, Luft- und Schiffsverkehrs, des Handels, des Tourismus, des Kulturaustausches; volle Freizügigkeit im Reiseverkehr;

- weitgehende Selbständigkeit Taiwans nach der Wiedervereinigung, keine Einmischung der Zentralregierung in Angelegenheiten Taiwans, Beibehaltung eigener Streitkräfte;

- Erhaltung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems Taiwans, der Lebensweise der Bevölkerung, der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Ausland;

- Beteiligung der führenden Politiker Taiwans an der Leitung des Zentralstaates.

„Wir hoffen, daß die Kuomintang-Behörden an ihrem Standpunkt, daß es nur ein China gibt, festhalten und die „zwei China“-Konzeption bekämpfen, die nationalen Interessen an die erste Stelle setzen, die früheren Kränkungen vergessen und mit uns Hand in Hand die große Sache der Wiedervereinigung des Landes verwirklichen, damit wir das große Ziel, China gedeihen und stark werden zu lassen, erreichen ...“ (Ye Jianying)

Deng Xiaoping sprach sich aus Anlaß der Veröffentlichung der Vorschläge für eine neue Periode der Zusammenarbeit mit der KMT aus und für die gemeinsame Regierungsverantwortung; die erste Phase der Zusammenarbeit hatte 1927 geendet, als Tschiangkeischek tausende Kommunisten ermorden oder verhaften ließ, die zweite 1945, nach dem antijapanischen Krieg, als die KMT die Einheitsfront brach und zum Angriff auf die Rote Armee überging. Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang ergänzte die Vorschläge mit einer Werbung um taiwanesischen Investoren, und die Bank von China bot den taiwanesischen Banken volle Geschäftsbeziehungen an. Es handelt sich um die bisher weitestreichenden Zugeständnisse der chinesischen Regierung, seit sie am 1.1.1979 – zum Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA – ihre „Botschaft an die Landsleute auf Taiwan“ richtete, die Vorschläge zur friedlichen Wiedervereinigung enthielt und Garantien für das Gesellschaftssystem und den Lebensstandard auf Taiwan gab, aber weder den Fortbestand der taiwanesischen Streitkräfte zusicherte noch um Zusammenarbeit mit der Führung der KMT warb.

Seit 1894 steht die Insel Taiwan, vor der südchinesischen Küste gelegen, unter imperialistischer Oberhoheit und ist von China faktisch getrennt. Nach seinem Sieg im chinesisch-japanischen Krieg machte Japan die Insel zu seiner Kolonie, errichtete dort Militärstützpunkte und plünderte die agrarischen Rohstoffe. Durch die koloniale Exploitation verwandelte es frühzeitig einen Großteil der Inselbevölkerung in Lohnarbeiter und baute eine gewisse Infrastruktur auf. So war Taiwan, das

kaum 0,4% der Fläche von ganz China einnimmt, schon vor 50 Jahren viel weiter entwickelt als das Festland, was den Einsatz von Maschinen oder den Ausbau des Verkehrsnetzes angeht. Die in der bürgerlichen Propaganda beliebten Vergleiche Taiwan – VR China verschweigen das gern. Nach seiner Niederlage im Bürgerkrieg 1949 floh Tschiangkaischek mit den ihm verbliebenen Verbänden und Teilen der chinesischen Bourgeoisie nach Taiwan. Unter Oberhoheit und mit massiver Unterstützung des US-Imperialismus errichtete er dort eine Militärdiktatur, die sich den Namen „Republik China“ anmaßte und den USA als Brückenkopf in ihrer über 20jährigen Einkreisungspolitik gegen die Volksrepublik diente. US-Flottenaufmärsche vor der chinesischen Küste, Artillerieattaken gegen das Festland, Verletzungen des chinesischen Luftraums und Angriffe von Stoßtrupps auf das Festland waren während des Korea-Krieges und erneut 1958 auf der Tagesordnung. Im Inneren Taiwans lieferte und liefert das Gespenst der kommunistischen Bedrohung den Militärbehörden jeden Vorwand für die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und auch der bürgerlichen Opposition; zusätzlichen Zündstoff schafft die Ausschaltung der Taiwanesen von politischen Ämtern, die das Monopol der KMT-Flüchtlinge als Vertreter der „Republik China“ sind.

Die von den USA und der Kuomintang auf Taiwan geschaffene Festungsmentalität zersetzte sich jedoch immer mehr, der propagandistische Anspruch der KMT als Regierung von ganz China wurde immer lächerlicher, je mehr das chinesische Volk die Volksmacht und den Sozialismus konsolidieren konnte, je mehr die VR China internationale Anerkennung gewann. Einheitlich richten sich die Oppositionsbewegungen heute gegen die Militärherrschaft, teilweise treten sie für die Wiedervereinigung mit dem Vaterland ein, während v.a. liberale Kreise ein selbständiges Taiwan fordern. Den bislang größten Schlag bekam die Kuomintang-Staatsideologie Ende 1978, als die USA die Regierung der VR China als einzig legitime Regierung Chinas anerkannten. Anerkannt wird das Regime heute nur noch von Israel, Südkorea, Südafrika, Saudi-Arabien und einigen südamerikanischen Staaten. Diese Erschütterung der Legitimationsbasis des Regimes stärkte die demokratische Bewegung; Ende 1979 demonstrierten in Kaohsiung Zehntausende gegen die Militärherrschaft. Es war die größte Demonstration seit Jahrzehnten.

Auf diese Entwicklungen hat das Regime bislang mit Massenverhaftungen, drakonischen Strafen und weiterer Ausdehnung der Spitzeltätigkeit reagiert. Eine der Hauptanklagen in den



Zehntausende demonstrierten am 10.12.1979 in Kaohsiung gegen das Kuomintang-Regime und für demokratische Rechte. Die Regierung setzte Bürgerkrieseinheiten gegen die Demonstranten ein. Die Führer der Demonstration wurden zu langen Freiheitsstrafen oder lebenslanger Haft verurteilt.

Strafverfahren: Befürwortung des Dialogs mit Peking. Möglicherweise muß das Regime aber seine Haltung zur VR China ändern. Das kündigte sich in einem Aufsatz in der der KMT nahestehenden Zeitschrift „Yuekan“ an, der zwar Wiedervereinigung in absehbarer Zeit ausschloß, aber die Aufnahme des Post- und Handelsverkehrs etc. befürwortete und die Strategie des „friedlichen Wettbewerbs“ mit der VR China propagierte. Außerdem dürften die USA das KMT-Regime zu Schritten in diese Richtung drängen, die ihre Kontrolle über Taiwan nicht gefährden, aber die chinesische Kritik an der US-Taiwan-Politik dämpfen können.

Seit die US-Imperialisten am 1.1.1979 diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen und damit das vorläufige Scheitern ihrer jahrzehntelangen Einkreisungs- und Blockadepolitik gegen das sozialistische China eingestanden haben, haben sie dennoch die engen Beziehungen zu Taiwan fortgesetzt und damit ständig Chinas Souveränität verletzt (Vergl. Beijing-Rundschau 36-37/81). Nach dem vom US-Kongreß 1979 verabschiedeten „Gesetz über die Beziehungen zu Taiwan“ behalten sich die USA Aktionen vor bei Versuchen, „mit nichtfriedlichen Methoden, einschließlich Boykott oder Embargo, die Zukunft Taiwans zu bestimmen“, oder bei Gefährdung des „Sozial- und Wirtschaftssystem Taiwans“. Entsprechend haben die USA ihre Waffenlieferungen fortgesetzt; die Entscheidung über die Lieferung eines neuen Kampfflugzeuges steht bevor. Die US-Imperialisten gehen offenbar davon aus, daß enge Beziehungen zu der VR China kein Ersatz sind für den sicheren US-Stützpunkt Taiwan, zumal ihre außenpolitischen Experten immer wieder betonen, daß China kein verlässlicher US-Bündnispartner ist.

Die jüngste Initiative der VR China in der Taiwan-Frage kann die Fortset-

zung dieser „zwei China“-Politik der USA erschweren, zumal sie den Willen zur friedlichen Wiedervereinigung bekräftigt und damit einem wesentlichen Argument für US-Waffenlieferungen an Taiwan weitgehend den Boden entzieht. Die Initiative dürfte gerade der Reagan-Administration, die als Hüterin der Interessen Taiwans angetreten war, Kopfzerbrechen bereiten. Sie kann auch beitragen zur weiteren Isolierung des Kuomintang-Regimes. Gleichzeitig hat die chinesische Regierung ihre Souveränität in der Taiwan-Frage bekräftigt und festgehalten, daß der Weg zur Wiedervereinigung ausschließlich Sache des chinesischen Volkes ist. Gegenüber dem US-Kalkül, angesichts der sowjetischen Bedrohung seien für die VR China die Beziehungen mit den USA lebenswichtig und die Taiwan-Frage weniger wichtig, hat die chinesische Regierung festgestellt, daß sie sich nicht erpressen läßt. – Ob allerdings für Chinas gesellschaftliche Entwicklung ein erneuter Kompromiß mit der Kuomintang (sofern er zustandekommt) das Richtige ist, steht auf einem anderen Blatt.

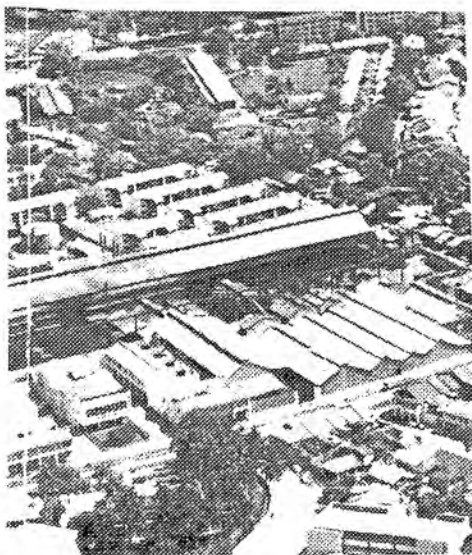
Rohstoffinteressen Malaysische Regierung gegen Preussag-Konzern

Verbuchte das Handelsblatt am 16.10. noch kurz und knapp: „AMC (Amalgamated Metal Corporation, der Verf.) voll an Preussag“ und „AMC-Kauf ist wichtig“ in den Überschriften, so folgte am 21.10. die Ernüchterung: „Amalgamated Metal: Malaysia überbietet Preussag.“ Vorstandsvorsitzender Saßmannshausen, bisher für gut 80 Mio. DM im Besitz von 79,5% der AMC-Stammaktien, hatte gar bereits ausgerechnet, daß der vollständige Erwerb der Gruppe gut 100 Mio. DM gekostet hat.

Die AMC ist eines der führenden Unternehmen im britischen und internationalen Metallhandel und über Beteiligungsgesellschaften in Bergbau und Verhüttung von Zinn tätig (siehe auch Pol. Ber. 14/81). In Penang/Malaysia hält die AMC 50,5% Anteile an einer großen Zinnhütte (siehe Bild), woraus sie auch vornehmlich ihre Gewinne zieht. Von den acht Mio. Pfund Sterling Gewinn in 1980 stammten mehr als drei Viertel aus Malaysia und Singapur. Daß jetzt die malaysische Regierung über ihre Investitionsagentur Permodolan der Preussag bei der vollständigen Übernahme der AMC in die Quere gekommen ist (mit einem Angebot von 550 Pence gegenüber 440 Pence für die 100 Pence-Aktie, insgesamt ca. 29 Mio. DM für 20,5% der AMC-Stammaktien), ist Ergebnis der rigorosen Konzernpolitik der Preussag auf der einen und der malaysischen Interessen auf der anderen Seite.

Nahezu zwei Drittel des Weltverbrauchs an Rohzinn werden in asiatischen Hütten erzeugt. Malaysia ist der größte Zinnproduzent der Welt. Gemäß den nationalen Interessen war die malaysische Regierung bereits in den vergangenen Jahren bestrebt, über die größte Bergwerksgesellschaft des Landes den malaysischen Besitz an der Zinnhütte zu erhöhen, ohne damit gegenüber Preussag/AMC Erfolg zu haben.

Ebenso erfolglos blieben laut Preussag-Geschäftsberichten Gespräche über eine Zusammenarbeit bei Gewinnung, Verhüttung und Vertrieb von Zinn aus Malaysia. Dies zwingt die malaysische Regierung, an der Börse tätig zu werden. U.a. kaufte sie in letzter



Zeit für 108 Mio. Dollar eine 51%ige Beteiligung an Dunlops malaysischen Kautschukinteressen sowie für 25 Mio. Pfund Sterling eine Schachtel an der Barlow Holdings auf und überrumpelte damit an der Londoner Wertpapierbörse die in der malaysischen Plantagen-Wirtschaft tätige Guthrie Corporation.

Militarismus

Die Bourgeoisie ergreift umfassende Maßnahmen zum Ausbau der Bundeswehr

„Wehrdienst länger – 21 Monate? ... Von 1983 an beginnen die geburtschwachen Jahrgänge, gibt es zu wenig wehrdienstfähige Männer ... Deshalb denkt man in Bonn daran – Gastarbeiter zur Bundeswehr – Frauen, allerdings nur zum Dienst ohne Waffen ...“ Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, den wir fragten, wollte diese Meldung in der „Bild“ vom 17.10. „auf keinen Fall“ bestätigen. An dem gleichen Tag jedoch, an dem das Ministerium noch dementieren ließ, daß irgendwelche festumrissenen Pläne bereits existieren, erläuterte der Minister persönlich auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr eben diese Pläne: Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate, Wehrdienst für ständig in der BRD lebende ausländische Arbeiter, „Öffnung der Streitkräfte für freiwillig dienende Frauen“. Apel erklärte, die Entscheidung darüber falle nicht vor 1984. Tatsächlich fällt die Entscheidung bedeutend früher, nicht nur, weil wahrscheinlich schon im nächsten Jahr der Bundestag über die Rekrutierung von Frauen beschließen wird. Entweder gelingt es in den nächsten Monaten, die Front gegen die Militarisierung zu festigen, oder aber die Reaktion entscheidet den Kampf um die öffentliche Meinung für ihre Absichten und wird dann auch zur Entscheidung bringen, was und wann es ihr beliebt.

Bei all ihren Wehrdienst-Plänen berufen sich die Bourgeois auf die sogenannten „geburtenschwachen Jahrgänge“. Eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie kommt 1979 zu folgender Annahme:

Aufkommen von Wehrdienstfähigen¹

Geburtsjahrgang	männl. Geborene	wehrl. ab	wehrl. dienstfähig
1964	501 700	1983	357 500
1970	352 600	1989	258 400
1975	247 700	1994	176 500

1) BRD, ohne Westberlin

Die jährliche „Bedarfsplanung“ des Verteidigungsministeriums beläuft sich auf 225 000 Wehrpflichtige. Tatsächlich steht die Bourgeoisie hier vor einem gewissen Dilemma: Sie kann (und will) ihren „Bedarf“ an wehrpflichtigen Soldaten nimmermehr aus ihrem eigenen Nachwuchs decken, sondern muß ihn aus dem Nachwuchs der Lohnabhängigen decken. Ihre Politik der Lohnsenkung hat jedoch seit der Krise 1966/67 einem immer größeren Teil der lohnabhängigen Familien un-

möglich gemacht, Nachwuchs großzuziehen. Dies Dilemma erhält eine bedeutende politische Sprengkraft durch die seit Jahren wachsende Unlust der Jugend der arbeitenden Klassen, den „Bedarf“ der Imperialisten an Kanonenfutter zu decken, was sich vorrangig in den ansteigenden Kriegsdienstverweigererzahlen ausdrückt, aber auch in zahlreichen Erscheinungen von „Unlust“ in der Truppe. All dies trifft die westdeutsche Bourgeoisie in ihren Kriegsvorbereitungen empfindlich; in ihren Gegenmaßnahmen baut sie das militärische Zuchthausystem für die lohnabhängige Bevölkerung aus:

Die Kontrolle der wehrpflichtigen Soldaten wird noch verstärkt „durch Maßnahmen in der Dienstgestaltung und durch außerdienstliche Betreuung und Fürsorge“. U.a. werden „Freizeitlotsen“ und „Betreuungsausschüsse“ über die Soldaten wachen, die „Aktivierung der Betreuung in Soldatenheimen“ soll die Wehrpflichtigen vollends vom Kontakt zu den Volksmassen abschneiden.

Die Verlängerung des Zivildienstes auf 20 Monate wird vorbereitet mit der infamen Absicht, zukünftige Kriegsdienstverweigerer doch noch in die Armee zu zwingen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung noch weiter auszuhöhlen.

In der Planung befinden sich die Änderung der Tauglichkeitsmerkmale, wodurch anstatt ca. 75% dann 80 bis 83% des Musterungsjahrganges in die Armee gepreßt werden, sowie die Verringerung der Wehrdienstausnahmen (bisher ca. 10%).

Das Lamento über die „geburtenschwachen Jahrgänge“ darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bourgeoisie mit der Verlängerung der Wehrdienstzeit nicht die Erhaltung, sondern die Stärkung der „Kampfkraft“ der Bundeswehr bezweckt. Die Präsenz der Kampftruppen wird erhöht, denn:

Derzeit sind rund 220 000 Wehrpflichtige eingezogen, d.h. alle Vierteljahr werden rund 55 000 entlassen und rücken rund 55 000 ein. Durch Verlängerung der Wehrdienstzeit auf 18 Monate bei dreimonatiger Grundausbildung erhöht sich, bleibt alles andere gleich, die Zahl der Wehrpflichtigen erst einmal auf 275 000. Wir nehmen an, daß durch Nachrücken „geburtenschwacher Jahrgänge“ die Zahl der Wehrpflichtigen wiederum auf 220 000 sinkt. Waren von den W-15-Soldaten durchschnittlich 176 000 in den Kampf-

truppen, der Rest in der Grundausbildung, so sind es von den 220000 W-18-Soldaten 183000. Mit diesem Mehr von 7000 wehrpflichtigen Soldaten in den Kampftruppen ließen sich mehr als zwei Panzerbrigaden vollständig bemannten! Außerdem kalkulieren die Bourgeois, daß durch den zusätzlichen Schliff die „Kampfkraft“ der Truppen noch beträchtlich zu steigern ist. – Im übrigen: In der Öffentlichkeit „erörtert“ Apel die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate; die „Bild“ bringt 21 Monate ins Gespräch, und in den Fachzeitschriften werden bereits 24 Monate Wehrdienst erwogen.

Die Rekrutierung von Frauen umfaßt von allem anderen abgesehen einen Gesichtspunkt, der in den Protesten der Gegner bisher kaum beachtet wurde. Die Bourgeois wollen nämlich „Freiwillige“ vor allem unter den Frauen und Angehörigen der Zeit- und Berufssoldaten rekrutieren. Dies ist offenkundig der Versuch, ein von allen Verbindungen zu den Volksklassen losgelöstes, eingeschworenes Söldnerheer zu schaffen.

Die Einführung des Wehrdienstes für ausländische Arbeiter eröffnet den

Gegenseitigkeit, als Möglichkeit vorgesehen, jedoch sind internationale Verträge für diesen Zweck bisher nicht abgeschlossen worden ... Der einfachere Weg wäre wahrscheinlich, die Einbürgerung von Gastarbeitern der zweiten Generation großzügiger als bisher zu handhaben.“

Durch den Bau neuer Truppenübungsplätze schließlich soll die Zahl von derzeit 130000 Reservisten, die jährlich zu Übungen gezogen werden, mindestens verdoppelt werden.

Der Katalog ließe sich erweitern. Die „geburtenschwachen Jahrgänge“ bieten der Bourgeoisie nur den Vorwand, ihre Militärmacht, schon heute die zweitgrößte in Europa, weiter auszubauen. Den Widerstand, der sich an zahlreichen Punkten entwickelt, gilt es zu unterstützen und stärken: Zahlreiche Gewerkschaftstage haben sich im letzten Jahr schroff gegen die Rekrutierung von Frauen in die Bundeswehr ausgesprochen. Im öffentlichen Dienst wird die Auseinandersetzung um die Dienstverpflichtung von Krankenschwestern usw. geführt. Die Organi-

Teilzeitbeschäftigte ÖTV setzt höhere Zusatzrente durch

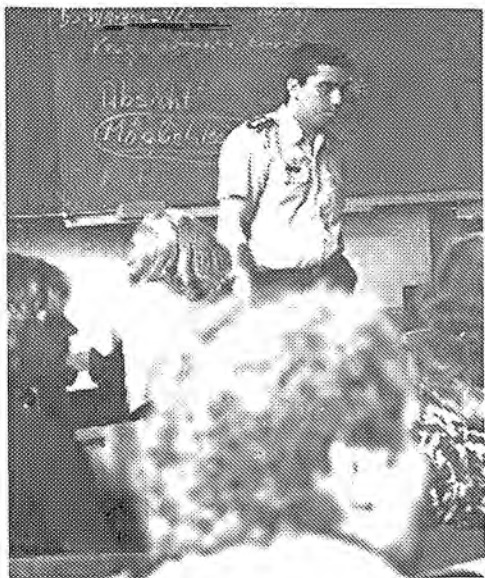
Die ÖTV hat in Tarifverhandlungen am 15./16.6.81 eine wesentliche Verbesserung der Zusatzversorgungsrente für Teilzeitbeschäftigte erreicht. Seit Mai 1977 gab es Auseinandersetzungen mit dem Dienstherrn über die Änderung des Versorgungstarifvertrages an diesem Punkt.

Bisher waren hauptsächlich jene Beschäftigten, die nur die letzten Jahre der Berufstätigkeit teilzeitbeschäftigt waren, benachteiligt, da das Durchschnittseinkommen der letzten drei Arbeitsjahre als Grundlage für die Berechnung der Höhe der Zusatzversorgung dient. Damit wurde eine vorangegangene Vollbeschäftigung nicht berücksichtigt.

Mit der Änderung des Tarifvertrages, die ab 1.1.82 in Kraft tritt, gehen die Jahre der Vollarbeit in die Berechnung ein. Künftig wird als Grundlage das durchschnittliche Arbeitsentgelt der letzten drei Jahre verwendet, welches der Teilzeitbeschäftigte bei einer Vollbeschäftigung erhalten hätte. Die Jahre der Teilzeit gehen in einen Gesamtbeschäftigungsfaktor ein, der die individuelle Arbeitszeit im Verhältnis zur üblichen Vollarbeitszeit ausdrückt.

Zum Beispiel, Annahme: 30 Jahre Beschäftigung im Öffentlichen Dienst (ergibt einen Versorgungsanspruch von 70% des letzten Bruttolohns), davon die letzten 5 Jahre in Teilzeit mit 20 Stunden pro Woche. Berechnung ab 1.1.82: Durchschnittliches Arbeitsentgelt der letzten 3 Jahre, als wenn Vollbeschäftigung vorgelegen hätte, z.B. 2400 DM/Monat. Davon 70% Versorgungsanspruch sind 1680 DM. Vermindert um den Gesamtbeschäftigungsfaktor, in diesem Fall 0,91 (25 Jahre = 1, 5 Jahre = 0,5), ergibt einen Versorgungsanspruch von 1528,80 DM im Monat. Mit der bisher gültigen Berechnungsart bekäme derselbe Teilzeitbeschäftigte nur 840 DM.

Die ÖTV hat mit der Verbesserung des Versorgungsrechts der Teilzeitbeschäftigten ein Ziel im Rahmen des tarifpolitischen Schwerpunktes, Sicherung und Ausbau des Zusatzversorgungssystems, erreicht. Aufgrund des massiven Ausbaus der Teilzeitarbeit im Öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden 1968 157537 Teilzeitbeschäftigte, 1979 473345) war eine Angleichung im Versorgungsrecht längst überfällig.



Links: Jugendoffizier bearbeitet Schüler. Rechts: Mit Forderungen gegen ihren Spar- und Rüstungshaushalt ist die Bourgeoisie zu treffen.

westdeutschen Imperialisten nicht nur die Möglichkeit, die Bundeswehr personell aufzustocken. Sie verschafft sich damit ein kaum zu überschätzendes Druck- und Einflußmittel gegen die Länder, aus denen die betroffenen ausländischen Arbeiter stammen, die Türkei, Griechenland, Italien usw., eine Reserve gegen den Klassenkampf in diesen Ländern unter ihrem Befehl – und wachsendes Gewicht innerhalb der NATO. Über die rechtlichen Möglichkeiten der sog. „Euro-Wehrpflicht“ läßt sich die oben genannte Studie folgendermaßen aus: „Der Wehrdienst von Ausländern ist bereits im Wehrpflichtgesetz, unter dem Prinzip der

sationen der Kriegsdienstverweigerer kämpfen für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In den letzten Jahren wurden etliche DGB-Arbeitskreise für Wehrpflichtige aufgebaut, die recht aktiv sind. Seit einigen Wochen bilden sich auf Initiative des KABD in mehreren Städten der BRD „Komitees gegen W-18“.

Quellen: Die zitierte Studie ist in Auszügen abgedruckt in: Europäische Wehrkunde 7/80. „Die Auswirkungen des Geburtenrückganges auf die Bundeswehr“. – Zum Einsatz von Frauen in der Bundeswehr verschiedene Ausgaben der Europäischen Wehrkunde, u.a. 4/81, 3/80. „Zum inneren Zustand der Bundeswehr und zur Lage der Soldaten in den Streitkräften“, Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion v. 16.10.81, Drucksache 9/873. „Die Wehrpflicht muß verlängert werden“, FAZ 28.10.81.

Lohnfortzahlung Kapitalisten drohen und entlassen

Mit unerträglichen Drohungen und Entlassungen gehen die Kapitalisten vor, um Lohnfortzahlungskosten zu sparen. Einige Beispiele: Bei SEL Mannheim drohte die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung am 30.9. mit Kündigungen wegen „zu langer Krankheits- und Fehlzeiten“. Mehreren Arbeitern hat die Geschäftsleitung mit diesen Gründen seitdem gekündigt

mann der Schwerbehinderten haben in ihren Stellungnahmen an die Hauptfürsorgestelle der Kündigung widersprochen.

1980 betrug der Krankenstand 5,8%. Ihn auf die Hälfte zu drücken, geben die Kapitalistenverbände als ihr Ziel an. Laut firmeneigener Statistik haben z.B. die Aldi-Handelskapitalisten den Krankenstand auf 3–3,5% gedrückt. Die Aldi-Kapitalisten verlangen, daß Lagerarbeiterinnen und Kassiererinnen je nach Geschäftsgang telefonisch abrufbereit sind. An der Lohnfortzahlung sparen sie mit einem System von Grundgehalt und Anwesenheitsprämien, das je nach Krankheits-

versammlung einberufen war, auf der die Stimmen nach der Studentenzahl der Hochschulen verteilt sind, hatten sich MSB und SHB von vornherein die Mehrheit gegenüber Basisgruppen und einem Teil der Juso-Hochschulgruppen gesichert, die vor allem große Universitäten vertraten.

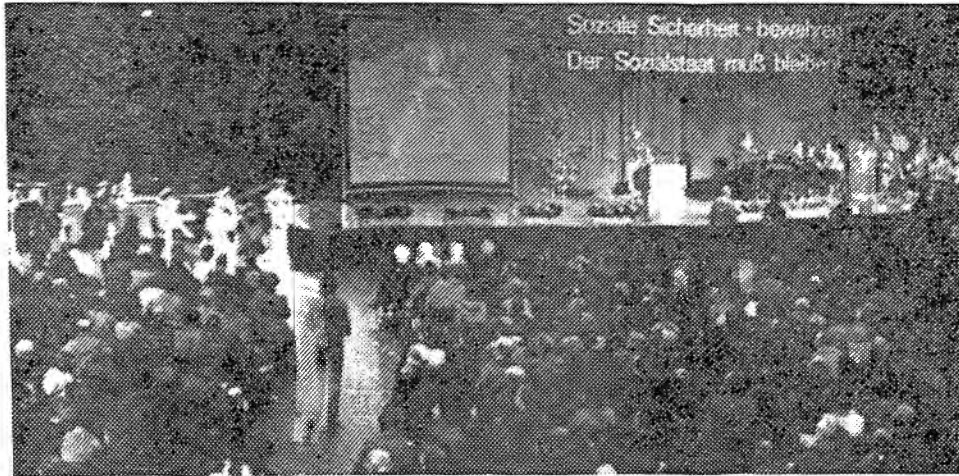
Nach lediglich drei Stunden Plenardebatte am Sonnabend, ansonsten ermüdend langgezogenen Fraktionsberatungen, auf denen MSB/SHB versuchten, die Jusos auf ihre Seite zu ziehen, und nach dem Auszug der Basis-Gruppen-Asten am Sonntagabend beschloß schließlich der Zentralrat der VDS „massiven Protest und Streik, bundesweit“ in der Woche vom 7.12. bis 12.12.

MSB und SHB, die einen großen Teil der Fachhochschul- und PH-Asten stellen, waren eingetreten für „bundesweiten Streik als massivster Kampfform der Studenten“. Das Ziel resümiert sich in der Forderung nach „einem anderen Kurs in Bonn“, gegen die „Tendenzwende in der Hochschulpolitik“, „für eine andere Bildungs- und Wirtschaftspolitik“, „für den Frieden“ u.a. Sie beriefen sich dabei auf Beschlüsse von FHS- und PH-Asten-Konferenzen verschiedener Bundesländer. Ein konkretes Ziel, daß mit dem Streik erreicht werden sollte, wurde nicht genannt.

Die Juso-Asten waren gespalten, eine Mehrheit unterstützte den MSB/SHB-Vorschlag, der Rest war dagegen und trat dafür ein, die „Ausgestaltung der Woche“ den Fachschaften zu überlassen.

Die Basisgruppen sind gegen einen bundesweiten Streik aufgetreten, weil er sich im Moment nicht wirklich durchführen läßt. Sie traten ein für „dezentrale, bundesweite, möglichst koordinierte Aktionen ... entsprechend den ungleichzeitigen und unterschiedlichen Bedingungen an den einzelnen Fachbereichen und Hochschulen ... gegen die Auswirkungen der Spar- und Konfrontationspolitik von oben ...“

Die dürftige Debatte im Plenum drehte sich nur noch um die Frage „Streik bundesweit oder nicht?“, ohne daß die Ziele der Aktionen Gegenstand der Erörterung wurden. Es wurde nicht beraten, wie man an den Hochschulen eine geordnete Propaganda gegen die Ziele und Absichten der Regierungspolitik ins Werk setzt und wie die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, für die sich alle aussprachen, praktisch aussehen soll. Grade das wäre im Moment angebracht, damit die allgemein verbreitete Ablehnung der Regierungspolitik in konkreten Forderungen ihren Ausdruck finden kann. Diese Arbeit ist jetzt fürs erste den Asten allein überlassen.



5000 Gewerkschafter auf der Kieler Veranstaltung der IG Metall am 30.10. zum 25. Jahrestag des Metallarbeiterstreiks für Lohnfortzahlung.

und zynisch der Belegschaft erklärt, „ernsthafte Kranke“ hätten allerdings keine Entlassung zu befürchten. Damit stempelte sie zugleich die Arbeiter, deren Arbeitskraft die SEL-Kapitalisten für ihre Profite verschlissen haben, zu Lügner. Die IG Metall hatte schon im Sommer 1980 die SEL-Kapitalisten in Artikeln angegriffen, weil sie mittels Drohbriefen kranke Arbeiter und Angestellte zur Wiederaufnahme der Arbeit zwingen wollten.

„Man könne krank und arbeitsfähig sein“ – so werden bei Bosch in Stuttgart Arbeiter auf dem Arbeitsbüro unter Druck gesetzt. „Auch ein Arzt könne sich irren“ – so die Aufforderung, auch bei Krankheit zur Arbeit zu kommen. Haben die Kapitalisten die Arbeitskraft ruiniert, taugt diese nicht mehr für die Profitschinderei, werfen die Kapitalisten diese Arbeitskraft aus dem Betrieb. Arbeitern, die wegen Krankheit gekündigt werden sollen, schlägt der Betriebsrat des Hamburger Aluminiumwerks grundsätzlich vor, einen Antrag als Schwerbehinderter zu stellen. Sobald der Antrag gestellt ist, besteht der Kündigungsschutz des Schwerbehindertengesetzes. Die Personalleitung hat jetzt zum ersten Mal in zwei Fällen bei der Hauptfürsorge die Kündigung von schwerbehinderten Arbeitern beantragt. Betriebsrat und Ob-

dauer den Monatslohn um bis zu 20% drückt. Bei Krankheit – „20% Lohnabzug“, propagiert der Bundesverband Junger Unternehmer. (Die Beispiele sind den Betriebszeitungen und Branchen-Nachrichtendiensten des BWK entnommen. Bezugsbedingungen der Nachrichtendienste siehe Rückseite der Politischen Berichte).

Studenten Bundes-Asten-Konferenz der VDS

Vom 30.10. bis 3.11. fand in Dortmund eine Bundes-Asten-Konferenz der Vereinigten Deutschen Studentenschaft statt. Auf diesem Treffen sollte über Aktionen gegen die Haushalts- und Hochschulpolitik der Bundes- und Landesregierungen im Wintersemester beraten und beschlossen werden. Viel genutzt, um zu gemeinsamen und einheitlichen Aktionen der Studentenschaften an den Hochschulen zu kommen, hat diese Konferenz allerdings nicht.

Schon zu Beginn war es zu Auseinandersetzungen über die Kompetenz der Versammlung gekommen. Da sie nicht als satzungsmäßige Mitglieder-

Regierungskoalition bläst auf dem Haushaltsloch wirtschaftspatriotische Märsche

Die Regierungskoalition aus SPD und FDP, das zeigen die letzten Wochen, ist mit ihren Tricks noch lange nicht am Ende. Immerhin gelingt diesen gut trainierten Berufspolitikern noch, aus einem Loch wechselnder Größe und einem außer Takt geratenen Herzen politische Substanz zu zaubern, vergleichbar einem Gaukler, der ein Karnickel aus dem leeren Zylinder eines Hohlkopfes zaubert. Wer immer noch glaubt, die Kapitalistenwirtschaft demonstriere im Gange ihrer Krise mangelnde Eignung der Kapitalistenklasse zur Wirtschaftsführung und die imperialistische Politik im Gange der Kriegsvorbereitung mangelnde Eignung der imperialistischen Politiker zur politischen Führung des Landes, müßte nach den jüngeren Ereignissen wenigstens irritiert sein und der Einsicht zugänglich: Spontan bewirken wirtschaftliche Krise und zunehmende Kriegsgefahr nichts als immer unverfrorenere Demonstrationen des verbissenen Willens der herrschenden Kapitalistenklasse und ihres Anhangs gut-situierter Biedermänner zur Behauptung der Macht.

Im Haushalt der Bundesregierung, mühsam genug war er vor sieben Wochen zusammengestoppelt, tat sich ein Loch auf. Erst sechs, dann acht, dann zwölf, nach Bekunden der CSU sogar bis zu fünfzehn Milliarden. Der graue Schlund eines milliardentiefen Haushaltsabgrundes öffnet sich publikumswirksam getimet, wenige Tage nach der bekannten Bonner Friedens-Demo und während die vielen vernünftigen Leute, die dort demonstrierten, beschäftigt sind, sich das patriotische Gift abzuwaschen, womit sie dort von Albertz, Eppler, Mechttersheimer und Co. übergossen wurden. Gleichzeitig ist der Kanzler krank. Habt acht, ihr Deutschen: Eure Wehrkraft, Euer Haushalt und Euer Kanzler – gleichzeitig in Gefahr! Und Sozialdemokraten, Achtung: Wird der schnöde Vizekanzler sich die Herzschwäche Schmidts zunutze machen, um der Koalition den Dolch ins Herz zu rennen? Was war nun eigentlich am Grunde des Meeres schäumender Stimmungen geschehen?

Der Arbeitskreis für Steuerschätzung, eine Körperschaft, in der die Bourgeoisie praktisch alles Sachverständige zusammenzieht, hatte die Bundesregierung mit neuen Schätzungen überrascht. Ebenso hatten die Wirtschaftsinstitute der Bundesregie-

rung das neue Herbstgutachten vorgelegt. Beide Expertenschaften waren zu dem Ergebnis gekommen, daß die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit 1981 schwächer ausfallen würde, als sie zunächst gedacht hatten, und für 1982 niedriger angesetzt werden müsse, als sie zunächst vermutet hatten, die einen von der Seite der Schätzung der Steuer- und Versicherungseinnahmen her, die anderen von der Seite der Entwicklung der Unternehmen her. Die erste faßbare Reaktion der Regierungskoalition auf diese Mitteilungen verdient eine ausführliche Dokumentation. Zuerst der Kanzler in einem Interview mit dem ZDF vom 23.10., worin er sich über das Loch, die Gegenstände, die er darin versenken will, und die Umstände, die es weiter aufreißen können, ausläßt.

„ZDF: Man spricht davon, daß Sie mit zehn Milliarden rechnen. Ist das richtig?

ER: Ich bin kein Rechenkünstler, das ist Sache des Finanzministers. Zunächst aber

hen. Wieder andere reden von anderen Steuererhöhungen. Ich bin da sehr zurückhaltend, schließe das aber nicht aus.

Und dann kommt das vierte Feld, das man versuchen muß – und das gilt sicherlich für die Länder und Gemeinden ebenso wie für den Bund, die haben ja auch alle weniger Steuereinnahmen, als sie noch vor wenigen Wochen gedacht haben –, daß man auch Ausgaben versuchen muß, noch einmal zu straffen. Insgesamt darf man aber nun nicht in den Fehler verfallen, eine deflatorische Politik zu treiben.

ZDF: Kaufkraft wegzunehmen durch –

ER: Ja, und insgesamt nicht nur Kaufkraft, auch Investitionskraft zu behindern. Das würde unserem Arbeitsmarkt wirklich nicht guttun.

ZDF: Aber, so entnehme ich Ihren Worten, der Bürger muß mit weiteren Belastungen, sei es auf der Steuerseite, sei es bei der Abgabenseite, vielleicht auch für ein Beschäftigungsprogramm, was finanziert werden muß, rechnen?

ER: Viele Bürger müssen damit rechnen, daß ihr Realeinkommen in diesem Jahr 1981 kleiner sein wird, als sie am Anfang des Jahres gerechtfertigterweise hoffen



In vielen Städten führen die DGB-Gewerkschaften derzeit Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen den Sparhaushalt der Bundesregierung durch.

ist es Sache der Bundesbank selber, ihren Gewinn festzustellen. Wenn sie ihn festgestellt hat, muß sie ihn nach dem Gesetz abliefern.

Dann kommt das nächste große Feld: Die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit werden steigen. Infolgedessen denken einige, man soll dann den Arbeitslosenversicherungsbeitrag bis an die gesetzliche Grenze von 4% anheben. Andere sind einstweilen noch anderer Meinung und meinen dafür, man solle vielleicht Steuern auf Mineralöl erhö-

durften.

ZDF: Und 82?

ER: Und 82 das gleiche. Auf welchem Wege das Realeinkommen weniger steigt als gehofft, das bleibt noch zu entscheiden. Aber dies ist eine Lage der ganzen Welt. Und meine große Sorge ist, daß nun die Parlamente der einzelnen Staaten oder die Regierungen beikommen und die Grenzen dichtmachen und sagen: wir wollen keine Textilien aus dem Lande X, unsere eigene Textilindustrie muß beschäftigt werden.

„Amerika wieder an die Arbeit bringen“ Die Reagan-Regierung in Aktion

Er wolle „Amerika wieder an die Arbeit bringen“, um die Konjunktur anzukurbeln und „diesen industriellen Giganten wiederzuerwecken“, hatte US-Präsident Reagan bei seinem Amtsantritt am 20.1. des Jahres erklärt.

Unmittelbar danach verhängte er einen Einstellungsstopp für die Bundesverwaltung – Ausnahme: Streitkräfte und Sicherheitsdienste. Um „bürokratische Bevormundungen“ der Kapitalisten zu beseitigen, ordnete er eine Überprüfung aller Arbeitsschutzbestimmungen an und weitete die Abschreibungsmöglichkeiten der Kapitalisten aus. Zum 1. Oktober trat sein brutales Kürzungsprogramm für die Sozialausgaben, im Sommer vom US-Kongreß beschlossen, in Kraft. Seitdem ist der bisherige Mindestsatz für Sozialhilfe – erbärmliche 122 \$ im Monat, ca. 270 DM – aufgehoben. Arbeitslose bekommen nur noch 26 Wochen lang Arbeitslosenhilfe – bisher 39 Wochen. Bereits im September erhielten nur 3 Mio. der 8 Mio. Arbeitslosen Arbeitslosenhilfe. Die Regierung strich 875 000 der ärmsten Arbeiter die Lebensmittelgutscheine. Bisher bekamen diese jährlich ca. 1800 \$ für den Kauf von Lebensmitteln. Sämtliche vom Bund finanzierten Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme sind gestrichen. 300 000 zumeist von Gemeinden zu elenden Löhnen ausgebeutete Lohnabhängige stehen damit wieder unmittelbar den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung. Die Verringerung der Zuschüsse für arme Familien mit Kindern von 7 Mrd. \$ 1981 auf 6 Mrd. \$ 1982 soll Frauen und Kinder in die Fabriken treiben. Familien, die Hausrat, Möbel und Kleidung im Wert von mehr als 1000 \$ (bisher 2000 \$) besitzen, bekom-

men keinen Pfennig mehr. 400 000 Familien sind davon betroffen. Weiteren 287 000 Familien werden die Beihilfen gekürzt.

Zusätzlich plant die Regierung, die staatlichen Wohnungsbauprogramme zu streichen. Zusammenpferchung der Armen in den heruntergekommenen Wohnungen ist der Zweck. Für Jugendliche will die Regierung einen „Unter-Standard-Mindestlohn“ einführen. Bisher konnten die Kapitalisten – mit spezieller Erlaubnis der Regierung – Jugendliche ½ Jahr lang zu 85% des Mindestlohnes ausbeuten. Jetzt will die Regierung den Mindestsatz auf 75% senken. Sowieso fallen ⅓ aller Lohnabhängigen nicht unter das Mindestlohngesetz des Bundes, vor allem in der Landwirtschaft und in



Kleinstbetrieben. Seit Februar hat die Regierung zudem die Anpassung des Mindestlohns an die Inflation ausgesetzt. Seitdem stagniert er bei 3,35 \$ die Stunde – ca. 8,30 DM. Im September

hob das Arbeitsministerium das 1940 von den Gewerkschaften durchgesetzte Verbot der Heimarbeit für die Herstellung von Strickwaren auf.

Hinzukommen massive Kürzungen im Gesundheitsbereich, bei der Schulspeisung – wo das Gesundheitsministerium empfahl, die Fleischrationen zu kürzen und Ketchup als Gemüse zu verabreichen –, Kürzungen der Zuschüsse an Bundesstaaten und Gemeinden, die diese ihrerseits zum Vorwand für Entlassungen, Lohnkürzungen und Kürzungen der Sozialausgaben nehmen. Allein die Bundesregierung will bis 1984 75 000 Bundesbeschäftigte entlassen, 1982 sollen die Lohnsteigerungen der 6 Mio. Bundesangestellten auf 4,8% begrenzt werden, bei über 10% Inflation.

Unterstützt durch diese Regierungsmaßnahmen, konnten die Kapitalisten im September die Reallöhne um durchschnittlich 1,9% senken. Gegenüber September 1980 lag der durchschnittliche Reallohn sogar um 2,9% niedriger.

Am 20.1. hatte Reagan zynisch erklärt: „Jene, die behaupten, wir lebten in einer Zeit, in der es keine Helden gäbe, wissen nur nicht, wo sie zu finden sind. Sie können jeden Tag Helden aus den Fabriken herauskommen und hineingehen sehen ... Ihre Werte tragen unser nationales Leben.“ Wessen „Werte“ herrschen, machte er vor wenigen Tagen deutlich. Die Bundesbehörde „Federal Labour Relations Board“ beschloß die Auflösung der Fluglotsengewerkschaft PATCO, weil sie mit ihrem Aufruf zum Fluglotsenstreik gegen das Gesetz verstoßen habe. Nur eine einstweilige Verfügung der Gewerkschaft vor einem Bundesgericht verhinderte, daß die Auflösung sofort in Kraft trat.

Als zweite wesentliche Maßnahme zur „Konjunkturankurbelung“ hatte Reagan versprochen, die Last der staatlichen Abgaben zu senken. Tatsächlich hat die Regierung lediglich die Einkommenssteuern der Reichen ge-

Wir wollen keine Automobile aus dem Lande Y, unsere eigene Automobilindustrie – Oder wir wollen keine Lebensmitteleinführen aus dem Lande Z, unsere eigene Agrarwirtschaft bedarf des Absatzes.

Diese Gefahr, daß das überall gleichzeitig entsteht und alle die Grenzen dichtmachen und dann die Arbeitslosigkeit explodiert – diese Gefahr ist sehr groß. Und deswegen lege ich ganz großen Wert darauf, daß die Industriestaaten der Welt miteinander kooperativ vorgehen in einer Notlage, die sie alle gemeinsam trifft.“

Der besonderen Aufmerksamkeit des Lesers sei Schmidts Bestimmung von vier Versuchsfeldern, der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung,

der Erhöhung indirekter Steuern, der Erhöhung der Steuer auf Lohn sowie der Erhöhung der Zahlungen für kommunale Leistungen, empfohlen sowie die klare Feststellung, daß 1982 das Realeinkommen vieler Bürger kleiner ausfallen werde, als sie Anfang des Jahres gerechtfertigterweise hoffen durften. Anscheinend plant Schmidt, im März noch einmal ordentlich einzuspannen.

Tags auf diese Schmidt-Äußerung erteilte Dr. Peter Glotz im Südwestfunk einen Kommentar zur Lage, in dem Schmidts Einschätzung der Gefahren der Weltwirtschaft etwas grob-

klotziger ausgeführt wird und damit auch deutlicher:

Auch dies ein im Grunde begrenztes Ereignis; eine Bundesregierung muß sich mühen, ihren Haushalt in Ordnung zu bekommen, aber ein Problem, das auf viel ernstere Probleme zurückweist. Ich meine damit die große Gefahr, in der sich die Engländer zur Zeit befinden; mit zwei Prozent Minuswachstum und elf Prozent Inflation und fast drei Millionen Arbeitslosen. Und die Gefahr, in der die Amerikaner wahrscheinlich auch schweben, die Gefahr, die sich Mitte nächsten Jahres noch deutlicher zeigen wird. Ich persönlich neige dazu, die Wirtschaftspolitik, die in diesen beiden Ländern betrieben wird, für falsch zu halten. Ich glaube nicht, daß man den Sozial-

senkt und für besser verdienende Arbeiter die Progression für ein paar Jahre gemildert. Anfang 1982 sollen für alle Lohnabhängigen die Sozialversicherungssteuern um ein halbes Prozent erhöht werden, Erhöhungen der Tabak- und Branntweinsteuern sind im Gespräch.

Drittens wollte Reagan die „staatliche Schuldenmacherei“ stoppen. Stattdessen erhöhte vor wenigen Wochen der US-Kongreß auf Antrag des Präsidenten die Obergrenze für die staatliche Kreditaufnahme – auf 1000 Mrd. \$! Ständig neue „Schätzungen“ über ständig neue „Defizite“ sind nur der Vorwand, um weitere Kürzungen der Sozialausgaben vorzubereiten, während die Finanzbourgeoisie sich an den Zinszahlungen auf die Staatsschuld mästet.

Viertens wollte Reagan die „Inflation unter Kontrolle bringen“. Auch davon keine Rede. Nachdem im Frühsommer die Inflationsrate kurzfristig unter 10% gefallen war, steigt sie jetzt wieder. Im September stiegen die Preise um 1,2% und lagen damit um 11% höher als im Vorjahr.

Tatsächlich ist die „Kontrolle der Inflation“ nur der Vorwand für die aus ganz anderen Gründen verfolgte Hochzinspolitik der Zentralbank. Die US-Finanzbourgeoisie will die Zentralisation großer Kapitale künstlich weiter beschleunigen. Deshalb hält die Zentralbank mit Unterstützung aller Großbanken den Zinssatz für Großunternehmen – die „Prime Rate“ – bei 18%; Zinsen für kleine Kapitalisten, Bauern und Konsumentenkredite etc. liegen noch höher. Das hat zur Folge, daß die industriellen Kapitalisten einen Großteil des aus den Lohnabhängigen herausgepreßten Profits als Zins an die Banken abführen müssen – je mehr sie verschuldet sind, desto mehr. Kann ein Kapitalist diese Zinsen nicht mehr aus seinem Profit bestreiten – und viele, vor allem kleinere Kapitalisten, können das immer weniger – so geht

er bankrott. Die entlassenen Arbeiter vermehren das Arbeitslosenheer, während die überlebenden Monopole selbst bei schrumpfendem Markt ihren Absatz auf Kosten der ruinierten Kapitalisten ausweiten können.

Die zweite Folge der Hochzinspolitik ist ein steigender Dollarkurs. Der US-Bourgeoisie erleichtert das den Kapitalexport. Gleichzeitig kann sie sich daran machen, das wichtigste Zahlungsmittel im internationalen Handel, das Gold, Schritt für Schritt wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Besitzt sie erst wieder den größten Teil der Goldreserven, kann sie ihre erpresserische Währungspolitik der Zeit vor 1971 wieder aufnehmen.

Die Aussicht auf die so erzielbaren Extraprofite ist der Hauptgrund, weshalb die US-Finanzbourgeoisie die Reagansche Politik eingeleitet hat und an ihr festhält, trotz eines Rückgangs des realen Sozialprodukts seit März um 2,2%, trotz wachsender Gefahr für jeden einzelnen Kapitalisten, unter die Räder zu kommen.

So ist z.B. die Stahlproduktion in diesem Jahr aus ihrem Tiefststand vom Vorjahr nicht herausgekommen. Viele Stahlwerke arbeiten nur mit 60% ihrer Kapazität. Trotzdem haben die Stahlkapitalisten ihre Investitionsprogramme seit November 1980 gewaltig beschleunigt. Bis jetzt nahmen sie Investitionen von 5,5 Mrd. \$ in Angriff – gegenüber jeweils ca. 1 Mrd. \$ in den Vorjahren. Ähnlich in der Automobilindustrie. Bis Ende September produzierten die großen Monopole 4,9 Mio. PKW und LKW – das ist eine Jahresproduktion von 6,5 Mio. Einheiten, gegenüber mehr als 9 Mio. in den Jahren 1977 und 1978. Trotzdem führen die Kapitalisten Rekordinvestitionen durch. Mögliche Schrumpfungen des inneren Marktes sind einkalkuliert. Der Ausweg wäre dann: ein internationaler Handelskrieg, der sich gewaschen hat.

haushalt zusammenstreichen kann, um mit diesem Geld Spielraum für Steuererleichterungen für die Unternehmen zu haben und dann zu hoffen, das führe zur Ankurbelung der Wirtschaft. „Reagonomics“, wie das so schön heißt, die Reagan'sche Wirtschaftspolitik, und auch der Monetarismus in England wird die Bundesrepublik und Europa insgesamt in schwierige Situationen im nächsten Jahr führen. Und wir müssen die Gefahr sehen, daß wir nur ein Prozent Wachstum in der Bundesrepublik auch unsererseits bekommen und daß die Zahl der Arbeitslosen noch weiter steigt.

Seien wir uns ernsthaft klar: Es ist nicht auszuschließen, daß im Sommer des nächsten Jahres nicht nur eine Rezession da ist, sondern so etwas, was man früher einmal

eine Depression genannt hat, die es nicht nur in Deutschland, sondern insgesamt in den westlichen Industrieländern gibt. Diesem Problem muß man sich annehmen. Ich denke, die Koalition wird dies vernünftigtun.“

An diesem Glotzwort ist nicht zu drehen oder zu deuteln: Wenn's zu einer Depression kommt, ist keinesfalls der Kapitalismus schuld, sondern die falsche Ansicht, die in den USA und Großbritannien über ihn besteht. Armes Deutschland, man stört Deine sozialmarktwirtschaftlichen Kreise von außen! Am selben Tage äußerte Matthöfer im Saarländischen Rundfunk auf die Frage, ob durch Einschmeißen von

Bundesbankkrediten ins berühmte Loch das Nötige nicht bloß aufgeschoben wär, er könne ja wohl wissen, daß sich dadurch ein anderes Loch auftun könne?

„Ja, die entscheidenden Worte Ihrer Frage sind ,wohlwissend, daß das anders läuft ...‘ Niemand weiß das wohl, denn das ist gerade das Problem: die Gläubigkeit von Politikern in kurzfristige Wirtschaftsprognosen. Ich bin davon abgekommen, ich ha-



be mich so oft geirrt in den dreißig Jahren, wo ich mich mit Ökonomie beschäftige, und auch andere sich irren sehen, die das hauptberuflich machen, daß ich ganz davon abgekommen bin. Mir kommt es auf etwas anderes an mit jeder Entscheidung, die kurzfristig sicher nötig ist. Wer falsche Sicherheit verspricht und wer den Wählern oder den Bürgern sagt, er könne für die nächsten 15 Monate voraussagen, wie sich alles entwickeln wird, der gaukelt ihnen etwas vor, was er dann nicht einhalten kann. Man muß die Rahmenbedingungen richtig setzen, damit Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sich durchsetzen, und ich glaube, das wird die beste Wirtschaftspolitik sein.“

Am 26. Oktober, das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute liegt inzwischen vor, meldet sich Dr. Helmut Haussmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion zu Wort:

„Die F.D.P.-Fraktion fühlt sich in ihrer Position unterstützt und bekräftigt, ihren bisherigen realistischen Kurs fortzusetzen. Die Gutachter erinnern zu Recht daran, daß mit den Entscheidungen über den Bundeshaushalt 1982 und die Begleitgesetze erst der Einstieg in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beginnt und diese Aufgabe in den nächsten Jahren weiterzuführen ist. Wer sich durch steigende Bundesbankgewinne, die für 1982 eine Entlastung der Finanzsituation bedeuten, dazu verleiten läßt, die mittelfristig angelegte Konsolidierung nicht fortzusetzen, der wird morgen wieder vor dem Problem von heute stehen ... Gerade in einer Zeit schnell sich

ändernder wirtschaftlicher Daten gilt um so mehr Goethes Wort: „Wer in schwankenden Zeiten schwankend gesinnt, der vermehrt das Übel.“

Die feine Ironie, mit der Matthöfer seine Fassungslosigkeit vor den Ereignissen der Kapitalistenwirtschaft als höhere Weisheit ausgibt (auch er könnte sich auf Goethe berufen mit dem Wort „Es irrt der Mensch, so lang er lebt“) findet eine nette Ergänzung durch die F.D.P., die ihre erkennbare Torkelbewegung in Richtung Union durch Anwendung Goethes zum Ausdruck unerschütterlicher Standhaftigkeit stilisiert.

Die Unionsparteien üben sich in sachlicher Zurückhaltung, gepaart mit rumpelnder Unverschämtheit. Wieso auch nicht. Der Haushalt wird, wieweit dies auch immer gelingen mag, vorderhand durch Einsatz von Bundesbankgewinnen stabilisiert. Diese Gewinne sind Spekulationsgewinne. Sie ergeben sich aus dem hohen Ertrag der in US-Staatsanleihen angelegten Devisenreserven und aus devisenhändlerischer Tätigkeit bei den Kursänderungen des Dollar. Gewisse Parallelen zu der kleinen Spekulation, die Danny Dattel ins Gefängnis und Herstatt in Konkurs brachte, drängen sich auf. Bloß vermochte die Bundesbank durchzuhalten, wie größere Spekulanten eben immer besser dastehen.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt die Rettung der öffentlichen Haushalte durch Spekulationsgewinne der Bundesbank verkündet, wird objektiv eine neue patriotische Wirtschaftsfront vorbereitet. Retten nicht diese Gewinne letztlich das soziale Netz, die Regierungskoalition und die Arbeiterbewegung vor dem Machtantritt der Union? Sind diese Gewinne nicht letztlich Ausdruck der „Leistungs- und Wettbewerbskraft“ der deutschen Wirtschaft, die Matthöfer so gepflegt hat? Und droht nicht schon internationale Mißgunst unseren schweren Weg noch schwerer zu machen? Wenn die Sozialdemokratie diese Propagandaweiche stellt, was sollen dann die CDU/CSU-Lokomotiven anderes tun, als rumpelnd darüberzurauschen. Das Ziel stimmt doch perfekt!

Die Koalitionsregierung ist dabei, durch ein geschickt dirigiertes Konzert sozialpolitischer und ideologischer Töne die Lohnabhängigen der BRD zu jenem Volkskörper zusammenzuschweißen, der wohl weiß, daß und wie er der Reaktion zu gehorchen hat.

Jahrelang hat man den Kapitalexpert gefördert. Ungeheure Geldmassen wurden aus der Arbeiterklasse herausgepreßt. Inzwischen beträgt die Anzahl der im Ausland fürs deutsche Kapital



arbeitenden Arbeiter nach offizieller Auskunft bereits 1,6 Millionen. Dieser Kapitalexpert hat nicht nur Arbeitsplätze im Inneren vernichtet, sondern zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes geführt. Denn für Stabstätigkeiten, die zudem höher bezahlt werden, ist der Bedarf eher gestiegen, während für gewöhnliche Arbeitsleistung, die zu Produkten führt, Arbeitslosigkeit grasst, in solchem Ausmaß, daß ein zunehmender Teil der Bevölkerung angewiesen ist auf Zuschüsse aus dem Netz der sozialen Sicherheit bzw. aus den

Thatcher hat ihre Schuldigkeit getan — muß Thatcher gehen?

Der Leitartikler des Banken-Zentralorgans „Financial Times“ wurde ungewöhnlich deutlich: „Meine eigene Auffassung ist jedenfalls, daß Frau Thatchers Tage als Führerin der kon-



Ex-Premierminister Heath

Auf diesem Parteitag war Thatcher von Teilen ihrer eigenen Partei unter Ex-Premier Heath massiv angegriffen und zu einer Änderung des „monetaristischen Kurses“ aufgefordert worden. Thatcher weigerte sich, „Änderungen in der Politik vorzunehmen, nur um Popularität zu gewinnen.“

Mit dem Schlagwort „Monetarismus“ bezeichnete die Regierung Thatcher selbst ihre Politik, „knappes Geld, weniger Staatseingriffe, Vertrauen in die Kräfte des freien Wettbewerbs“. Damit hat sie ihren Wahlkampf geführt. In der Regierungserklärung vor zweieinhalb Jahren schrieb sie: „Die Regierung wird in ihrer Wirtschaftspolitik der Kontrolle der Inflation durch die Verfolgung einer festen Geld- und Steuerpolitik Vorrang geben. Durch die Reduzierung der direkten Steuerlasten und die Einschränkung der Ansprüche des öffentlichen Bereichs wird sie beginnen, Anreize wiederherzustellen, die Effektivität zu fördern und ein Klima zu schaffen, in dem Handel und Industrie aufblühen können. Damit wird sie eine sichere Basis für Investitionen, Produktivität und vermehrte Beschäftigung in allen

Teilen des Vereinigten Königreichs legen.“

In der „festen Steuerpolitik“ versprach Thatcher Senkung der Lohnsteuern (dies Versprechen wurde nicht gehalten) und setzte damit die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8,5% auf 15% durch, als Investitionsanreiz senkte sie die Kapitalsteuern, unter dem Stichwort „Einschränkung der Ansprüche des öffentlichen Bereichs“ senkte sie die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und bei der verstaatlichten Industrie; die Regierung senkte auch das Arbeitslosengeld auf jetzt 22 Pfund die Woche (etwa 400 DM im Monat). Senkung der Sozialhilfe für streikende Arbeiter und neue Sondergesetze gegen Streiks, Streikposten und Gewerkschaften sollten die Investitionsbereitschaft fördern.

All dies hatte Thatcher im Wahlkampf angekündigt — aber sie hatte auch „wirtschaftliches Aufblühen“ als Folge dieses Kurses prophezeit.

Inzwischen haben aber die „Kräfte des freien Wettbewerbs“ für drei Mio. Arbeitslose, Rekordzahlen bei Bankrotten kleiner und mittlerer Firmen und eine um 12% gesunkene Produktion gesorgt.

Nicht, daß das Finanzkapital die Regierung für die Krise verantwortlich macht (immerhin sind die Bank- und

servativen Partei gezählt sind.“ So in der Berichterstattung von dem Parteitag der Tories in Blackpool am 17. Oktober.

öffentlichen Haushalten. Jetzt fängt man an, dieser verarmenden Masse zuzuraunen, daß ihre Hoffnung und Existenz verbessert würde durch die Spekulationstätigkeit der Monopolistenbande, wo doch in Wahrheit das Elend erst durch ebendiese geschaffen wurde.

Verständlich, daß die Reaktion da politisch bloß gewinnen kann. Praktisch gibt sich Kanzler Schmidt noch als Biedermann: Man müsse den Lebensstandard rückführen auf den Standard von 1978. Das sei doch auch nicht NICHTS gewesen! – Von einer Rückführung des Leistungsstandards, der Auspressung von Schweiß und Kraft, redet Schmidt nicht und zwar bewußt nicht. Sondern von den Gefahren, die dem Deutschen Volk durch Einschränkung seines Exportes drohen. Der Biedermann wechselt aus der Rolle des schlechten Beraters der Arbeiterbewegung mühelos über in die des chauvinistischen Brandstifters. Seine Künste verbinden allgemeine Ziele mit dem höchst praktischen: Lohnrückgang! Zuerst auf 78, und wohin dann? – An diesem Punkte muß die nächst Schlacht gegen die Entartung der Sozialdemokratie zu einer durchgehend sozialchauvinistischen Partei geschlagen werden: auch praktisch, gegen die Lohnrückerei der echt-deutschen Kapitalisten.

Finanzierungsprofite auch als einzige kontinuierlich gestiegen). Was sie stört, ist das Zusammenschmelzen des „konservativen Lagers“, das die Erfolge gegen die Arbeiterklasse möglich machte.

Gegenwärtig verliert die konservative Partei Tag für Tag an Boden. Eine Woche nach dem Tory-Parteitag mußte die Partei ihre bisher schwerste Wahlniederlage seit 1979 hinnehmen, als sie im Londoner Stadtteil Croydon ihren Sitz glatt an die Allianz aus liberaler und sozialdemokratischer Partei verlor. Statt 49,4% (1979) erhielt Thatchers Partei nur noch 30,4%. Schwer verlor aber auch die Labour-Partei, die statt auf 40,1% nur auf 26% kam.

Für das Finanzkapital stellt sich da die Frage, ob die Festigung der Erfolge gegen die Arbeiterklasse nicht besser unter anderer Führung und mit einem anderen Slogan möglich ist (Heath bietet sich an und verspricht „eine gemäßigte Politik“). Ein solcher Wechsel würde dem Bodengewinn der liberal-reaktionären Allianz aus liberaler und sozialdemokratischer Partei entgegenkommen und das bürgerliche Lager politisch und ideologisch gegen die Gewerkschaften und Labour zusammenhalten.

Milton Friedman: Ein „Liberaler“ über die „Freiheit der Arbeiter“

Milton Friedman, Professor der Nationalökonomie an der Universität von Chicago, gilt als einer der Schöpfer der „monetaristischen“ Wirtschafts-ideologie und -politik. In seiner Schrift „Kapitalismus und Freiheit“ (1) faßt er sein liberales Kampfprogramm gegen praktisch alle Errungenschaften der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus zusammen.

So erneuert er z.B. die Theorie des „fixen Arbeitsfonds“ (seines Vorbildes Jeremias Bentham, siehe auch: MEW Bd. 23, S. 636f., d. Red.): Danach ist die Lohnsumme, die die Kapitalisten der Arbeiterklasse zahlen, eine natürliche, nicht veränderliche Größe. Friedman: „In einer groben Schätzung stellte ich einstmal fest, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften ungefähr 10 bis 15 Prozent der arbeitenden Bevölkerung einen Einkommenszuwachs von ca. 10 bis 15% gebracht hat. Dies bedeutet nichts anderes, als daß 85 bis 90 Prozent aller Arbeitnehmer eine Lohnneinbuße von ca. 4 Prozent hinnehmen mußten.“ Denn: „Eine Einkommenserhöhung ... innerhalb eines bestimmten Beschäftigungszweiges ... hat zwangsläufig eine Verringerung der möglichen Arbeitsplätze auf diesem Beschäftigungssektor zur Folge. Dies bedeutet, daß mehr Arbeitskräfte frei werden und Arbeit suchen, was wiederum das Lohnniveau in anderen Branchen senkt.“ (S. 164) Also seien alle Angriffe auf Gewerkschaften, die nur schädliche „Monopole“ seien, gerechtfertigt. Auch die Abschaffung gesetzlicher Mindestlöhne ist nötig. Denn der Staat „kann schwerlich die Arbeitgeber zwingen, alle jene Arbeitnehmer zu den Mindestlohnsätzen zu beschäftigen, die zuvor weniger ... erhielten ... Die Auswirkung der vorgeschriebenen Min-

destlöhne besteht somit in der Erhöhung der Arbeitslosigkeit.“ (S. 232)

Der zweite Angriff gilt den Schutzrechten, die die Arbeiterklasse zur Einschränkung der Konkurrenz untereinander durchgesetzt hat und zur Sicherung gegen die Folgen der kapitalistischen Ausbeutung wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Elend im Alter.

Friedman fordert die „Freiheit“ der Arbeiterklasse, „ihre wirtschaftlichen Ressourcen nach Belieben zu nutzen“ (S. 58). Auf deutsch: Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen, von Arbeitszeitschranken, von Schichtarbeits- und Akkordschranken. Dazu gehöre „auch die Freiheit, ... die Dienste der Kinder, so wie es früher war, als eine besondere Form des Konsums zu kaufen“. (ebenda) Auf deutsch: Kinderarbeit!

Die Aufhebung der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht sei ein weiteres Gebot der „Freiheit“: „Wenn jemand es bewußt vorzieht, für den Augenblick zu leben ... woher haben wir das Recht, ihn daran zu hindern?“ (S. 241) Nachdem so die Verpflichtung der Kapitalisten, für die Folgen ihres Wirtschaftens für die Arbeiter aufzukommen, zu einer Frage der individuellen „Vorsorge“ heruntergemacht ist, ist der nächste Schritt die Befreiung der Kapitalisten von der Zahlungspflicht: „Jede Einzelperson könnte nur für ihre persönliche Rente einzahlen.“ (S. 235) Denn schließlich: „Es gibt wenig Entwicklungstendenzen, die so gründlich das Fundament unserer freien Gesellschaft untergraben können, wie die Annahme einer anderen sozialen Verantwortung durch Unternehmer als die, ... soviel Gewinn wie möglich zu erwirtschaften.“ (S. 176)

(1) M. Friedman, „Kapitalismus und Freiheit“, Seewald-Verlag, Stuttgart 1971. Als Taschenbuch: dtv-Taschenbuch 1256, 6,80 DM.



Streiks gegen Stilllegungspläne

Essen. 2000 Beschäftigte des Werkes Schalker Verein, des Gelsenkirchener Gußstahlwerks und der Gießerei Hilden demonstrierten am 23.10. vor der Essener Thyssen-Verwaltung gegen die Stilllegungs- und Rationalisierungsabsichten des Thyssen-Vorstands im Gießereibereich. Am 27.10. demonstrierte die gesamte Belegschaft des Gußstahlwerks vormittags zur Aufsichtsratssitzung nach Mülheim. Gleichzeitig forderten die IG Metall-Vertrauensleute des Schalker Vereins die örtlichen Bundestagsabgeordneten auf, gegen die „Spar“-maßnahmen der Regierung und weitere Rüstkungsausgaben zu stimmen.

Erhöhung der Lohngruppe 2 Metall SH

Die Tarifkommission der IG Metall hat für die Beschäftigten der Lohngruppe 2 der schleswig-holsteinischen Metallindustrie am 19.10.1981 folgendes Ergebnis angenommen: Mit Wirkung ab 1.11.1981 wird der Lohngruppenschlüssel der Tätigkeitsgruppe 2 von 80,5% auf 81,25% des Ecklohnes und mit Wirkung vom 1.11.1982 auf 82% angehoben. (Lohngruppe 3 ist 85

Über 3000 nahmen an der Demonstration der DGB-Jugend Niedersachsen am 31.10.81 in Hannover teil. Sie stand unter dem Motto: „Wir kämpfen für unsere Zukunft – für qualifizierte Ausbildungsplätze – für sichere Arbeitsplätze – für Frieden, Entspannung und Abrüstung.“ Forderungen gegen die Kriegsvorbereitungen und die geplanten Kürzungen im sozialen Bereich standen im Vordergrund, wenngleich Lösungen gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung schwach vertreten waren. Der Hauptredner forderte die Einstellung der Türkeihilfe.

%, LG 4 93% und LG 5 96% vom Ecklohn).

Die Stufenregelung kann erst wieder zur Lohnrunde 1983 gekündigt werden. Im letzten Tarifkampf war die Forderung nach Streichung der LG 2 Bestandteil der Lohnforderung. Mehrere Demonstrationen und Großveranstaltungen sind zur Bekräftigung der Forderung durchgeführt worden.

„Und wenn in die kommenden Lohnrunde eine Vorweganhebung der unteren Lohngruppen gefordert wird, kann auch die Lohngruppe 2 einbezogen werden.“ (Metallzeitung 21, Hamburg Teil)



Vollstreckungsaufschub für RA Hårdle!

Am 11.11.81 soll RA Hårdle die gegen ihn verhängte Freiheitsstrafe von 22 Monaten antreten. Nachdem zahlreiche Rechtsanwälte und Anwaltsvereine sowie die Rechtsanwaltskammern Karlsruhe und Stuttgart vom baden-württembergischen Justizminister Eyrich fordern, die Strafvollstreckung so lange auszusetzen, bis die Menschenrechtskommission in Straßburg über die von Hårdle eingelegte Beschwerde entschieden hat, haben sich dieser Forderung das Präsidium des Deutschen Anwaltsvereins sowie 37 Richter bis hin zu den höchsten Gerichten angeschlossen. Der stellv. Vorsitzende des Petitionsausschusses MdL Brechtlin hat in einem Brief an Justizminister Eyrich „erhebliche Zweifel im Hinblick auf das Verfahren“ geäußert und geraten, dem „Justizkomplex Heidelberg“ „besondere Aufmerksamkeit“ zu widmen. Der mögliche Vollstreckungsaufschub von 4 Monaten solle ausgeschöpft werden.

VDM-Arbeiter besetzten Werkstore

Frankfurt. Eine Woche lang hielten Arbeiter des VDM-Stammwerkes in Frankfurt-Heddernheim die Werkstore besetzt, um den Vorstand zur Vorlage eines besseren Sozialplans für die 1700 Beschäftigten des Werkes zu zwingen, das im August 1983 geschlossen werden soll. Die Produktion stand still. Da noch etliche Aufträge laufen, wurde ein wirksamer Druck auf die Geschäftsleitung erzeugt. Betriebsrat und IGM forderten einen Monatslohn Abfindung für jedes Jahr Betriebszugehö-

rigkeit und zusätzliche Zahlungen für Beschäftigte über 40 Jahre. Der VDM-Vorstand hatte Abfindungen zwischen 450 und 950 DM pro Jahr Betriebszugehörigkeit angeboten. Der am 2.11. abgeschlossene Sozialplan bringt jetzt eine Abfindung von 60% des Bruttolohns, minimal 60% von 2000 DM und maximal 60% von 3800 DM pro Jahr Betriebszugehörigkeit. Die Werkstorbesetzung fand bei den Lohnabhängigen in Frankfurt große Unterstützung. Die Arbeiter der Union Druckerei kamen mit einem Transparent. Die DGB-Kulturinitiative trat vor dem Werkstor auf. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Michel verband seine Solidarität mit der Forderung nach Novellierung des Mitbestimmungsgesetzes.

Siemens Betriebsrat gegen „Job-Sharing“

München. Im Siemenswerk Hoffmannstraße will die Geschäftsleitung in einigen Bereichen „Job-Sharing“ (zwei Beschäftigte teilen sich einen Arbeitsplatz) einführen. Der Vorteil für die Siemenskapitalisten ist ähnlich wie bei der Teilzeitarbeit: Sie können aus der einzelnen Arbeitskraft um ein vielfaches mehr herauspressen, weil die Leistungsfähigkeit höher ist als beim Achtstundentag. Zahlen tun sie aber nur vier Stunden. Außerdem entfallen sämtliche Fehlzeiten, weil beide Beschäftigte verpflichtet sind, den Arbeitsplatz dauernd besetzt zu halten. Der ständige Kleinkrieg zwischen Arbeiter und Kapitalist um Urlaub, Krankheit, Arztbesuch usw. soll so auf die Beschäftigten verlagert werden. Der Betriebsrat hat solche Art von „Arbeitszeitverkürzung“ abgelehnt.



Das einzige Zugeständnis, das die italienische Regierung nach dem allgemeinen Streik in Industrie und Landwirtschaft am 23.10 gegen Lohnsenkung und Haushaltsbeschlüsse gemacht hat, hat sie nur vier Tage gehalten. Am 26.10. sagte Regierungschef Spadolini den Gewerkschaften zu, bis zum Abschluß der Verhandlungen über die „Lohnkosten“ keine Steuern und Tarife zu erhöhen. Am 30.10. erhöhte die Regierung den Benzinpreis um 65 auf 995 Lire (1,87 DM). Zwei Drittel der Erhöhung entfallen auf eine neu eingeführte Abgabe zur Deckung des Defizits der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft. Derart bestärkt, erklärten die Kapitalisten lauthals, bei den Tarifverhandlungen im nächsten Jahr sei höchstens über ein Forderungsvolumen von einem Prozent zu reden. Derartige Frechheiten werden dadurch erleichtert, daß sich die Richtungsgewerkschaften nicht über die Linie gegen die Lohnsenkungspläne eing. Jetzt sollen die Belegschaften konsultiert werden. Für 1982 hat ein Ausschuß der katholischen CISL Lohnforderungen von 6,2% zusätzlich zu den Inflationszuschlägen vorgeschlagen

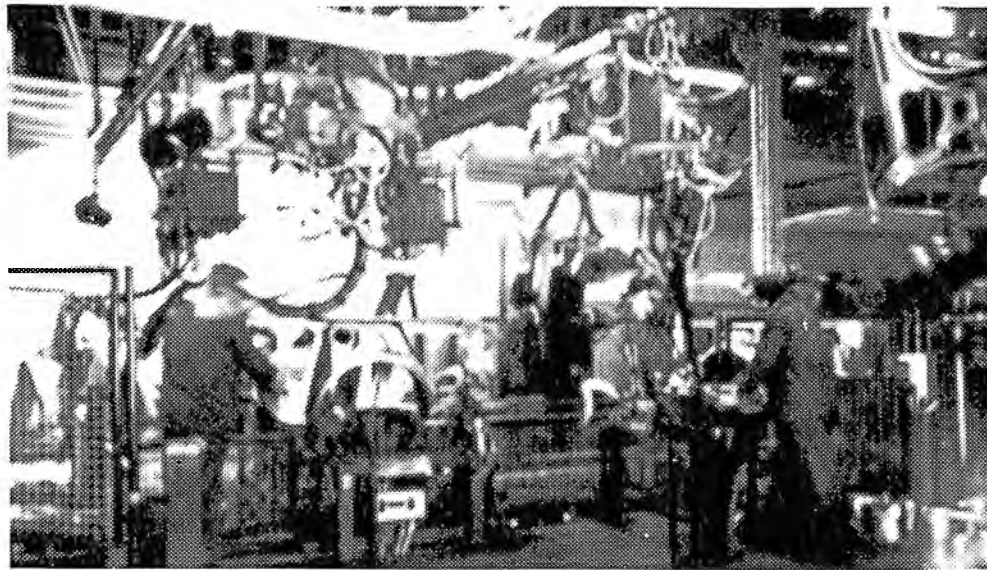
Karmann

Investitionen sollen sich bezahlt machen

Osnabrück. Sämtliche Geschäftsführer waren auf den Plan gerufen, die ihrerseits keine ihrer schauspielerischen Fähigkeiten ausließen, um das Drama der wirtschaftlichen Situation des Betriebes gegenüber dem Betriebsrat vorzuführen. 1. Akt. Betriebsführer Karmann wedelt mit einem Zeitungsausschnitt. Überschrift: „Salzgitter will wieder Fertigung von VW.“ Die totale Abhängigkeit der Fahrzeugproduktion von VW und die immer größer werdende Konkurrenz waren und sind be-

Die enormen Investitionen der vergangenen zwei Jahre sollen sich auszahlen. Das betrifft vor allem die automatische Schweißstraße für die Scirocco-Fertigung und die gesamte Lackiererei. Was die Betriebsführung als Stärkung der Produktion bezeichnet, ist der durch diese Investitionen entstandene Produktionsablauf selbst.

In der automatischen Schweißstraße werden die vorgefertigten Teile zusammengepunktet. Hochqualifizierte Arbeiter üben nur noch Kontrollfunktio-



währtes Druckmittel gegenüber dem Betriebsrat. „Kommen wir den Anforderungen des VW-Werkes nicht nach“, so soll der Zeitungsausschnitt verdeutlichen, „würde das Nachfolgemodell des Scirocco bei VW-Salzgitter selbst gebaut“. 2. Akt. Die Bereichsbetriebsführer schildern die Situation. Die Verkaufszahlen sowohl beim Golf-Cabrio wie auch beim Scirocco seien im Vergleich zur Konkurrenz hoch. Jedoch zu hoch seien die Vorgabezeiten bzw. der Zeitaufwand pro Einheit, so daß jeder Wagen, der vom Band läuft, einen wirtschaftlichen Verlust bedeutet. Zudem sei die Auslastung des ganzen Betriebes katastrophal. In einigen Produktionsabschnitten gäbe es Wartezeiten von 46%. Schlußbemerkung: Man habe „einfach zuviel Personal und keine entsprechende Produktion“. 3. Akt. Betriebsführer Karmann faßt zusammen: „Wenn alle sich mehr bemühen würden, wäre die Situation in den Griff zu kriegen.“ Als Maßnahmen wären möglich und nötig: Entörung der Produktion, Senkung der Betriebskosten, Steigerung der Qualität und Flexibilität.

nen aus. Aus der automatischen Schweißstraße heraus werden die Rohkarossen auf ein Band gesetzt, auf dem dann Schweißarbeiten ausgeführt werden müssen, die die Maschinerie noch nicht beherrscht. Dies ist Störfaktor Nr. 1, weil Betriebsvereinbarungen die Vorgabezeiten der Arbeiten und die Anzahl der Arbeiter festschreiben. Eine Stückzahlerhöhung ist nur möglich, wenn zusätzlich Arbeiter eingesetzt werden. Von diesem Band aus laufen die Karossen durch die Lackierstraßen in die Fertigmontage. Hier sieht die Betriebsführung Störfaktor Nr. 2. Hier bestehen genau dieselben Bedingungen wie im Rohbau.

Für die Entörung der Produktion hat die Betriebsführung eine Forderung in drei Variationen an den Betriebsrat gerichtet. 1. Takt schneller stellen, so daß fünf Einheiten am Tag mehr produziert werden. Ohne Mehreinsatz von Arbeitskräften oder Änderung des Fertigungsplanes; 2. Takt schneller stellen, so daß fünf Einheiten am Tag mehr produziert werden. Die fünf Einheiten sollen mit 18 Min. als

Überstunden bezahlt werden; 3. Kürzung der Verteilzeiten (persönliche Verteilzeit jetzt 24 Min.) auf 6 Min. Der Betriebsrat hat keinem der drei Vorschläge zugestimmt. Da diese Forderung begründet wurde mit einer Stückzahlerhöhung von VW, wollte der Betriebsrat einer Sonderschicht zustimmen, wenn gleichzeitig Einstellungen vorgenommen werden. Die Ablehnung dieses Vorschlags hat deutlich gemacht, der Betriebsführung geht es nicht um Erfüllung des VW-Programms, vielmehr um eine profitablere Produktion und die Beseitigung der dabei störenden Betriebsvereinbarungen.

Um wissenschaftlich zu untermauern, daß bestehende Betriebsvereinbarungen und die Zeitfindungsmethoden überaltert sind, hat die Betriebsführung die Rationalisierungsfirma Kienbaum angesetzt. Mehrere Arbeitskreise hat die Betriebsführung eingerichtet: „Kosten und Qualität“, „Entstörung und besserer Ablauf“ und „Produktivität“. Zusätzlich ist eine Ausbildungsmethode „zur Überwindung von Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Abteilungen“ von der Firma Meta-Plan gekauft. Konkrete Resultate sind dem Betriebsrat noch nicht vorgelegt.

Auch ohne jene konkreten Resultate können die Aufgaben der Betriebsräte und der IG-Metall abgesteckt werden. Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge müssen die permanente Steigerung der Intensität verhindern und den Kapitalisten die Möglichkeit nehmen, vermehrt Arbeiter in die untersten Lohnklassen einzugruppieren. Eine Umschichtung des Arbeitskörpers muß verfolgt werden. Möglich ist dies in der kommenden Tarifaufeinandersetzung, da der Lohnrahmentarifvertrag offen ist.

Lärmzulage Fortschritte in der Umsetzung des MTV

Schweinfurt. Zehn Monate zieht sich der Streit in der bayerischen Metallindustrie um die Zahlung einer Lärmzulage von 0,20 DM in Bereichen ab 86 dB (A) Dauerschallpegel bereits hin. Die Kapitalisten nutzen weidlich aus, daß im Manteltarifvertrag kein Termin für den Abschluß der Neuregelung festgelegt wurde. Noch im Oktober waren bei Fichtel & Sachs, Schweinfurt, in Abteilungen *erstmalig* Messungen im Gang. Nur einen Mann hat Fichtel & Sachs für die Messungen abgestellt. Dort, wo Messergebnisse bereits vorliegen, versucht Fichtel & Sachs, den Umfang der Zahlungen ein-

zuschränken. In der Stanzerei wurden bei Auszahlung der 0,20 DM Lärmzulage 3 Pfg. der „Raumzulage“ gestrichen. In einer Abteilung wurde die Lärmzulage auf die Frühschicht beschränkt. Fast überall versucht Fichtel & Sachs, den Lärmbereich innerhalb von Abteilungen einzugrenzen. Im Kupplungs-nabenbau geht diese Aufspaltung in Lärm- und Nichtlärmbereich z.B. mitten durch Akkordgruppen hindurch.

Allerdings nicht nur das widerstrebende Vorgehen der Kapitalisten zeigt, daß die Neuregelung ein positiver Schritt für die Arbeiterbewegung war. Die Fragen nach Belastung durch Lärm, Lärmschäden, Eindämmung von Lärmquellen sind jetzt auf dem Tisch. Im Kupplungs-nabenbau z.B. haben die Arbeiter aufgedeckt, daß nur die Hälfte von ihnen im Lärmbereich ausbezahlt wurde, daß die Messungen bei zu niedriger Maschinenauslastung und Nichterfassung von Lärm-

spitzenwerten durchgeführt wurden. Der Betriebsrat hat sich eingeschaltet, um die Forderung der Arbeiter nach Zahlung der gesamten Abteilung zu klären. Der F&S-Vorstand sieht sich genötigt, Investitionen zur Beseitigung von Lärmquellen zu genehmigen.

Bei FAG Kugelfischer, Schweinfurt, konnte in den letzten zwei Monaten die Umsetzung abgeschlossen werden. Mit dem Oktoberlohn erhalten Arbeiter im Lärmbereich erstmals die Lärmzulage, einschließlich einer Nachzahlung ab 1. Jan. 1981. Für Abteilungen, in denen nur ein Teil der Arbeiter im Lärmbereich ist, hat der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung vereinbart, daß alle die Lärmzulage erhalten bei Kürzung der AT-Zulage um 5 Pfg. Monteure erhalten die Lärmzulage entsprechend der Dauer ihres Aufenthalts in Lärmbereichen. Die Meßergebnisse sind in den Abteilungen ausgehängt worden. Ein Katalog über Lärmquellen ist erstellt worden.

klimatisierten Arbeitsplätzen. Alle der 49 Antwortenden stellten je nach Lage des Arbeitsplatzes (Nord- oder Südseite) entweder Hitze und Schwüle oder Kälte, Zugluft oder stehende Luft und Sauerstoffmangel, Staub und Trockenheit fest.

Die Angaben zu gesundheitlichen Beschwerden lesen sich fast wie die Statistiken eines Krankenhauses: Bei möglichen Mehrfachnennungen wurden 84 zeitweilige und 53 chronische Erkrankungen angegeben, wobei Erkältungskrankheiten, Grippe, Kopfschmerzen, rheumatische und Herz- und Kreislaufbeschwerden die häufigsten waren. Durch die Veröffentlichung im PR-Info ließ sich der Kanzler so weit beeindrucken, daß er anwies, die Klimaanlage künftig bis 18 Uhr zu fahren; die Bibliothek ist allerdings bis ein Uhr nachts geöffnet.

Zur Absenkung der Raumtemperatur um ein Grad empfahl der Kanzler in einem Rundschreiben, „warme Kleidung bereitzuhalten“. Daß aufgrund äußerst schlechter Isolation des Gebäudes in manchen Büroräumen Temperaturen zwischen 15 und 17 Grad gemessen werden, kann nach Ansicht des Kanzlers nicht sein. Ebenso wenig darf sein, daß der Personalrat auch hier das Mitbestimmungsrecht geltend macht. Kürzlich ist dem Kanzler die vom Personalrat in beiden Fragen eingereichte Klage vom Verwaltungsgericht Minden zugestellt worden.

Neben erheblichen Mitteln für Instandsetzungsarbeiten wurde auch die Reinigung gekürzt, was zur sofortigen Entlassung von 30 Putzfrauen der privaten Firma und zu unaussprechlichem Dreck in der gesamten Universität führte. Damit war ein eindrucksvoller Rahmen geschaffen für eine Beratung, zu der der Personalrat andere Personal- und Betriebsräte aus Bielefeld einlud. Fünf waren gekommen und stellten fest, daß zumindest gegenüber den

NRW-„Sparmaßnahmen“

Mehrarbeit, Kälte und Dreck „Sparen“ an der Universität Bielefeld

Bielefeld. Die 791 Angestellten, 173 Arbeiter und 115 Beamten der Universität Bielefeld haben längst einen Vorgeschmack der für 1982 angedrohten Kürzungen im öffentlichen Dienst bekommen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung war schon in diesem Jahr mit „Sparen“ nicht sparsam.

Mit der 6monatigen Stellenbesetzungssperre jeder zweiten freien und freiwerdenden Stelle strich sie allein an dieser Universität bis zum 31.9. die Gehälter von 63 Wissenschaftlern und 37 Angestellten und Arbeitern für ein halbes Jahr. Die Arbeiter und Angestellten hingegen müssen – bei gleichem Gehalt, versteht sich – mehr Arbeitskraft abliefern. In einem krassen Fall führte das dazu, daß ein Angestellter nach zwei Monaten, in denen er seine Arbeit und die einer gesperrten Stelle leistete, mit einem Herzanfall ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Landesregierung will die Stellenbesetzungssperre 1982 auf jede freie und freiwerdende Stelle ausdehnen.

Der Haushalt der Universität wurde von der Landesregierung zu Beginn des Jahres gleich zweimal gekürzt. Für 2354000 DM (7,1% des Haushalts) mußten Rektorat und Kanzler Mittelstreichungen finden, wobei der Personalrat frühzeitig dem Wissenschaftsminister und Kanzler klarlegte, daß er sich niemals an irgendwelchen Kürzungen beteiligen werde. Das Folgende behandelt nur einen geringen Ausschnitt der Streichungen.

Ohne den Personalrat auch nur zu informieren, wurde im Sommer begonnen, die Klimaanlage in der Bibliothek intervallmäßig zu fahren, sie für je eine Stunde morgens, mittags und abends abzuschalten. Trotz dieser eindeutig gesundheitsgefährdenden Maßnahme spricht der Kanzler dem Personalrat das Mitbestimmungsrecht ab und verweigert ihm die geforderte Beteiligung an Klimamessungen mit dem Hinweis, daß dies keine Maßnahme zur „Gesunderhaltung“ der Beschäftigten sei, wie das Landespersonalvertretungsgesetz als Bedingung der Mitbestimmung vorschreibt. Der Personalrat befragte die 78 Beschäftigten der Bibliothek mit



2500 Lehramtsanwärter demonstrierten am 27.10. in Düsseldorf. In NRW beenden jährlich 9 – 10000 das Referendariat, 3 – 4000 Lehrer verlassen die Schulen; geplant ist, bis 1990 jährlich 4000 Lehrerstellen zu streichen.

für 1982 angedrohten Ausgabenstreichungen, die insbesondere in bezug auf den Lohn auch auf die Industriebeschäftigten wirken werden, eine enge Zusammenarbeit nötig ist. Anträge zur Organisation einer Personal- und Betriebsrätekonzferenz im Kreis Bielefeld wurden vom ÖTV- und GEW-Vorstand zustimmend beraten; der DGB-Vorstand muß noch beschließen.

Energiepreisbildung „Gleichpreisigkeit“ auf welchem Niveau?

Mannheim. Als Begründung für Tarifierhöhungen argumentieren Energieversorgungsunternehmen mit der „Anlegbarkeit“ bzw. „Gleichpreisigkeit“. Nach dem Anlegbarkeitsprinzip ist Orientierungsgröße für den Gas- bzw. Fernwärmepreis der jeweils herrschende Ölproduktpreis, also von leichtem bzw. schwerem Heizöl (Raum- bzw. Kesselheizung) und Leichtbenzin (= Naphta: bei Verwendung von Erdgas als Chemierohstoff). Praktisch bedeutet dies: Den maximalen Gas- und Fernwärmepreis fordern, der sich auf dem Markt gegenüber dem konkurrierenden Ölprodukt durchsetzen läßt. Kommunalpolitiker formulieren dies so: Aus „Gerechtigkeitsgründen“ (so OB Varnholt, Mannheim) müsse von jedem Nutzenenergieverbraucher der gleiche Preis gefordert werden („Gleichpreisigkeit“). Das Argument ist fadenscheinig:

1. fragt sich: Gleichpreisigkeit auf welchem Niveau? Den Preis für Raumwärme, unabhängig von der Erzeugungsart, für alle Haushalte gleich zu gestalten, erscheint richtig. Aber, so der Mannheimer SPD-Stadtrat Widder zu Recht: „Gleichpreisigkeit ist jedoch nicht gleichzusetzen mit der Anpassung der Tarife an die teuerste Energieart. Durch die Mischpreiskalkulation ist vielmehr ein Ausgleich zwischen den einzelnen Energiearten vorzunehmen, um somit den für alle Kunden günstigsten Preis zu erhalten“. Rasche Ölsubstitution durch Fernwärme z.B. heißt: Entweder Anschluß- und Benutzungszwang und Gleichpreisigkeit (so OB Varnholt) oder möglichst billiger Fernwärmepreis und hoher freiwilliger Anschluß. Bemerkenswert, was W. Prinz, Direktor der Flensburger Stadtwerke, hierzu zu sagen hat: „Ein Anschluß- und Benutzungszwang ist keinesfalls ein geeignetes Mittel, um eine Fernwärmeversorgung auf hohem Preisniveau durchzusetzen ... Eine Fernwärmeversorgung muß durch Leistung und attraktive Preise die Abnehmer überzeugen“. Die Anschlußdichte entlang

der Fernwärmetrasse in Flensburg beträgt 90%, in Mannheim 30%.

2. „Mischpreisbildung“ bzw. „attraktiver Fernwärmepreis“ reichen als Forderung einer (zur Anlegbarkeit) alternativen Tarifpreispolitik jedoch nicht aus: Die herrschende Preisdifferenzierung, ja sogar Subventionierung der Sondervertragspreise durch überhöhte Tarife wird damit noch nicht angegriffen. Für Sonderverträge setzt sich z.B. die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (MVV) ausdrücklich ein von „Gleichpreisigkeit“ abweichendes Ziel: „Lieferung zu marktgerechten Preisen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit“. Marktgerecht? Profitgerecht!

Preisänderungsklauseln in Sonderverträgen schließen in der Regel eine 100%ige Anpassung an die steigenden Heizölpreise ausdrücklich aus. Bei Gas-Sonderverträgen der MVV z.B. werden die Bezugspreiserhöhungen nur zu 80-90% an die Industrie weitergegeben. 1978/79 zahlte so die BASF nur 1,87 Pf/kWh Erdgas (Konkurrenzprodukt Naphta: 4,25 Pf/kWh), die Haushalte dagegen 5,39 Pf/kWh (Konkurrenzpreis Heizöl: 4,25 Pf/kWh). Zweierlei Maß also bei der Preispolitik gegenüber zwei Verbrauchergruppen, eine auch kartellrechtlich (zumindest) umstrittene *Preisdiskriminierung*!

Die Präambel des geltenden „Energiewirtschaftsgesetzes“ (von 1935!) fordert von den EVUs „eine möglichst preiswerte und sichere Versorgung“. Die Absicht 1935 war, die industrielle Energiebasis für direkte Kriegsproduktion billig zu halten. Auch heute dient dieser Grundsatz nur der Absicherung geringer Sondervertragspreise. Das Ziel der Anlegbarkeit, d.h. des maximal auf dem Markt durchsetzbaren Energiepreises für Haushalte widerspricht jedoch der Präambel explizit. Dies kann im Kampf gegen Tarifierhöhungen argumentativ (und evtl. juristisch) ausgenutzt werden!

BASF Bezahlte Parlamentsarbeit

Ludwigshafen. Mitte Oktober unterzeichneten Unternehmensleitung und Betriebsrat der BASF „Grundsätze für die Freistellung von Mitarbeitern zur Ausübung politischer Mandate und ehrenamtlicher Tätigkeiten“. Derzeit 317 Mandatsträger auf kommunaler Ebene sollen künftig für ihr parlamentarisches Engagement in Stadt- bzw. Kreistags-, Ausschuß- und Fraktionssitzungen finanziell entschädigt werden. Land- und Bundestagskandidaten aus dem Hause BASF bekommen während

zweier Wahlkampfmonate und im Fall ihrer Wahl während der Dauer des Mandats Lohn oder Gehalt weiterbezahlt. Dabei versteht sich: „... hat sich die BASF ausdrücklich dazu bekannt, das gesellschaftsbezogene und politische Engagement ihrer Mitarbeiter zu fördern, soweit dies auf die Erhaltung unserer freien, sozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ausgerichtet ist“ (BASF-Sozialbericht 1979).

Zur Beförderung dieser Ausrichtung führt die BASF seit 1979 Informationsveranstaltungen für „ihre“ Mandatsträger durch. Ihnen „wird auch laufend Informationsmaterial zu bestimmten Themenschwerpunkten, wie



Ministerpräsident Kohl und BASF-Vorstandsvorsitzender Seefelder weihen 1974 die Großkläranlage der BASF ein.

z.B. Umweltschutz, Ausbildung, Sozialpolitik usw. zur Verfügung gestellt“ (ebd.)

Die finanziellen Aspekte dieser Versuche der „Mitwirkung im Umfeld“ „lassen den Vorstand kalt“, weiß die Presse zu berichten. Man rechne sogar damit, daß das Angebot „einen gewissen Sog“ ausüben und zu weiteren Freistellungen führen werde. Derartige Investitionen haben sich bereits bezahlt gemacht. Ein gewisser Helmut Kohl war, bevor er 1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz wurde, Referent des Verbandes der Chemischen Industrie in Ludwigshafen. Seit 1970 führt der Vorstand regelmäßig Sitzungen mit der Landesregierung durch, um die „längerfristigen Entwicklungsabsichten ... aufeinander abzustimmen“. Der Ertrag aus der Tätigkeit des Reaktionsars Kohl läßt sich gewiß nicht immer so in Mark und Pfennig berechnen wie im Fall des „Landeshafens“, den Rheinland-Pfalz bis 1976 für 36 Mio. DM auf dem Werksgelände der BASF gebaut hat.

Bei Kommunalwahlen mit eigener BASF-Liste zu kandidieren, wie z.B. 1889, scheint der Vorstand nicht mehr zu erwägen.

Grenzlandbauern verlangen EG-Förderung

Im Grenzgebiet zur DDR und CSSR um Hof herum kämpfen die Bauern besonders verzweifelt um ihre Existenz, da sie es mit ungünstigem Klima, Grenzertragsböden und Marktfürne zu tun haben. Die Hauptverkaufsfrucht dieser Gegend ist die Braugerste. Bei einer Höhenlage zwischen 600 m und 630 m verzögert sich die Ernte gegenüber der in der Bayreuther und Bamberger Gegend um zwei bis vier Wochen. Durchschnittlich haben die Bauern 1 bis 1,50 DM/dt höhere Trocknungskosten als in günstigeren Gebieten, da das Getreide oft nicht richtig ausreift oder erst spät im Herbst geerntet werden kann, wenn die Luftfeuchtigkeit bereits recht hoch ist. Sowohl für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie für Betriebsmittel fallen hohe Frachtkosten an. Bis die Braugerste in diesem Gebiet eingebracht ist, haben sich die Mälzereien der Umgebung, z.B. in Kulmbach, bereits weitgehend eingedeckt, so daß sie in entferntere Gebiete verkauft werden muß.

Dadurch daß so viele Bauern in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgeben mußten, wird teilweise mehr Land zur Verpachtung angeboten als die verbliebenen Bauern bewirtschaften können, da ihnen wiederum das Kapital zur Anschaffung notwendiger Maschinen fehlt oder die Arbeitskräfte der Familie nicht ausreichen. Auch für dringend notwendige Renovierungsarbeiten an Wohngebäuden und Ställen fehlt das Geld. Viele junge Leute wandern ab; ein Viertel der Betriebe ist ohne Hofnachfolger.

Obmänner des Bayerischen Bauernverbandes und der stellvertretende BBV-Hauptgeschäftsführer aus Bamberg fordern in dieser Lage, daß das Gebiet an der Grenze zur DDR und CSSR in das Kerngebiet des EG-Bergbauernprogramms aufgenommen wird und die Milch-Mitverantwortungsabgabe hier entfällt. Die Förderung würde zwar pro Hof nur etwa 1200 DM pro Jahr bringen, das Geld könnte aber bei den Beiträgen zur Alterskasse und Berufsgenossenschaft oder beim Ankauf von Betriebsmitteln einen Ausgleich bilden. – Sogar der agrarpolitische Sprecher der bayerischen SPD Geisberger trug solchen Forderungen kürzlich Rechnung, als er die Anerkennung der Bauern als Landschaftspfleger und „Freizeitwirte“ und entsprechende Änderung der Agrarförderung verlangte. (Nach: Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt, 10.10.1981)



Stauen von Rohren an Bord.

Lohnkampf 1981/82

Die Seehafenarbeiter beraten die Forderungen

Am 14.10.81 hat der geschäftsführende Hauptvorstand (gHV) der ÖTV für die Hafenarbeiter einen Diskussionsvorschlag zur Lohnforderung gemacht. „Die Löhne und Gehälter sollen ab dem 1. Januar 1982 um 6,5% erhöht werden. Das Urlaubsgeld soll um 200 DM erhöht werden.“

Damit orientierte sich der gHV an einer Beratung der Tarifkommission der Abteilung Seehäfen. Dort standen sich zwei Forderungen gegenüber: 6% plus 200 DM Urlaubsgeld und 7% plus 300 DM Urlaubsgeld. Einig war man sich, daß der Lohnstandard gehalten werden muß.

Auf der Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte aus dem Hamburger Hafen vom 15.10.81 ging der Abteilungsleiter Erich Rumpel ausführlich auf die wirtschaftliche Lage der BRD und der Seehäfen ein und begründete daher die 6,5% plus 200 DM Urlaubsgeld.

Er machte auch bekannt, daß die Hafenkapitalisten dieses Jahr die Hafenarbeiter nicht mehr an der Spitze der Lohnbewegung lassen wollen. Einmal aus eigenem Profitinteresse, zum anderen, weil sie für die Abschlüsse der letzten Jahre von zentralen Arbeitgeberinstanzen Schelte bekommen haben. Im Jahresbericht des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg heißt es zum 5,8%-Lohnabschluß 1980/81: „nicht konjunktur- und wachstumsgerecht“.

Auf der Versammlung hatte der Vorschlag des gHV nicht den geringsten Rückhalt. Kein Redner stimmte den 6,5% plus 200 DM Urlaubsgeld zu. Es bestand Übereinstimmung im Ziel „Lohnstandard halten“. Doch

wurde aus den Erfahrungen der letzten Jahre deutlich, daß man dazu eine höhere Forderung braucht. Der Abteilungssekretär mußte zugleich auch Erfahrungen aus den letzten Jahren bestätigen: daß nämlich Lohnverzicht keine Arbeitsplätze sichert und „maßvolle Lohnabschlüsse“ auch nicht niedrigere Preissteigerungsraten nach sich ziehen.

Die Diskussion um die Struktur der Forderung spielte eine untergeordnete Rolle (vorgeschlagen wurden Festbetrag und auch Mindestbetrag in Höhe der Lohngruppe VI). Eine Ursache dafür ist, daß die Lohngruppenspreizung in den Seehäfen viel geringer ist als in der Metallindustrie (LG II 12,07 DM / LG VIII 16,98 DM/Stunde).

In den Betrieben war die Ablehnung des Lohnvorschlages des Hauptvorstands noch heftiger als auf der Funktionärskonferenz. „Wenn man 6,5% fordert, dann kommen 4% raus. Netto ist das noch weniger. Bei mir kostet ...“, und dann wurde jeweils aufgezählt, was alles wie beim einzelnen Kollegen teurer wurde. Es gab ein ziemliches Unverständnis, wie der gHV zu solch einem Vorschlag kommen konnte.

Es gibt eine Strömung, die den Kopf hängen läßt und sagt, „das ist doch sowieso schon alles gelaufen“, und die am Sinn der gewerkschaftlichen Organisation zweifelt.

Gegenwärtig gehen die Kapitalisten dazu über, tariflich nicht gesicherte Bestandteile anzugreifen. Wurde früher z.B. bei der Hamburger Stauerei C. Tiedemann von den Schiffsvizen das Schmutzgeld geschrieben und 10%-Zulage auch bei nicht besonders

Die wirtschaftliche Lage in den westdeutschen Seehäfen

Aus der Tabelle kann man sehen, daß die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Seehäfen sehr unterschiedlich verläuft. Emden mit 31,2% weniger Umschlag und Brunsbüttel mit 23,3% mehr Umschlag stehen sich gegenüber.

Um jedoch die Lage genau einzuschätzen, muß man die Gesamtumschlagszahlen aufschlüsseln nach Massengut und Stückgut. Von der Beschäftigungslage her wirkt sich ein Rückgang beim Massengut viel weniger aus als beim sehr arbeitsintensiven Stückgut, insbesondere beim konventionellen Stückgut.

Im groben Überblick kann man feststellen, daß es beim Umschlag von Massengut teils erhebliche Einbußen gegeben hat, während der Stückgutverkehr sogar noch im größten Stückguthafen Hamburg einen Zuwachs von 7,2% erzielte.

Die Kapitalisten investieren in den Häfen wie wild. Neue Terminals für den Containerverkehr, den Roll-off-Verkehr, und neue Massengutanlagen werden gebaut. Weil der Hamburger Senat dafür nicht genug Steuergelder zahlen kann, schießen die

Hafenkapitalisten das Geld vor, bauen die Anlagen und lassen sich das dann über die Haushaltspläne der nächsten Jahre finanzieren.

Die Tatsache, daß Hafenbetriebe, die ausschließlich im konventionellem Umschlag tätig sind, wie Stauereien und Ewerführereien, erhebliche Profiteinbußen hinnehmen müssen, darf über die insgesamt gesehen günstige

Lage für die Hafenkapitalisten nicht täuschen. So vermeldete Eckelmann, Chef vom Eurokai-Container-Terminal, erst kürzlich: „1980 war ein gutes Jahr, wenn auch kein sehr gutes“.

Diese uneinheitliche Entwicklung in den Seehäfen zwischen den einzelnen Betrieben und auch zwischen den einzelnen Seehäfen ermöglicht Spaltung, und die Angriffe der Regierung auf die Arbeitslosenversicherung schaffen den Kapitalisten weitere Möglichkeiten.

Umschlagsentwicklung 1981 in 10 Seehäfen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Januar bis September)

Hafen	Gesamt-Umschlag in 1000 t	Veränd. z. Vorjahr in %	davon Massengut in 1000 t	Veränd. zu 1980 in %	davon Stückgut in 1000 t	Veränd. zu 1980 in %
Lübeck	5012	- 3,7	1536	- 12,6	3476	+ 0,8
Kiel	1053	+ 0,9	541	+ 3,4	511	- 1,7
Flensburg	560	+ 0,4	547	+ 1,1	13	- 18,7
Brunsbüttel	5241	+ 23,3	5227	+ 23,0	13	+ 116,0
Hamburg	44397	- 4,4	31030	- 8,7	13367	+ 6,8
Brem. Häfen	17767	- 7,6	6326	- 19,0	11441	+ 0,2
Brake	2970	- 14,1	1835	- 21,6	1135	+ 1,8
Nordenham	3594	- 8,6	3327	- 10,5	266	+ 24,9
Wilhelmshaven	18471	- 25,2	18362	- 25,3	108	+ 1,9
Emden	4069	- 31,2	3639	- 33,9	429	+ 3,6

Die Zahlen sind entnommen den Monatsstatistiken des Bundesverkehrsministeriums. Die Spalten „Veränderung zu 1980 in %“ sind eigene Berechnungen, dabei wurden die Umschlagszahlen 1-9/80 als 100% gesetzt.

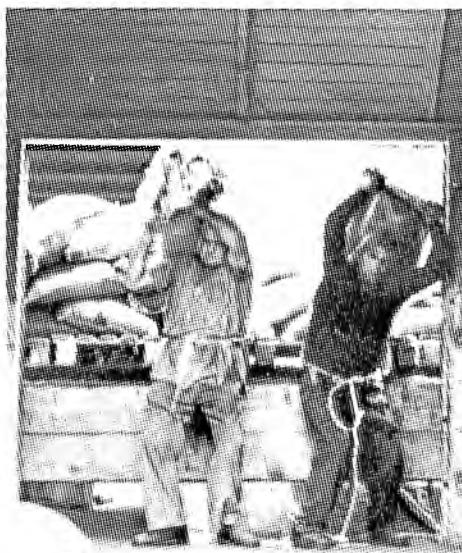
schmutzigen Arbeiten gezahlt, so ist heute extra ein Inspektor dafür verantwortlich zu überprüfen, daß Schmutzgeld nur gezahlt wird, wenn eine tarifliche Verpflichtung besteht. Höhergruppierungen sind bei verschiedenen Betrieben gestoppt oder an das Ablegen der Prüfung zum Hafenfacharbeiter gekoppelt worden.

Die II. Schichten, die zumindest ab und zu statt um 23.10 Uhr (Tarif) bereits um 20 Uhr zu Ende waren, müssen seit einiger Zeit bei Unikai (Kaibetrieb und Stauerei, mehrheitlich im Besitz der Deutschen Bank) voll ausgearbeitet werden.

Gegen diese Angriffe gibt es heftige Abwehrkämpfe seitens der Belegschaften und ihrer Vertretungsorgane. In dieser Lage besteht keine Möglichkeit, das Gewerkschaftsbuch hinzuschmeißen aus Wut über den zu niedrigen Lohnvorschlag.

Die Mitgliederversammlungen und Vertrauensleutkörperversammlungen werden zwar auch durch Beschlüsse von höheren Forderungen den Vorschlag des gHV nicht total ändern, aber doch etwas höher drücken können. Bisher bekannt ist: Mitgliederversammlung Stauerei Tiedemann fordert 8,5% plus 200 DM Urlaubsgeld, VK Eurokai Hamburg fordert 7,5% plus 250 DM Urlaubsgeld.

Auch wenn die Kapitalisten im Hafen auf Angriff gehen, so ist doch die Lage für den Kampf nicht schlecht. Seit dem Streik 1978 haben die Kapitalisten immer mehr zahlen müssen als in der BRD im Durchschnitt. Dazu ist die ÖTV vorangekommen bei der Organisation der kaufmännischen Angestellten. Die Hafenkapitalisten mußten erstmalig mit der ÖTV-Abteilung Seehäfen verhandeln.



Abtragen von Sackgut im Waggon.

Weiter nimmt die Organisation zumindest im Hafen Hamburg ständig zu, obwohl die Großbetriebe bereits zu 90 bis 100% organisiert sind. Und schließlich haben die Hafenarbeiter sowohl in Hamburg als auch in Bremen durch erfolgreiche Aktionen gegen die Billigflaggen-Reeder dem internationalen, aber auch westdeutschen Reederkapital wichtige Schläge versetzen können.

Nürnberger Verhaftungen 5. März-Prozesse beginnen

Nürnberg. Am 3. November beginnen mit dem Verfahren gegen 10 Angeklagte die Prozesse gegen die 65 Angeklagten aus den 141 am 5. März 1981 im Nürnberger Jugendzentrum KOMM Verhafteten. Wegen der „besonderen Bedeutung“ der Sache wird gleich vor dem Landgericht verhandelt, u.a. vor der gleichen Kammer, die bereits eine junge Frau zu 18 Monaten Haft wegen Meineids verurteilt hat, weil sie einen an der nächtlichen Demonstration Beteiligten gedeckt habe. Gegen Justiz-

pannen ist vorgebaut – es ist nur noch Revision beim Bundesgerichtshof möglich.

Die Anklagen des schweren Landfriedensbruchs beruhen einheitlich und ausschließlich auf dem Vorwurf der Teilnahme an der Demonstration, bei der auch einige Scheiben zu Bruch gingen. Durch die Trennung in mehrere Verfahren haben es die Richter in der Hand, die in der Zeit der Inhaftierung erwirkten Aussagen der Angeklagten gegeneinander einzusetzen; diese und „Geständnisse“ sind die maßgeblichen Beweismittel.

Die Einschränkung eines Großteils der öffentlichen Kritik auf die Behauptung der moralischen wie rechtlichen Unschuld der Verhafteten und die Unverhältnismäßigkeit des Einsatzes der staatlichen Gewaltmittel nutzend, schafft die Reaktion kaltschnäuzig die juristische Konstellation, die die individuelle Verurteilung wie die Verschärfung des Demonstrationsrechts erlaubt – von Anfechtungen hinsichtlich der Sache, die sie verfehlt, kaum beirrt. Zwei weitere Urteile schaffen unmittelbar vor Prozeßbeginn Fakten. Das Bundesverfassungsgericht wies eine Verfassungsbeschwerde gegen die Verhaftungen als „offensichtlich unbegründet“ zurück, da von einer Verletzung des Grundrechts der persönlichen Freiheit, des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit oder von Willkür nicht die Rede sein könne, es billigt vielmehr die Systematisierung durch Büroautomation. Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Nürnberg hat am 2. November gegen Besetzer des Hauses Rohritzerstr. 5, von denen fünf seit April in Haft sind, unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung Haftstrafen bis zu 21 Monaten verhängt.

Derweil ist die von der CSU getragene Bezirksregierung dabei, die Aufhebung der Selbstverwaltung des KOMM durch Rechtsverordnung vorzubereiten.

Westberlin CDU-Senat legt Sparpläne vor

Westberlin. „Der Grundsatz der Subsidiarität ist Maßstab für alle öffentlichen Ausgaben ...“ ist der Sparvorlage des Westberliner Finanzsenators als Motto vorangestellt. Wie dieser Grundsatz, der der christlichen Gesellschaftslehre entstammt und die Verringerung staatlicher „Leistungen“ zugunsten privater „Initiative“ zum Inhalt hat, wirken soll, ist jetzt auch handgreiflich belegbar: Zum einen sollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr „leisten“ und dafür we-

niger gezahlt bekommen, zum anderen wird eine Vielzahl von Geldzahlungen schlicht gestrichen, die bislang vor allem den Ärmsten zustanden. 2000 Stellen, das sind 2%, werden im öffentlichen Dienst 1982 gestrichen, bis 1985 weitere 1500. Gleichzeitig wird, allerdings auf Beschluß der Bundesregierung, der nur in Westberlin gezahlte „Frontstadtzuschlag“ von 3% des Bruttogehalts gestrichen. Gestrichen werden auch Praktikantenentgelte.

Tritt die „Subsidiarität“ gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes noch als schlichte Lohnkürzung bei gleichzeitiger Aufhalsung von mehr Arbeit auf, so entfaltet sie auf dem von der CDU geschätzten Felde der Familienpolitik erst recht ihre Wirkung: Mit dem Argument, staatliche Einmischung müsse gegenüber der familiären Selbstbestimmung zurückgedrängt werden, wurden nicht nur erhöhte Kindergartengebühren eingeführt, sondern werden Zuschüsse zu Erholungsreisen für Jugendliche und „Senioren“ ebenso gekürzt (um 33%) wie die Einrichtung betreuter Abenteuer-spielplätze liquidiert. Auch die Strei-



Kundgebung gegen Kita-Gebührenerhöhung

chung von 2400 Krankbetten sowie der Bezuschussung der universitären Polikliniken wird so begründet: Die Familienpflege solle gefördert werden!

Mit der Erhöhung von Gebühren bzw. der Streichung von Zuschüssen wird so ein Markt für private „Initiative“ geschaffen, in der Senatsvorlage wird z.B. davon ausgegangen, daß schon 1985 zahlreiche Kindertagesstätten geschlossen werden können, da die Gebühren sowohl den Bedarf senken werden als auch das private Betreiben solcher Anstalten vor allem durch karitative Träger wieder lohnend machen. Der CDU-Senat löst seine Wahlversprechen ein: Erworbene Ansprüche auf staatliche Leistungen werden liquidiert und ersetzt durch Angebote zur „Hilfe“ bei Unterwerfung unter die Reaktion.

Schwermetallkongreß Bürgerinitiativen für Verursacherprinzip

Goslar-Oker. Vom 16. – 18. Oktober fand in Goslar-Oker der zweite Schwermetallkongreß des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) statt. Anwesend waren rund 60 Vertreter verschiedener Bürgerinitiativen aus dem Bundesgebiet, u.a. aus den Preussag-geschädigten Nordenham und Oker/Harlingerode, aus Graubach, Aachen usw.

Über die Auswirkungen von Schwermetallen, insbesondere von Blei und Cadmium, auf den menschlichen Organismus referierte ein Landarzt aus Immenrode (ca. fünf km nördlich der Preussag-Hütten in Oker/Harlingerode). Er stellte Zwischenergebnisse seiner wissenschaftlichen Untersuchung vor, in der er die Krankheitsdaten der 3000 Patienten umfassenden Kartei seiner Landarztpraxis mit zehn durchschnittlichen Praxen aus dem Bundesgebiet vergleicht. Auffällig waren Häufungen bei Erkrankungen des Hals-Nasen-Rachen-Raumes (Bronchitis etc.), Wirbelsäulensyndrome sowie unerklärliche Schläppheit seiner Patienten u.a.m. Dies insbesondere bei Winden aus südlicher Richtung und bestimmten Wetterlagen. Um diese Aussagen erhärten zu können, ist neben der weiteren Zusammenarbeit mit der Medizinischen Hochschule Hannover und meteorologischen Instituten insbesondere die Herausgabe der täglichen Meßdaten durch die niedersächsische Landesregierung erforderlich, die sich auf die Veröffentlichung der durchschnittlichen Meßwerte beschränkt.

Kernstück des Kongresses waren Arbeitsgruppen u.a. zu juristischen Möglichkeiten, wirtschaftlichen Aspekten, Landwirtschaft/Gartenbau. Festgestellt wurde insbesondere, daß die rechtlichen Möglichkeiten, die emittierende Anlagen betreibende Industrie für verursachte Schäden zur Verantwortung zu ziehen und damit auch zur Verringerung der Emissionen allein aus ökonomischen Gründen zu zwingen, äußerst gering sind und „ein hinreichendes Rechtsinstrumentarium erst noch politisch geschaffen werden muß“. In der Arbeitsgruppe „Wirtschaftliche Aspekte“ wurde festgestellt, daß den Konzernen die Möglichkeit abgeschnitten werden muß, sich durch Kapitalexperte höheren Umweltschutzaufgaben zu entziehen. In dieser Frage soll eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten gesucht werden. Ein Arbeitskreis Schwermetall im BBU wurde eingerichtet.

Delegierte der baden-württembergischen Schüler gründen Landesschülerversammlung gegen die Reaktion an den Schulen

Nach einem halben Jahr Vorarbeit gründete die Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen Schülerversammlungen am 18. Oktober in Stuttgart eine Landesschülerversammlung. Über 500 Delegierte vertraten dabei 300 Schulen in allen Teilen des Landes.

Zu Beginn der Konferenz hatten noch 15 Mitglieder der Schülerunion der CDU versucht, das Treffen und damit die Gründung der LSV aufzuhalten. Sie verlangten gegen die Geschäftsordnung ein beliebiges Antragsrecht, um ungehindert quertreiben zu können. Nach einer Stunde hatten die Delegierten per Abstimmung dieses Manöver beendet. Die Schülerunion hielt Kriegsrat und zog aus. Ihre schriftliche Aufforderung an alle Schülerversammlungen in Baden-Württemberg, zahlreich auf der Konferenz zu erscheinen, um die Gründung der LSV zu verhindern, hatte sich als Schuß in den Ofen herausgestellt.

Den ganzen Nachmittag dauerte dann die Debatte der Satzung und die Wahl des Vorstands. Als Zweck der LSV wurden festgelegt „die Wahrung und Vertretung der politischen, sozialen, fachlichen, kulturellen und materiellen Interessen der Schüler“. Sie arbeitet in Regionaltagungen nach Ober- und Mittelschulbezirken, Ausschüssen, Arbeitsgemeinschaften und Delegiertenkonferenzen. Sie organisiert auch eine Rechtsberatung, die angesichts der

Verbote gegen Schülerzeitungen oder Relegationen von Schülerredakteuren wie am Droste-Hülshoff-Gymnasium in Freiburg alle Hände voll zu tun haben wird. Im Vorstand der LSV wurden Ressorts für alle Schultypen, auch für Real-, Haupt- und Sonderschulen festgelegt. Nur wenige Hauptschüler waren unter den Delegierten, die meisten kamen von Gymnasien und Berufsschulen. Für die Arbeit an den Sonderschulen konnte noch kein Verantwortlicher bestimmt werden.

Den vorliegenden Entwurf des Aktionsprogramms konnten die Delegierten aus Zeitmangel nicht mehr beraten. Eine weitere Konferenz, voraussichtlich zum Jahresende, muß sich damit befassen. Es konnte aber kein Zweifel sein, daß die Landesschülerversammlung schon in den kommenden Wochen mit den Forderungen im Entwurf des Aktionsprogramms gegenüber dem Kultusministerium auftreten muß: für die Einstellung von Lehrern, gegen die schwarz-rot-goldene Revision aller Lehrpläne, gegen Wehrkunde und Großdeutschlandpropaganda in den Schulbüchern, für Lernmittelfreiheit und Schülerrechte. Eine Beauftragte der Bundeskonferenz der Landesschülerversammlungen berichtete vom Beschluß über eine bundesweite Aktionswoche an den Schulen vom 7. bis 13.12. gegen Mittelkürzungen im Bildungsbereich, Wehrkunde und Militarisierung des Unterrichts. Noch immer

brütet die Kultusministerkonferenz der Länder gegenwärtig über den Plänen für Wehrkunde. Die Vorlage der CDU-Kultusminister Mayer-Vorfelder (Baden-Württemberg) und Gölder (Rheinland-Pfalz) ist bereits bekannt. Wenn auch die Kultusminister am 8.10. noch zu keinem Beschluß kamen, so steht das Thema doch wieder Ende November auf ihrer Tagesordnung. Es kann passieren, daß bis zur Aktionswoche im Dezember schon ein Beschluß der Kultusminister auf dem Tisch liegt.

Schließlich unterstützte die Delegiertenkonferenz in einer Resolution einstimmig die landesweite Demonstration des DGB am 7.11. in Stuttgart. Sie ruft alle Schüler auf, sich mit Forderungen gegen Streichungen im Bildungsbereich, u.a. gegen die geplante Verteuerung der Lernmittel und gegen die Aufrüstung zu beteiligen.

Schon am Tag nach der Gründung der LSV erklärte Mayer-Vorfelder im Stuttgarter Kultusministerium, er werde die Schülerversammlung nicht anerkennen, da käme nur ein politisches Mandat heraus wie in Hessen, wo die LSV geschrieben habe, mit Karry sei ein „Umweltfeind erschossen“ worden. Außerdem kämen Schülerfunktionäre nicht infrage; Schüler hätten zu lernen. Dann sei es auch zu teuer. Ganz offensichtlich soll die LSV durch Nichtanerkennung auch finanziell erledigt werden. Sie ist auf Finanzzuweisungen des Landes angewiesen und beansprucht sie auch in ihrer Satzung. Ein Rundbrief der LSV z.B. ist unter 300 DM nicht zu machen, und das auch nur, wenn er in den Städten und Kreisen durch die örtlichen Schülerversammlungen weiter verbreitet wird, die meist selbst kaum Geld haben. Die Mitglieder des bisherigen Koordinationsausschusses hatten auf der Konferenz bekanntgegeben, daß sie durch die Ausgaben der letzten Monate verschuldet sind. Die Erzwingung der Anerkennung durch die Landesregierung ist für die LSV eine Existenzfrage. Mit den 100 DM, die die FDP gespendet hat, ist nicht viel weitergeholfen (die FDP hat wie auch SPD und Jusos von der Landesregierung die Anerkennung der LSV verlangt).

Als mit der Annahme der Satzung die Gründung der LSV unter Dach und Fach war, hatten die Delegierten lang Beifall geklascht. Sie erwarten von der LSV bessere Bedingungen für die Kritik an der reaktionären „Tendenzwen-



„Landesschülerversammlung durchsetzen“: Demonstration von 300 Schülern in Ulm während der Aktionswoche vor der Gründung der LSV

de“ an den Schulen und für die Vereinheitlichung der Bewegung. Auch dort, wo die Schülerbewegung dem Vorhaben der Landesregierung den Kampf angesagt hat, wie z.B. in Freiburg der Schülerzusammenschluß, stellen sich eine Reihe von Problemen. Wie können die Kenntnisse über die Vorhaben der Reaktion besser unter die Schüler gebracht werden, wie kann erreicht werden, daß sich die Schülervertretungen an den Schulen in größerer Zahl damit befassen? Wie kann der Aufbau von Schülervertretungen an den Hauptschulen vorangebracht werden? Wie kann verhindert werden, daß sich an den Hauptschulen derzeit verstärkt Bundeswehroffiziere breitmachen? Oder wie können etliche Einzelmaßnahmen des Kultusministeriums, häufig demagogisch als Bereinigung von Mißständen begründet, besser kritisiert werden? Für diese Fragen wird von der LSV ein Nutzen erwartet.

Gute Unterstützung findet die Bewegung an den Schulen durch die Gewerkschaftsjugend. Gerade hat die DGB-Jugend Baden-Württemberg die Erfahrungen ihrer Aktion von den Berufsschulen Anfang des Jahres veröffentlicht und eine Kampagne gegen die geplante Verteuerung der Lernmittel eingeleitet. Einen Monat vor der Delegiertenkonferenz der Schüler hat die DGB-Landesbezirksjugendkonferenz in Stuttgart fünf Beschlüsse zum Schulwesen gefaßt. Mit dem Antrag 47 wurde der Aufbau der LSV unterstützt. Die DGB-Kreise wurden aufgefordert, den Schülervertretungen technische Einrichtungen wie Umdrucker zur Verfügung zu stellen. Sie sollen ihnen auch finanziell helfen. An verschiedenen Orten, wie Stuttgart, gingen entscheidende Anstrengungen zum Aufbau der Landesschülervertretung von beruflichen Schulen aus.



„Tendenzwende“ bei den Lehrinhalten – die Schülerunion treibt zu

Ein Hauptbestandteil der reaktionären Bildungspolitik Mayer-Vorfelders ist die Lehrplanrevision, die einen Schwerpunkt legt auf die „Orientierung an Werten und Normen“, wie sie in der Landesverfassung festgelegt sind: „Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen“ (Art. 12). Das Schulgesetz gebietet, die Schüler „zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung zu erziehen“ (§1). Bei der Lehrplanrevision führt das so weit, daß z.B. der neue Lehrplan Geschichte/Gemeinschaftskunde für Berufsaufbauschulen als übergeordnete Lernziele umfaßt: Nationale Identität und parlamentarisches System in Deutschland.

Den Revisionsgruppen, die seit September 1980 an der Arbeit sind, liegen mehrere Vorgabepapiere vor. Darin gibt das Ministerium für das Fach Geschichte z.B. vor: „Die deutsche Frage und der Europagedanke sind klar herauszuarbeiten und im Gesamtlehrplan besser zu koordinieren“. Für die Klassen 7-10 „soll Geschichte unter dem Aspekt handelnder Personen und Personengruppen“ dargestellt werden, und es sind „verbindliche Merkmale“ festzulegen.

Für die Schüler heißt das, daß sie in Zukunft die Daten „großer deutscher Persönlichkeiten“, angefangen bei Otto dem Großen über die Staufer bis zu Bismarck auswendig lernen müssen. Für Gemeinschaftskunde wird gefordert: „deutliche Beschreibung der Stellung, Notwendigkeit und friedenssichernden Aufgaben der Bundeswehr“, was im übrigen, wie die „deutsche Frage“ und „Europa im Unterricht“ als fächerübergreifendes Thema besonders berücksichtigt werden muß. Es müsse endlich Schluß sein mit der „einseitigen Indoktrination“ beispielsweise durch Religionslehrer, die ihre Schüler zu Kriegsdienstverweigerern erziehen, forderte Mayer-Vorfelder auf dem CDU-Parteitag in Donaueschingen.

Als wesentliche Aufgabe des Faches Biologie wird bestimmt, „die Sonderstellung des Menschen aufzuzeigen ... (Dies) führt zu philosophischen und religiösen Problemstellungen (wie z.B. Urzeugung, Leib-Seele-Problem, Unsterblichkeit) ...“ Bis ins Fach Biologie hinein soll die Ehrfurcht vor dem Schöpfergott Einzug an den Schulen halten.

Die seit 1973 in Baden-Württemberg bestehende Schüler-Union kann sich zugute halten, für einige dieser Zielrichtungen bereits 1979 eingetreten zu sein. Auf dem 10. Landtag der Schüler-Union (SU) wurde beschlossen: „Im gegenwärtigen Lehrplan Geschichte ist auf die deutsche Teilung, insbesondere die Entstehung der gesamten Problematik und auf die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich ihrer Bewältigung in nicht ausreichender Weise eingegangen.“ Auch in anderen Punkten, wie der „Notwendigkeit der Behandlung von Grund- und Menschenrechten“ läßt sich Übereinstimmung mit Mayer-Vorfelders Lehrplan-Revision finden. Die Schüler-Union tritt – wie das Kultusministerium – der „Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Hauptschule entschieden entgegen.“

Die Hauptschule „muß die Schule für vorwiegend praktisch begabte Schüler werden.“ (Beschuß des Landtages der SU) Als sich 40% und mehr der 10. Klassen vom Religionsunterricht abmeldeten, forderte die SU die Einführung eines Faches Ethik als Ersatz. An den Gymnasien gibt es dies heute.

Es wundert einen nicht, daß bereits ein anderer Streiter der äußersten Reaktion, Alt-Nazi und Ministerpräsident Filbinger sich lobend über die SU äußerte: „Seit es die Schüler-Union gibt, hat sich das geistige Klima an den Schulen verändert. Sie haben als einzige Schülerorganisation konstruktive Beiträge zur Bildungspolitik in Baden-Württemberg geleistet“ (Deutsches Monatsblatt, Mai 1978). Ausgesprochen destruktiv verhält sie sich gegenüber dem Aufbau einer selbständigen Landesschülervertretung, die sich nicht auf die Vertretung „rein schulischer Interessen“ der Schüler beschränken und ans Gängelband der Jungreaktionäre nehmen lassen will.

11. o. DGB-Landesbezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg 18./19.9.1981

„Antrag 36. Erstellung von Unterrichtseinheiten über gewerkschaftliche Arbeit. Damit Jugendliche im Berufsleben mehr Informationen über die Gewerkschaften erhalten, sollten für berufliche und allgemeinbildende Schulen einige Unterrichtseinheiten über gewerkschaftliche Arbeit entworfen werden ... Themen: 1. Organisation des DGB, 2. Geschichte der Gewerkschaften, 3. Aufgaben und Ziele des DGB, 4. Tarifverhandlungen und Arbeitskampf, 5. Mitbestimmung, 6. Betriebsrat, Jugendvertretung. Darüberhinaus fordern wir den DGB-Landesbezirk auf, insofern auf das Kultusministerium ... einzuwirken, daß in den Lehrplänen eine ausreichende Stundenzahl zur Behandlung dieser Themen vorgesehen wird.“ (angenommen)

„Antrag 49. Berufsschularbeit. (...) 2. Oftmals ist die Abstimmung zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung unzulänglich. Dies gilt insbesondere für viele Klein-, Mittel- und Handwerksbetriebe. Eine bessere Abstimmung kann nur dadurch erreicht werden, daß die gesamte Ausbildung überbetrieblich erfolgt. 3. Die Lernmittelfreiheit ist im Art. 14 der ... Landesverfassung festgelegt. Die aktuelle Situation ist jedoch, daß den Schülern das Bonussystem aufs Auge gedrückt wird und bei der Ausleihe unzulängliche Lernmittel vorhanden sind. Wir fordern deshalb die Erfüllung der Landesverfassung, d.h. die unentgeltliche Bereitstellung aller Lernmittel. Eine Anhebung der Untergrenze von 1 DM auf bis zu 20 DM wird abgelehnt. 4. In einigen

Städten Baden-Württembergs fehlen Räumlichkeiten für die Berufsschulen oder sind die Berufsschulen in einem katastrophalen Zustand. Wir fordern, daß ... genügend Räumlichkeiten für die Berufsschulen geschaffen werden, die sich an folgenden Anforderungen orientieren: Klassenstärke nicht über 20 Schüler. Genügend Pausen- und Aufenthaltsräume. Nach neuesten Erkenntnissen ausgestattete Labors und Übungsräume. Arbeitsgruppenräume. Sportmöglichkeiten und Cafeteria.

(...) Wir fordern, daß der Zugang von Gewerkschaftsvertretern auf das Schulgelände, die Weitergabe von Informationen und die Teilnahme am Unterricht ermöglicht wird.“ (angenommen).

Antrag 54. Berufsschule. (...) Wir fordern: Stoffpläne an Berufsschulen, die zu Beginn jedes Schuljahres den Schüler (innen) ausgehändigt werden und mit ihnen durchgesprochen werden. Laufende Bildungskontrolle statt Abschlußprüfungen. Demokratische Lerninhalte. Unterricht in Arbeitsgemeinschaften. Abstimmung der Lerninhalte in Betrieb und Berufsschule. Begründung: Der Auszubildende muß die Möglichkeit haben, die Vollständigkeit seiner Ausbildung in der Berufsschule zu kontrollieren. Der Stoffplan muß sachlich und zeitgerecht gegliedert und in verständlicher Form gehalten sein. Da der Unterricht zur Zeit auf die Abschlußprüfung zugeschnitten wird, führt das zwangsläufig zu Auswendiglernerei, hat aber nichts damit zu tun, ob der Auszubildende den Stoff wirklich verstanden hat. Daher halten wir es für sinnvoll, daß nach jedem Ausbildungsabschnitt festgestellt wird, wie weit der Ausbildungsstand ist.

Es sollte den Schülern die Möglichkeit geboten werden, Mängel zu beseitigen (z.B. Stützkurse). Grundsätzlich sollte den Ursachen der Mängel nachgegangen werden. Der Unterricht sollte Inhalte vermitteln, die es dem Schüler er-

möglichen, seine Stellung in Betrieb und Gesellschaft zu erkennen, sein Leben in die eige-

ne Hand zu nehmen und aktiv für seine Interessen einzutreten.“ (angenommen)

Entwurf für ein Aktionsprogramm der LSV (Auszüge)

Auf der Gründungskonferenz der LSV am 18.10.81 in Stuttgart konnten die vorliegenden Anträge zu einem Aktionsprogramm nicht mehr behandelt werden und wurden an die nächste Landesdelegiertenkonferenz überwiesen.

Antrag des Koordinierungsausschusses: „... 1. Zu wenig Lehrer ... Keine Klassen über 25 Schüler. Einstellung aller ausgebildeten Lehrer mit voller Stundenzahl. Einführung der Gesamtschule als Regelschule, gleichberechtigt zu den herkömmlichen drei Schularten (...)

2. Verbesserung der Lehrpläne und -inhalte ... Bundeswehr raus aus Schule und Lehrplangestaltung. Aktualisierung des Unterrichtsstoffes (z.B. in Geschichte). Vermittlung von mehr politischem Hintergrundwissen. Mitspracherecht der Schüler bei Lehrplangestaltung. Entrümpelung der überfüllten Lehrpläne.

3. Lernmittelfreiheit ... Umfassende Information der Schüler über ihr Recht auf Lernmittelfreiheit. Landesregierung, Städte und Kreise müssen genügend Geld zur Verfügung stellen, damit die Schulen ihren Bildungsauftrag ausführen können.

4. Schülerrechte ... Die Schulkonferenz ist in ihrer Bedeutung und Entscheidungskompetenz zu stärken. Sie soll letzte Instanz für alle schulinternen Angelegenheiten sein. Schüler, Lehrer und Eltern sollen in gleicher Anzahl in der Schulkonferenz vertreten sein. Politisches Mandat, d.h. Schülervertretungen müssen das Recht haben, sich über aktuelle politische Themen zu äußern. Klassenverfügungsstunde: Jede Klasse muß das Recht auf diese wöchentliche Verfügungsstunde haben. Auf Wunsch der Klasse kann der Klassenlehrer hinzugezogen werden. Passives und aktives Wahlrecht für alle Klassensprecher und Stellvertreter.

Auch Klassen 5 und 6 müssen stimmberechtigt im Schülerrat sein. Die Schülervertretung muß das Recht haben, Vollversammlungen abzuhalten. Die Vollversammlung ist wahlberechtigt. Zu allen Konferen-

zen, die Schüler betreffen, müssen Schülervertreter eingeladen werden. Einrichtung eines Etats durch den Schulträger für die Schülervertretung zur freien Verfügung. (...)

Freie Meinungsäußerung an der Schule muß garantiert werden. Keine Zensur von Schülerzeitungen, Schwarzen Brettern, SMV-Veranstaltungen. Gesetzliche Anerkennung, Unterstützung und Finanzierung der LSV sowie aller regionalen Schülervertretungen.

5. Sonstiges Der Schulträger muß alle für die Anfahrt der Schule entstehenden Kosten übernehmen. Der Schulträger muß die Möglichkeit schaffen, daß sich Schüler bei einem Eigenbetrag von höchstens 2 DM während der Mittagspause verpflegen können.“



Schülerzeitung am Friedrich-Schiller-Gymn. Fellbach

Zusatzanträge der Regionalkonferenzen „zu 1.: Fachunterricht nur von Fachlehrern. Praxisorientiertere Ausbildung der Lehrer. zu 2.: Abschaffung des Atlantenerlasses, der besagt, daß Deutschland in unseren Atlanten in den Grenzen von 1937 eingezeichnet wird. Berufspraktikum an allen Schulen. Mitspracherecht und Mitbestimmungsrecht bei Lehrplangestaltung.“

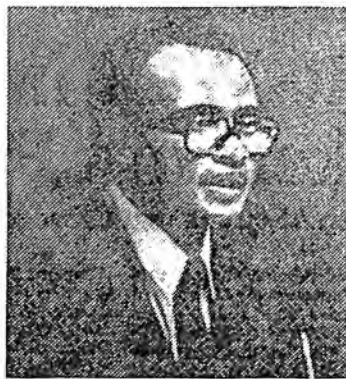


„Die Ostsee – ein Meer des Friedens“

Nachdem das sowjetische U-Boot U 137 zahlreiche Inseln vor dem schwedischen Kriegshafen Karlskrona radargeleitet sorgfältig umschiffte hatte, nachdem es bis in die unmittelbare Nähe des geheimen Minenfeldes vor dem Hafen eingedrungen war und sich schon wieder auf dem Rückweg befunden hatte, stieß das Boot auf Grund. Erst als er festsaß, wurde dem Kapitän klar, daß die Inseln und das Festland, an denen er sich mit dem Radar orientiert hatte, nicht die Sowjetunion war. Der Kapitän hielt sich an die Dienstanweisung, ließ die Flagge hissen und wies „Einmischungen in die inneren Angelegenheiten“ seines Bootes zurück. Aus der Tatsache, daß Schweden an der Ostsee liegt, ziehen die Sozialimperialisten offensichtlich den Schluß, daß sie sich um die territoriale Integrität Schwedens nicht zu kümmern brauchen. Immer wieder verletzen Flugzeuge und Schiffe anderer Länder, insbesondere auch NATO-Staaten, die Hoheitsgebiete Schwedens. Aus der Tatsache, daß Schweden ein kapitalistisches Land ist, folgte US-Kriegsminister Wein-

Neuwahl des UNO-Generalsekretärs

Sechsmal hatte der UNO-Sicherheitsrat bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe über seinen Vorschlag für den nächsten UNO-Generalsekretär abgestimmt – vergeblich. Der Kandidat der Imperialisten, v.a. der USA und der UdSSR, ist der bisherige Generalsekretär Waldheim, dessen Amtszeit am 1.1.1982 abläuft und der – erstmalig in der UNO – für eine dritte Amtszeit kandidiert. Dagegen hat die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) den tansanischen Außenminister Salim (Bild) vorgeschlagen, der auch von der Blockfreienbewegung und der



VR China unterstützt wird. Die Wahl Salims würde eine wichtige Stärkung der Dritten Welt in der UNO bedeuten. Als Generalsekretär hat er das Recht, jederzeit Sondersitzun-

gen des Sicherheitsrats zu beantragen; er arbeitet die vorläufige Tagesordnung des Sicherheitsrats und der Generalversammlung aus, muß auf jeder dieser Sitzungen gehört werden, beruft außerordentliche Vollversammlungen ein, vertritt die UNO nach außen und ist oberster Verwaltungschef. Die USA haben bisher jede Wahl Salims durch Veto blockiert, während die VR China die Wahl Waldheims blockierte. Nach den Statuten hat der Sicherheitsrat bei der Wahl des Generalsekretärs Vorschlagsrecht – die Generalversammlung kann seinen Vorschlag annehmen oder ihn verwerfen und an den Sicherheitsrat zurückverweisen.

berger vor seinem Besuch in Schweden am 15.10.81: „Ich glaube nicht, daß wir es mit einem neutralen Schweden zu tun haben.“

Spanien: NATO-Beitritt beschlossen

Mit 186 zu 146 Stimmen hat der spanische Kongreß den NATO-Beitritt Spaniens beschlossen. Dagegen stimmten PSOE, PCE, die andalusische

Regionalpartei und die Mehrheit der Fraktionslosen. Damit wurde auch die Durchführung eines Referendums abgelehnt, wozu die notwendigen Unterschriften gesammelt waren. Weit über die Hälfte der Bevölkerung tritt nach Umfragen für ein Referendum und gegen den Beitritt ein. – Die sozialistische Partei (PSOE) will im Falle ihres Wahlsieges eine Volksabstimmung für den Wiederaustritt durchführen.

Zimbabwe: Streik der Lehrer

Ohne eine wesentliche Lohnerhöhung beendeten mehr als 2000 Lehrer und Krankenschwestern in Zimbabwe am 23. Oktober einen mehrwöchigen Streik, während dessen die Regierung mehrfach Versammlungen geschlossen verhaften ließ. Der Streik ist Ausdruck der Verschlechterung der Lebenslage vieler Arbeiter und Angestellter, deren Lohnerhöhungen nach der Unabhängigkeit durch die 16% Inflation zunichtegemacht werden. Auch bei den Bauern gärt es, nur 4000 von etwa 200000 Familien, die Land brauchen, sind bisher offiziell umgesiedelt worden. Der Widerstand gegen Landreform und Nationalisierung kommt vom imperialistischen Kapital und den Siedlern in Zimbabwe. Ihr politisches Werkzeug ist die aufgezwungene Verfassung. Viele Zimbabwer fordern deren Beseitigung und einen Ein-Parteien-Staat zur raschen Durchsetzung der Reform.

FPolisario schleift marokkanische Garnison

Auf die Weigerung Marokkos, mit der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) in direkte Verhandlungen über das von der OAU vorgeschlagene Referendum zur Unabhängigkeit der Westsahara einzutreten, haben die Streitkräfte der DARS mit einem Überraschungsschlag geantwortet. Ihr Angriff auf die 2600 Mann starke marokkani-

sche Garnison Guelta Zemmour im Nordosten der Westsahara bewirkte eine der schwersten Niederlagen der Truppen Hassans II. Die Reste des 4. Regiments mußten sich nach großen Verlusten aus der zerstörten Festung zurückziehen, 204 Soldaten gerieten in Gefangenschaft (siehe Bild); die Kämpfer der FPolisario konnten zwei Mirage F1 und

ein Aufklärungsflugzeug Hercules C-130 abschießen.

Die marokkanische Propaganda wollte sogleich SAM 6 und SAM 8-Raketen und sowjetische Bedienung ausgemacht haben und bezichtigte Algerien und Mauretanien der Einmischung. Beweise konnten keine beigebracht werden, dafür meldete die Nachrichtenagentur Hassans am 20.10., die USA würden vorzeitig 100 M-60 Panzer liefern. Der für Afrika zuständige Unterstaatssekretär Crocker betonte die US-Ambitionen bei einem Besuch Mauretaniens: „Amerika hat eine Rolle im Konflikt der Westsahara zu spielen, und es wird sie spielen.“ Prompt verkündete die marokkanische Regierung, sich nicht mehr an den OAU-Beschluß gebunden zu fühlen. FPolisario-Generalsekretär Abdelaziz erklärte hingegen, nur direkte zweiseitige Verhandlungen auf Grundlage des OAU-Vorschlages könnten eine Lösung bringen. OAU-Sekretär Kodjo reiste erstmals in das Gebiet der DARS.



Kolumbien: Generalstreik gegen Teuerung

Der Generalstreik am 21.10., zu dem der (revisionistisch geführte) Gewerkschaftsbund CSTC aufgerufen hatte, ist vor allem im Verkehrswesen befolgt worden. Schon vor dem Streik hatte die Regierung 800 Gewerkschafter verhaftet. Bei Zusammenstößen tötete die Polizei drei Menschen. Die anderen Gewerkschaften, die sich an dem Streik nicht beteiligten, verurteilten die Unterdrückungsmaßnahmen.

Indien

USA finden Bedingungen für IWF-Kredit noch nicht erpresserisch genug

Am 9. November entscheidet der Exekutivrat des Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen 5,7 Mrd.-\$-Kredit an Indien. Der Kredit soll drei Jahre laufen und wäre der größte in der Geschichte des IWF. Als das Kreditgesuch der indischen Regierung bekannt wurde, berief die Landesregierung von Westbengalen eine Wissenschaftlerkonferenz ein. Die Konferenz nannte die Anleihe „selbstmörderisch“, sie laufe auf die „Aufgabe wirtschaftlicher Souveränität“ hinaus. Wie zur Bestätigung dieser schlimmen Befürchtungen meldete kurz vor der IWF-Jahrestagung US-Finanzminister Regan, früher Chef der größten ameri-

„Aber wird die indische Regierung auch die richtige Politik verfolgen, um die strengen Bedingungen zu erfüllen?“ fragte das Londoner Banker-Blatt „Financial Times“ am 26.10. Es konnte seine einschlägig interessierten Leser beruhigen: „Das IWF-Team scheint sich davon überzeugt zu haben, daß die Regierung auf dem richtigen Weg und zu einigen politischen Änderungen bereit ist.“ Bereits während der Verhandlungen wurde die Gandhi-Regierung zu einigen einschneidenden „Sofortmaßnahmen“ gezwungen.

Eine erste „politische Änderung“ ist das im Juni von der Regierung verhängte Streikverbot für die Schlüssel-

Technologie und Rohstoffe. Alle Erfahrung zeigt, daß in Ländern der Dritten Welt eine gewisse selbständige Kapitalakkumulation überhaupt nur in Staatshand möglich ist. Was die imperialistischen Kreditgeber ärgert, ist nicht die daraus entspringende „Last“ für den indischen Staatshaushalt. Hinter der ständigen Kreditbedingung „Haushaltsausgleich“ ist das Bestreben nach vollständiger Unterwerfung der indischen Wirtschaft unter imperialistisches Kommando nur notdürftig verborgen.

Eigentlich hatte Indien im letzten Haushaltsjahr (Juli 80 bis Juni 81) die im Vorjahr – vor allem durch Mißernten – erlittenen Rückschläge teilweise wieder aufholen können. Die Getreideproduktion stieg von 109 Mio. auf 130 Mio. t, die Kohleförderung um 6% auf 114 Mio. t. Finanzminister Venkataraman gab Produktionssteigerungen bei Stahl (+21%), Zement (+19%) und Rohöl (+64%) an. Die Inflationsrate sei auf 9,8% gegenüber 22% im Vorjahr gefallen. Es ist aber nicht gelungen, die rasche Verschlechterung der Außenhandelsbilanz aufzuhalten. Dreiviertel der Exporteinnahmen müssen allein für Ölimporte verwendet werden. Im laufenden Fünfjahrplan ist bis 1985 eine Steigerung der eigenen Ölproduktion von derzeit 11 auf 30 Mio. t vorgesehen.

Die durch das Außenhandelsdefizit erzwungene Verschuldung droht Indien in immer tiefere Abhängigkeit von den imperialistischen Kreditgebern zu treiben. Ende 1979 betrug die Auslandsverschuldung 21,2 Mrd. \$, was gemessen an der Bevölkerungszahl noch vergleichsweise niedrig ist. Der Anteil des Schuldendienstes an den Exporteinnahmen lag bei 9,5%. Aber allein der geplante IWF-Kredit würde eine zusätzliche Belastung der Exporteinnahmen von 13% bringen. Bei der EG hat Indien kürzlich zwei Einzeldarlehen von 3 Mrd. und 0,65 Mrd. \$ für ein Stahl- bzw. Aluminiumwerk aufgenommen. Die westeuropäischen Kreditgeber konnten die indische Forderung nach Bauleitung durch einheimische Fachkräfte zu Fall bringen.

OPEC Ölkonzerne sauer: Einigung über Preis

Nach zwei Jahren „gespaltenem Ölpreis“ haben sich die OPEC-Länder auf ihrer Sonderkonferenz letzte Woche in Genf wieder auf einen gemeinsamen Grundpreis geeinigt: 34 US-\$/Barrel. Saudi-Arabien erhöht seinen



Landarbeiterinnen beim Umsetzen der Reispflanzen

kanischen Börsenmaklerfirma, „Bedanken“ gegen den Indienkredit an.

„Wir glauben nicht, daß der IWF eine weitere Stelle für ... weiche Kredite werden sollte.“ Bedingungen und Zins des IWF-Kredits sind den Börsenhaien zu „weich“, sein Volumen zu hoch. Lieber soll nach dem „bewährten“ Rezept verfahren werden, daß der IWF für relativ geringfügige Kredite erpresserische „Sanierungsprogramme“ diktiert und sodann die privaten Banken in dem derart für „kreditwürdig“ erklärten Land Kasse machen. Jetzt, so Pressemeldungen, ist damit zu rechnen, daß die USA, die im IWF die führende Rolle spielen, die Kreditbedingungen „in Frage stellen“. Als wäre die Einmischung in Indiens Angelegenheiten nicht schon frech genug!

industrien und den öffentlichen Dienst. Eine weitere die drastische Anhebung des staatlich subventionierten Reispreises. Für breite Massen bedeutet das noch schmalere Hungerrationen, für die kleinen Bauern Fall der Erzeugerpreise. Nächster Punkt: „eine rationellere Gestaltung der Preispolitik für die Schlüsselindustrien wie Öl, Kohle, Düngemittel und Stahl, so daß sie lebensfähig und nicht zu einer Last für den Staatshaushalt werden.“ Preiserhöhungen für diese Grundstoffe würden sie z.T. schlicht unbezahlbar machen, mit absehbaren Konsequenzen für die Landwirtschaft z.B., z.T. würde so der Weg für „billigere“ Einfuhr ausländischer Produkte frei. Konsequenterweise gehört zu den Kreditbedingungen eine Lockerung der Einfuhrbeschränkungen für Maschinerie,

Preis um 2 \$, zwölf OPEC-Länder senken ihre Preise um durchschnittlich 2 \$. Da Saudi-Arabien zuletzt fast die Hälfte der gesamten OPEC-Produktion gefördert hat, ändert sich der Durchschnittspreis kaum. Im einzelnen wird der Grundpreis noch durch Zubzw. Abschläge je nach Qualität und Förderort (wegen der unterschiedlichen Transportkosten) modifiziert. Die jetzt beschlossenen Preise sollen bis Ende 1982 gelten, ihre Kaufkraft wird bis dahin um mindestens ein Zehntel gesunken sein.

Soweit sanktioniert der Genfer Beschluß die gegenwärtigen, für die Förderländer ungünstigen Marktverhältnisse. Die imperialistischen Interessenten an billigem Öl aber hatten weit mehr vor: Die Absatzkrise sollte soweit zugespitzt werden, daß die Imperialisten ein Land nach dem anderen hätten aufrollen und schließlich sogar die OPEC ganz hätten sprengen können.

Das haben die OPEC-Länder nicht zugelassen. Die – freilich nicht verbindlich vereinbarte – Senkung der saudischen Produktion um 1 Mio. Barrel täglich schafft anderen Mitgliedsländern etwas Luft. BP-Direktor Kirsten äußerte in London seinen Unmut über die Beschlüsse: Die neuen OPEC-Preise seien „zu hoch“, und vor allem die afrikanischen Produzenten, die die höchsten Zuschläge berechnen, würden „weiterhin schwer Abnehmer finden.“

Der Gesamtölexport der OPEC-Länder ist seit September 1980 von 25 Mio. Barrel auf 19,1 Mio. Barrel täglich gefallen. Trotzdem hat Saudi-Arabien seine nach dem Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges auf Druck der USA gesteigerte Produktion erst im September von 10,5 auf 9,5 Mio. Barrel zurückgenommen. Mit dem Überangebot konnten die US-Imperialisten ihre strategische Reserve aufstocken, die sie in nächster Zeit bis auf die Höhe einer gesamten Jahresproduktion Mexikos steigern wollen. Andere OPEC-Länder, die für ihre nationalen Entwicklungsprogramme mit stabilen Öleinnahmen gerechnet hatten, gerieten immer stärker unter Druck. Nigeria mußte von seinem Nominalpreis von 40 \$ zunächst 4, dann weitere 1,5 \$ als „Rabatt“ abstreichen. Trotzdem fiel der tägliche Export seit Jahresbeginn von 2,1 Mio. auf 1 Mio. Barrel. In nur drei Monaten schmolzen die Devisenreserven von 11 auf 7,5 Mrd. \$ zusammen. Für das Jahresende rechneten die imperialistischen Banker mit „Umschuldung“. Daraus wird jetzt nichts. Nach dem Genfer Beschluß wird Nigeria seinen effektiven Preis von zuletzt nur 34,5 \$ auf 37 \$ steigern können.

Demokratisches Kampuchea Militärische Erfolge in der Regenzeit

In der diesjährigen Regenzeit hat die Armee des Demokratischen Kampuchea bedeutende Fortschritte bei der Befreiung des Landes von den vietnamesischen Aggressoren erreicht. Ende April lebten in den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten 1,5 Mio. Menschen, Ende September 200000 mehr. Die Mehrheit der restlichen Bevölkerung lebt in umkämpften Gebieten. Während der Regenzeit wurden insgesamt 36316 feindliche Soldaten (von rund 250000) getötet oder verwundet; 1829 vietnamesische Soldaten sind desertiert. 1023 Kampucheaner, die die vietnamesischen Besatzer zwangsrekrutiert hatten, sind desertiert und nach Hause zurückgekehrt; weitere 205 haben sich den Streitkräften bzw. Partisanen des Demokratischen Kampuchea angeschlossen.

Der schmale Streifen von Phnom Penh den Mekong abwärts bis zur vietnamesischen Grenze, den die Besatzer vorerst kontrollieren, ist weiter zusammengeschmolzen. Die Zonen, in denen die Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea nicht nur Guerillaaktionen, sondern auch größere konventionelle Operationen durchführen, sind ausgeweitet und näher an die Hauptstadt herangeschoben worden.

Die militärischen Erfolge gegen eine zahlenmäßig achtfach überlegene Besatzungsarmee zeigen, daß sich die Regierung des Demokratischen Kampuchea und ihre Streitkräfte auf die Volksmassen stützen. Das vietnamesische Le-Duan-Regime und sein sozial-imperialistischer Oberherr sind international weiter isoliert worden. Die Mehrheiten, mit denen die UNO-Generalversammlung die Mitgliedschaft des Demokratischen Kampuchea bestätigt und den Abzug aller „ausländischen“ (also vietnamesischen) Truppen gefordert hat, sind gegenüber dem Vorjahr noch größer geworden.

Anfang September hatten Ex-Staatschef Sihanouk und der antikommunistische Widerstandsführer Son Sann zusammen mit dem Demokratischen Kampuchea die Bildung einer Koalitionsregierung vereinbart. Die Durchführung stockt gegenwärtig an den erpresserischen Forderungen Son Sanns, die Mehrheit der Regierungsmitglieder zu stellen und die wichtigsten Führer der kampucheanischen Kommunisten zur Emigration zu zwingen. Die Greuelpropaganda gegen das Demokratische Kampuchea war bekanntlich ur-

sprünglich nicht in Moskau oder Hanoi, sondern von den westlichen Imperialisten in die Welt gesetzt worden. Heute müssen diese bedauernd feststellen, daß ihre Chancen sinken, unter dem Deckmantel der „Unterstützung“ dem Demokratischen Kampuchea die Früchte seines Kampfes wieder aus der Hand winden zu können.

Renault/Peugeot Die „Wende“ muß auch die Fabrik erfassen!

Sochaux, Ostfrankreich, 27.10.: 2500 Arbeiter des mit 33000 Lohnabhängigen größten Werkes des Peugeot-Konzerns legen für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Viermal schon seit dem 16.10. haben Teile der Belegschaft gestreikt und jedesmal wurden es mehr. Seit 1968 gab es keine Arbeitskämpfe solchen Ausmaßes, die Direktion hatte dies mit scharfer Fabrikordnung und massiver Behinderung der Klassengewerkschaften CGT und CFTD bei gleichzeitiger Förderung der gelben, nur im Automobilsektor existenten CSL verhindert. Jetzt jedoch löste die erneute Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten den Arbeitskampf aus. Neben Forderungen nach Akkordminderung wenden sich die Arbeiter gegen die beabsichtigte Anrechnung betrieblich gewährten Zusatzurlaubs auf die Einführung der fünften Urlaubswoche. Sie verlangen weiter Lohnerhöhung von 400 FF (160 DM) und Anhebung des Mindestlohnes von 3600 auf 3800 FF. Am 28.10. erklärt sich die Direktion zu Verhandlungen bereit.

Renault Douai, 26.10.: „Wir werden roboterisiert“, erklärt ein ouvrier spécialisé (OS = angelernter Arbeiter) gegenüber der Zeitung „Le Monde“. Statt 50 Schweißnähten bisher erledigt er nach Installierung von 120 Robotern an der Bandstraße des R 9 jetzt noch 6; aber „in unbarmherzigem, von Robotern bestimmtem, immer höherem Takt“. 3700 der 7300 Beschäftigten hier sind OS. Die Bandarbeit am R 9 ist zu 80% automatisiert. Dauernd finden Umsetzungen statt, die Masse der OS muß Dequalifikation hinnehmen.

Die Mehrheit der Beschäftigten in Douai hat sich an den von allen Gewerkschaften ausgerufenen Konzernstreiks am 15.10. und 22.10. beteiligt. Wochen zuvor, Anfang September, hatten die Arbeiter der Sattlerei des Werkes Sandouville die Bewegung mit einstündigen Streiks pro Tag eingeleitet. Sie fordern die Verminderung der Bandgeschwindigkeit bei den hier gefertigten Modellen R 18, R 20 und R 30. Ähnliche Forderungen in mehreren

Abteilungen des Renault-Hauptwerkes Billancourt. Die Lackierer streiken hier seit Anfang Oktober für die Erhöhung der Schwerstarbeitsprämie von 30 FF auf 180 FF, am R 14 – Band kämpfen die Arbeiter gegen 200 FF Lohnverlust nach Umstellung von 2 x 8 auf Normalschicht. Die Auseinandersetzung wird schärfer, als die Direktion auf Streiks für den Aufstieg der OS in Facharbeiterlohngruppen mit Kurzarbeit für 4000 Lohnabhängige reagiert.

Tagelang scheint die Situation blockiert, weil die Konzernleitung Streikabbruch vor Verhandlungen fordert. Am 29.10. muß sie aus Furcht vor weiterer Ausweitung der Arbeitskämpfe nachgeben. Sie hebt die Kurzarbeit auf und unterbreitet folgendes Angebot: 150 FF Lohnerhöhung im gesamten Konzern, Oktoberprämie von 200 FF für die OS in Billancourt, 60 OS sollen in die Facharbeiterlohngruppe P1, Bezahlung der Streiktage zu 70%, vorzeitige Verhandlungen über einen neuen Konzerntarifvertrag. Die Gewerkschaften nehmen an.

Viele der Streikenden haben in den folgenden Tagen klargelegt, daß sie über den vorläufigen Erfolg hinaus v.a. Zugeständnisse von Kapitalisten und Regierung bezüglich der Reduzierung der realen Arbeitszeit und der Kontrolle der Arbeitsbedingungen durch die Arbeiter erwarten. Die versprochene Wende müsse auch die Fabrik erfassen. Der Druck auf die Regierung Mitterand wird sich verschärfen. Für eine Reihe von Branchen sind Arbeitskämpfe angekündigt.

England British-Leyland- Streik beendet

Am Dienstag, 3.11., beschlossen die 58000 Arbeiter des Autokonzerns British Leyland, ihren Streik nach zwei Tagen zu beenden und ein verändertes Angebot der Kapitalisten anzunehmen.

Auf 42 Betriebsversammlungen in allen Werken wurde folgendes Angebot zur Abstimmung gestellt: Wie bisher nur 3,8% Lohnerhöhung des Grundlohns, dazu aber die Zahlung der Mindestprämie von 3,75 Pfund in der Woche (etwa 70 DM im Monat) auch in Wochen, in denen kurzgearbeitet wird, ein Arbeiter krank ist oder Urlaub hat. Bisher erhielt er dann keine Prämie. Außerdem wird die Firma mit den Gewerkschaften über die Einbeziehung der 3,75 Pfund in den Grundlohn ab nächsten November sowie über ein neues Prämien-Leistungssystem verhandeln. Gewerkschaftsfunktionäre sagten am Montag, das Angebot sei 5,1% wert.



Gewerkschaftsdemonstration gegen die Thatcher-Regierung (1980)

Auf 33 Betriebsversammlungen lehnten die Arbeiter eine Resolution der Vertrauensleute für Fortsetzung des Streiks ab, in neun Werken stimmten sie dafür. Dabei waren die meisten Abstimmungen knapp; als sich die Vertrauensleute Dienstag nachmittag nach den Betriebsversammlungen trafen, gab ihr Vorsitzender das Gesamtergebnis mit 25000 zu 19960 an.

Erst am 16.10. hatten die Arbeiter mit großer Mehrheit den Streik beschlossen. BL-Vorsitzender Sir Michael Edwardes drohte den Arbeitern, unterstützt von der Regierung, mit der Schließung aller bestreikten Werke und der Entlassung der Arbeiter. Die britische Presse druckte lancierte Berichte über angebliche Verkaufsgespräche mit japanischen Firmen und Mercedes-Benz für die Rover- und Jaguarwerke. „Es war eine Abstimmung der Angst“, kommentierte ein Vertrauensmann aus dem Hauptwerk Longbridge am Dienstagabend. BLs Verluste 1980 betrugen etwa 2 Mrd. DM.

Am Montagmorgen waren in Longbridge mehr als 1000 Arbeiter als Streikposten gekommen. „In 20 Jahren in Longbridge habe ich eine Stimmung wie heute noch nicht erlebt“, sagte der Vertrauensmann Graham Presbridge. „Wir haben vier Jahre lang geredet, aber jetzt müssen wir uns diesen Edwardes mal vornehmen. Hier in Longbridge haben wir 5000 Arbeitsplätze verloren, die Produktivität um 30% gesteigert, und trotzdem kriegen wir unser Geld nicht.“

Aber diese Entschlossenheit, Sir Michael die Niederlagen von 4 Jahren heimzuzahlen, war auf einen Teil der Belegschaft beschränkt. Die Gewerkschaft AUEW hatte nur halbherzig für Streik gestimmt und war für Annahme des neuen Angebots. In ihr sind vor allem Fach- und Vorarbeiter organisiert. Die TGWU trat für weiterstreiken ein, aber nicht geschlossen.

Diese Spaltung hat eine Grundlage in der Lohnpolitik der Kapitalisten:

Von 1979 auf 1980 stieg der Lohn der Metallfacharbeiter um 16,9%, der Hilfsarbeiter um 14,4%, und der großen Masse der angelernten Arbeiter in der Mitte nur um 12,4% (einschließlich Überstunden). Im gleichen Jahr betrug die Inflationsrate 18%.

Jugoslawien Auslandsschulden abbauen

Im Mai 1981 war es nach einem halben Jahr Verhandlungen so weit: Ein westdeutsches Bankenkonkordat wird jugoslawischen Banken bundesverbürgte Kredite von 510 Mio. DM zur Verfügung stellen. Diese sind zweckgebunden: Sie dienen der Finanzierung westdeutscher Lieferungen, u.a. Stahlerzeugnisse, Ersatzteile, Halbfertigwaren. Um die Zweckbindung und die Bundesbürgschaft kam es in „Bankkreisen“ zu Auseinandersetzungen. Es sollte nicht so gehen wie bei dem „Polen-Kredit“ von 2 Mrd. DM, den die polnischen Banken zu anderen Zwecken als gewünscht verwendeten. Erwähnt wurde, daß der deutsche Anteil an der Auslandsverschuldung Jugoslawiens immerhin 1 Mrd. DM betrage und die Währungsreserven des Landes gering seien, also wie wieder hereinholen?

Westdeutschland ist führender Handelspartner Jugoslawiens in der EG (s. Tabelle). 1979 bildeten Maschinen, Elektroerzeugnisse und Transportmittel fast 40% des westdeutschen Exports nach Jugoslawien. Die größten Posten des Imports aus Jugoslawien waren 1979 ebenfalls Maschinen, Elektroerzeugnisse, Transportmittel mit ca. 28%, gefolgt von verarbeiteten Waren mit 23%. Westdeutsche Firmen sind auch direkt beteiligt an Unternehmen in Jugoslawien. Von 1968 – 80 war die BRD an 52 Unternehmen beteiligt. Al-

lerdings betrugen die westdeutschen Kapitaleinlagen nur 1/5 der Einlagen jugoslawischer Firmen in diesen Unternehmen. Ihre Befugnis ist beschränkt, der Reingewinn darf nicht völlig aus Jugoslawien abgeführt werden, über Investitionen beschließt der Arbeiterrat. Werde das Auslandsinvestitions-gesetz nicht im Sinne der Imperialisten gelockert, nämlich z.B. eine Mehrheitsbeteiligung ausländischer Firmen und freie Verfügung über den Gewinn ermöglicht, dann müsse Jugoslawien mit „Restriktionen“ rechnen, warnte das „Handelsblatt“ 1980.

Das wird so einfach nicht gehen, da Jugoslawien versucht, seine Unabhängigkeit zu sichern. Seit zwei Jahren wird mit Erfolg die Auslandsverschuldung und das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit verringert (s. Pol. Berichte Nr. 22/81). Importe müssen genehmigt werden, und v.a. Importe von Maschinenausrüstungen sind zurückgegangen, während Exporte von Fertigwaren und Maschinen subventio-

Außenhandel Jugoslawien – EG 1980
(in Mio. Dinar)

Land	Export	Import
Insgesamt	60 282	139 886
davon:		
BRD	21 240	68 257
Italien	22 744	30 487
Frankreich	6 692	18 376

Regionalstruktur des Außenhandels
(in Mrd. Dinar)

	1979		1980	
	Export	Import	Export	Import
Insgesamt	185,5	382,7	245,0	411,2
davon:				
Westen	81,6	232,9	91,6	217,1
RGW	75,0	97,0	113,5	124,0
Entwickl.-länder	28,9	52,5	34,0	70,0

niert werden. Für Investitionen in exportorientierte Produktionen sind Steuererleichterungen beschlossen worden. Mit Sorge sehen die westlichen Imperialisten auch die Umstrukturierung des jugoslawischen Außenhandels (s. Tabelle). Der Anteil der westlichen Länder an der jugoslawischen Gesamtausfuhr sank 1980 von 44 auf 37,4%, an der Gesamteinfuhr nach Jugoslawien von 60,8 auf 52,8%. Seit 1980 erhöht sich der Anteil der RGW-Länder und der Entwicklungsländer.

Im Wirtschaftsrahmenplan für 1981/85 sind folgende Ziele angegeben: Die Auslandsverschuldung soll jährlich um 1% gesenkt werden, der Export um 8% steigen, der Import nur um 1,1%. Die Wirtschaftsbeziehungen zum RGW und v.a. zu den Ländern der Dritten Welt sollen ausgebaut werden.

VR Polen

Die Regierung bläst zum Angriff auf die Ergebnisse der Kämpfe vom August 1980

Die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarität“ hat auch den zweiten Teil ihres ersten Landeskongresses durchgeführt und das beschlossene Programm in ihrer Wochenzeitung „Tygodnik Solidarność“ vom 16. 10.1981 veröffentlicht. Jeder in Polen kann sich davon überzeugen, welche Ziele die Gewerkschaft verfolgt und welche dieser Ziele von der Leitung der PVAP und der von ihr geführten Regierung, die durch den Rücktritt Kania nicht wesentlich geändert worden sind, bekämpft werden.

Deutlicher als im Programmentwurf vom April 1981, in dem die Streikbewegung des letzten Jahres nur als eine Triebkraft für die Entstehung der neuen Gewerkschaft neben moralischen, auch christlich-katholischen Anliegen aufgeführt wurde, leitet „Solidarität“ die Herausbildung einer gewerkschaftlichen Massenorganisation aus eben dieser Streikbewegung, „der größten Bewegung in der Geschichte Polens“, her.

In den Fragen der Verwaltung der Produktion und der Gesellschaft sind keine weiteren Klärungen erreicht worden. Dies und das Fehlen einer Partei,

die die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats verfehlt, erleichtert es der PVAP, sich als die einzige Garantin für die Wiederherstellung von Ordnung und geregelten Produktionsbedingungen darzustellen. Teile der bewaffneten Macht werden auf dem Lande postiert, angeblich um die gerechte Verteilung der rationierten Güter zu überwachen, in Wirklichkeit, um Stimmung für diejenigen zu machen, die durch ihre Wirtschaftsweise die Unordnung geschaffen haben und jetzt Möglichkeiten sehen, aus der Isolierung herauszukommen. Ideologischer Druck wird so erzeugt gegen die von der Gewerkschaft „Solidarität“ in der derzeitigen zahlreichen, aber zersplitterten Streiks empfohlene Taktik, nicht die Arbeit zu verweigern, sondern die Befolgung von Anordnungen der Betriebsleitungen, und zur Verteilung der geschaffenen Produkte an die Bedürftigsten durch die Belegschaften überzugehen.

Andererseits ist in der Festlegung der gewerkschaftlichen Aufgaben zum Schutz der Arbeiter ein Fortschritt in der Präzisierung und der Ausrichtung der Forderungen auf die Bestimmung

Aus dem Programm der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität“

IV. Schutz der Arbeit als Grundaufgabe der Gewerkschaft

Die grundlegende Tätigkeit der Gewerkschaft wird die Sicherung des Rechtes des Arbeiters auf Arbeit sein, auf dessen würdige Behandlung durch den Arbeitgeber, auf sichere und für die Gesundheit nicht schädliche Arbeitsbedingungen sowie gerechte Löhne.

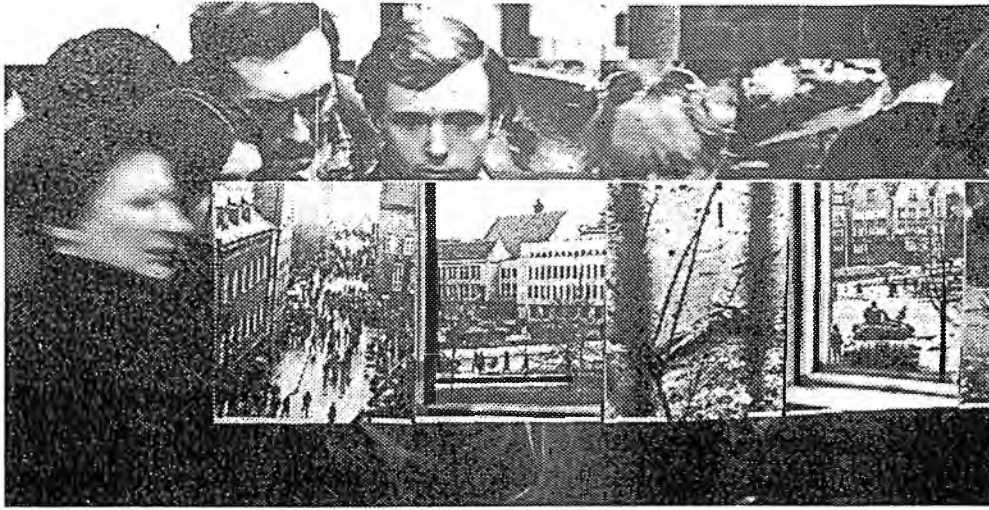
These 9 – Das Recht auf Arbeit muß respektiert und das Lohnsystem muß reformiert werden

Wir halten fest an dem allgemeinen Recht auf Arbeit und sind gegen Arbeitslosigkeit. Indem sie die Notwendigkeit der Ordnung der Beschäftigung anerkennt, ist die Gewerkschaft der Auffassung, daß diese Ordnung so angelegt werden muß, daß Arbeitslosigkeit verhindert wird. In den Arbeitsstätten, in denen Einschränkungen vorgesehen sind, sollen die Betriebskommissionen die Möglichkeit solcher Veränderungen innerhalb der Betriebsstätte prüfen, die den von der Einschränkung betroffene-

nen Arbeitern die Möglichkeit geben, Arbeit an einer anderen Arbeitsstelle aufzunehmen oder kürzere Zeit zu arbeiten ohne Lohnverlust.

Die Gewerkschaft hält es für notwendig, die rechtlichen und anderen Bedingungen zu schaffen für den Fall, daß auf die Beschäftigung in einem vergesellschafteten Unternehmen verzichtet und Arbeit in einem nicht vergesellschafteten Unternehmen aufgenommen wird. Unerlässlich ist eine rechtliche Regelung der Angelegenheiten der Erwerbstätigen im Ausland. In der Gewerkschaft hat dazu die Landeskommision Kontakte mit den entsprechenden Stellen angeknüpft mit dem Ziel der Übernahme der gewerkschaftlichen Betreuung derjenigen polnischen Bürger, die periodisch Arbeit im Ausland aufnehmen.

Die Gewerkschaft wendet sich kategorisch gegen Beschränkungen der Arbeitskräfte, wenn nicht soziale Garantien für die Personen geschaffen werden, die einstweilen ohne Arbeit verbleiben (Regelung ihres Status, ange-



Fotoausstellung des Verbandes der Polnischen Kunstfotografen über die Kämpfe seit 1956

der Löhne in den einzelnen Betrieben und Branchen und auf der gesamtstaatlichen Ebene zu bemerken, ebenso in der Behandlung der Arbeitsbedingungen. Zur Kontrolle z.B. der gesundheitlichen Bedingungen in den Betrieben werden Inspektionsrechte der Gewerkschaften gefordert.

Die jetzt schon länger dauernde Befassung mit Fragen des Lohns und der Behandlung von Personen, die auf der Lohnskala an ganz verschiedenen Stellen sitzen, und zwar umso weiter oben, je weniger sie mit Arbeit belastigt werden, hat zur Festigung des Grundsatzes geführt, daß eine Schranke gegen Löh-

ne unter dem Existenzminimum errichtet werden muß und daß Sicherungen gegen Arbeitslosigkeit und ihre Folgen durchgesetzt werden müssen. Von Bedeutung ist die Forderung, daß „übermäßig hohe“ Einkommen entsprechend zu besteuern sind. Dies ist eine Alternative zu den staatlicherseits betriebenen Preissteigerungen für Lebensmittel und für alle Güter des täglichen Bedarfs, die vor allem die schlechter verdienenden Lohnabhängigen treffen. Mit ihrer Forderung spricht sich die Gewerkschaft für Abschöpfung bei den von Arbeit weitgehend freigestellten Funktionären in Partei, Staat und Verwaltung aus.

messene Höhe der Beihilfen, Regelung der Grundsätze bei Verhinderung der Arbeitsaufnahme mit dem Ziel der Änderung der Qualifikation). Die Haupt Sorge im Umkreis des Schutzes der Arbeit umfaßt die allein erziehenden Eltern, die alleinstehenden Mütter, die Arbeiter im Rentenalter und die Minderjährigen.

Notwendig ist eine Reform des Lohnsystems, die jedem einzelnen einen angemessenen Verdienst und gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit garantiert. Unter den Bedingungen der gesellschaftlichen Reform bedeutet das die Verpflichtung, daß der Staat im Einvernehmen mit den Gewerkschaften im Betrieb ein Niveau garantierter Löhne festlegt, einheitlich für das ganze Land, im Durchschnitt der einzelnen Berufe und Arbeitsstellen, unabhängig von den Ergebnissen der einzelnen Unternehmen. Bei der Reform des Lohnsystems werden wir streben nach:

- Vereinheitlichung der Lohnzuschläge,
- Stärkung der motivierenden Funktionen der Löhne,
- Festsetzung eines Minimallohnes auf dem Niveau der Hälfte des Durch-

schnittslohnes, nicht niedriger als das soziale Minimum,

- Besteuerung der übermäßig hohen Löhne ...
- Einschluß der Zuschläge für gefährliche, gesundheitsschädigende oder -belästigende Arbeit in die Löhne, so daß die Zuschläge nicht die Wirkung in Richtung Verbesserung der Arbeitsbedingungen hemmen,
- Liquidierung des Akkordlohnsystems.

Der Kongreß empfiehlt, sich neuer kollektiver Verhandlungen zu enthalten bis zum Zeitpunkt der Festlegung der Verfahrensgrundsätze in diesem Bereich durch die Landeskommission. Nicht ausgeschlossen ist die Möglichkeit laufender Konsultationen mit dem Arbeitgeber.

Wir werden nach der Feststellung einheitlicher Methoden zur Bestimmung der Löhne streben und dabei die Freiheit ihrer Gestaltung im Unternehmen sichern ...

Die Landeskommission beruft eine Lohnkommission, deren dringende Aufgabe sein wird, Projekte zur Reform des Lohnsystems und der kollektiven Verhandlungen zu bearbeiten.

Zur Durchsetzung und gesetzlichen Absicherung all dieser Forderungen ist die Nutzung des Streikrechts unumgänglich. Der erklärte Plan der PVAP-Führung, das von der Arbeiterbewegung im vorigen Jahr erst erkämpfte Streikrecht wieder abzuschaffen, zielt daher nicht nur auf die Außerkraftsetzung des Abkommens von Gdansk, sondern auch auf die Verhinderung der fortschreitenden Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung zur Durchsetzung ihrer Interessen und zu einer haltbaren Verbesserung ihrer Lage. Die Formulierung des Ministerpräsidenten, Armeeoberbefehlshabers und jetzt auch Parteivorsitzenden Jaruzelski, das Streikrecht solle nur „zeitweise“ ausgesetzt werden, verhüllt nur schlecht, daß es ganz beseitigt werden soll. Die PVAP hat den entsprechenden Antrag von ihrer Fraktion in den Sejm einbringen lassen. Um überhaupt zu sichern, daß nicht ihre eigenen Mitglieder dagegen sprechen, hat sie den Austritt von mehr als einem Dutzend ZK-Mitgliedern aus der Gewerkschaft durchgeführt, die Einfluß in den Betrieben haben. Sie hat damit eine groß angelegte Spaltung der Gewerkschaft, in der sich nach ihren Statuten Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Parteizugehörigkeit organisieren können, eingeleitet. Die PVAP hofft, eine Austrittswelle aus der Gewerkschaft zu veranstalten und ihren Charakter der Einheitsgewerkschaft anzugreifen. Auch dadurch will sie die „Solidarität“ soweit schwächen, daß sie sie zur Teilnahme an der reorganisierten Nationalen Front bringen kann, und das heißt, sie in die Umklammerung auch der übrigen Parteien und vor allem der Kirche und Unterordnung unter deren Interessen zu zwingen.

Die Spekulation der PVAP besteht darin, durch Einschnürung der selbständigen Vertretung und an Aufträge gebundene Durchführung der Interessen der Arbeiterbewegung den Nutzen der Gewerkschaft deutlich zu schmälern, sie unter Vormundschaft der Kirche zu stellen und den staatstreuen Gewerkschaften weiter aufzuhelfen. Nicht zuletzt verspricht sie sich davon, daß die Gewerkschaft „Solidarität“ nicht in der Lage wäre, die von ihren Mitgliedern bestimmten Kandidaten für die ab dem nächsten Frühjahr anstehenden Wahlen auf verschiedenen Ebenen aufzustellen und eindeutige Stimmen für ihr Programm zu erhalten, denn auch über die Kandidaten und die Listen müßten Vereinbarungen in der Frontorganisation getroffen und eingehalten werden. Sofort jedoch würde sie erreichen, daß der Vorwurf, nichts Wirkungsvolles zur Behebung der Wirtschaftsmisere zu tun, die Gewerkschaft „Solidarität“ ebenfalls treffen würde, obwohl sie sie nicht verursacht hat.



Die bleierne Zeit

Anstoß zu diesem Film waren Christiane Ensslin und ihre in Stammheim umgekommene Schwester

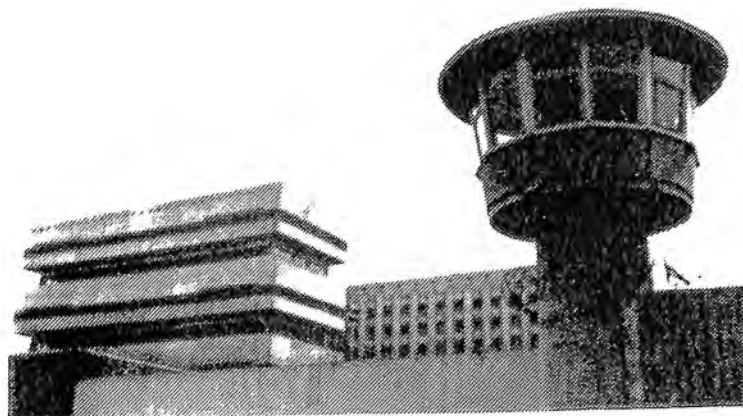
Es ist der dritte Film von Margarethe von Trotta. Ein Versuch, auf zwei Ebenen zu handeln, wie sie selber sagt. Einerseits leistet der Film eine Bestandsaufnahme der äußeren Befindlichkeiten der BRD, andererseits konzentriert er sich auf Emotionen und Gefühle. Er beansprucht nicht die authentische Darstellung des Lebens der beiden Ensslin-Schwester, geschweige denn eine authentische Geschichte der Rote Armee Fraktion. Ohne diesen Gegenstand „Rote Armee Fraktion“ jedoch hätte er die Wirkung nicht entfalten können, die der Film auf seine Zuschauer ausübt. Trauer über die nahezu gänzliche Vernichtung der RAF und Wut über die Staatsmacht ergreift jene, die die Tätigkeit der RAF mit Sympathie verfolgt haben. Sofern es sich beim Zuschauer um jene vorwiegend Intellektuellen handelt, die damals beim Ableben von Ponto, Buback und Schleyer ihre Freude nur klammheimlich empfinden, werden sie auch diesmal wahrscheinlich ihre Trauer und Wut nur klammheimlich fühlen.

Der Film beginnt mit der Darstellung der Lebensumstände der älteren Schwester Juliane. Sie ist Redakteurin in einem linken Frauenbuchverlag, schreibt über Unterdrückung der Frauen, ist tätig bei der Straßenagitation in der politischen Kampagne gegen den Paragraphen 218. Ihre Schwester Marianne ist bereits bei der RAF. Sie trifft sich heimlich mit ihr. Ihr Dialog zeigt die gegenseitige Einschätzung ihrer politischen Arbeit. Juliane: „Im Gegenteil. Wir versuchen etwas vollkommen Neues. Keine der üblichen Frauenzeitschriften. Keine Kosmetik, keine Mode, keine Rezepte.“ Marianne: „Findest du deine Arbeit dort wirklich wichtig?“ Und etwas später Juliane: „Einiges von dem, was ihr denkt, finde ich richtig.“ Marianne: „Als alte Frau mach ich keine Revolution mehr.“ Juliane: „Und nur, weil du jetzt jung bist, meinst du, jetzt sei es der richtige Zeitpunkt?“

Rückblenden auf die Kindheit der beiden Schwestern zeigen das Elternhaus, den strengen Vater, einen evangelischen

Pastor, ihre Politisierung als Jugendliche durch Filme über den Faschismus und Vietnam. Und immer wieder die innere Verbundenheit der Schwestern, das gegenseitige Verständnis. Nach der Verhaftung und Inhaftierung von Marianne zunächst in einem alten Gefängnis, dann unter den Bedingungen der Isolationshaft in Stuttgart-Stammheim vollzieht sich eine Wende. Die Vorwürfe Julianes an ihre Schwester, (eure Bomben zerstören unsere politische Kleinarbeit, ihr macht es euch zu einfach und erreicht nur die Stärkung der Reaktion) verschwinden zugunsten der Solidarität und Unterstützung ihrer Schwester. Juliane macht ihre Erfahrungen mit der Brutalität der Staatsmacht. Sie spürt und sie merkt die Wirkungen der Isolationsfolter an ihrer Schwester bei den Gefängnisbesuchen.

Konflikte tun sich auf sowohl mit ihrem Frauenbuchverlag, als auch mit ihrem Freund, mit dem sie zusammenlebt. Nach dem mysteriösen Tod ihrer Schwester und von Mithäftlingen der RAF in Stammheim kommt es endgültig zum Bruch mit ihrer Umwelt und ihrem Freund. Juliane glaubt wie ihre Eltern nicht an Selbstmord. Sie rekonstruiert in mühevoller Kleinarbeit und mit einer ungeheuren Energie die Todesumstände. Als sie endlich glaubt, die These des Selbstmordes schlüssig als falsch nachweisen zu können, will die bürgerliche Presse und Öffentlichkeit nichts mehr davon wissen. Es ist ein sehenswerter Film.



„Hart am Rande des Bewußtseins“

In dem Roman „Die Memoiren einer Überlebenden“ berichtet Doris Lessing, daß die Versorgung eines Landes zusammenbricht und welche Auswirkungen das für die Einwohner einer großen Stadt hat. Parallel zu der Entwicklung dieser Versorgungskatastrophe schildert D. Lessing die einzelnen Abschnitte, wie ein Mädchen heranwächst. Die Jugendlichen in der Stadt rotten sich zu Banden zusammen. Den Anweisungen von „denen da oben“, des „es“, kommt keiner mehr nach. Die Ich-Erzählerin, eine ältere Frau, bei der das junge Mädchen aufwächst, stellt fest: „Sie waren wie Hunde ... eine Meute ... Diese Beschreibung trifft natürlich auf jede Gruppe von Menschen jeden Alters und überall zu, wenn ihnen nicht schon eine Institution ihre Rolle vorgeschrieben hat.“ Da keine Institution, Familie, Staat mehr funktioniert, wird die Bande die „soziale Kernzelle“. Die Banden pflegen den Kannibalismus. – In ihrem Wohnzimmer hat die ältere Frau eine Mauer, durch die sie manchmal in eine andere Welt „hart am Rande des Bewußtseins“ geht, wo sie Kindheitsstufen des Kindes direkt miterleben kann. Dort findet sie das „Reich der Anarchie“ und erlebt die frühe Unterdrückung des Kindes. Da die Frau durch „ein inniges Sehnen“ erfüllt ist, „faltet sich“ – am Ende der Geschichte – „diese Welt zusammen“. „Eine“ kommt und zeigt „den Weg ... in eine Welt ganz anderer Ordnung“.

D. Lessing. Die Memoiren einer Überlebenden. Fischer 5202, 1981. 7,80 DM.

Die Nazi Herrschaft: kein „Schicksal“

Das Buch „Ein Mensch fällt aus Deutschland“ von Konrad Merz ist zuerst 1936 in Amsterdam erschienen. In der Reihe „Bibliothek der verbrannten Bücher“ gibt der Fischer Taschenbuch Verlag seit kurzem Bücher von Exilschriftstellern heraus. K. Merz floh 1934 aus Deutschland.

In Briefen an seine Freundin Ilse und an seine Mutter, in Tagesaufzeichnungen läßt Merz einen jungen Mann namens Winter schreiben über seine Flucht, über seine Versuche, in Holland Arbeit zu finden. Mit einer bilder- und beziehungsreichen Sprache formuliert der Autor Winters

Empfindungen und Überlegungen zur Lage der Emigranten und zur Situation im Nazi-Deutschland.

Über die tatsächlichen Kämpfe gegen die Herrschaft der Nazis erfährt der Leser sehr wenig. Warum wird Winters Freund Heini, der Kommunist ist, von der „Geheimen Staatspolizei“ gesucht? Der Autor läßt Winter sagen: „Weil er ist, der er ist.“ Der Freund hat den Auftrag, ein Attentat auf einen Naziführer durchzuführen. In seinen Aufzeichnungen erklärt Winter, warum er dagegen ist: „Wir können es nicht erzwingen – nach 4 kommt 5 und nicht 7, auch wenn man es unendlich gerne will ... Die Nacht muß sich vollenden, erst dann kann der Morgen kommen.“ Diese Aussage versteht Winter aber nicht als Kritik gegen ein unüberlegtes Umsichschlagen. In der Geschichte begeht der Freund Selbstmord vor dem Attentat. Als Winters Vater, der im ersten Weltkrieg gefallen ist, seinem Sohn im Traum erscheint und ihm vorwirft: „Auch Du wolltest morden?“ entgegnet Winter: „Ich wollte nicht. Das war nicht Gesetzmäßigkeit. Heinis Schicksal vollendet sich so.“

Schicksalsgläubig faßt Winter zusammen: „Nichts ist umsonst auf dieser Erde ... das hat alles so kommen müssen, wie eine Stunde nach der anderen kommt.“ Die reale Geschichte ist anders verlaufen. Die Herrschaft des Faschismus ist nicht beseitigt worden, weil nach dessen „Vollendung“ „der Morgen kam“, sondern „weil im antifaschistischen Kampf die Völker den Faschismus niederschlugen.“

Konrad Merz, Ein Mensch fällt aus Deutschland. Fischer Taschenbuch Verlag, Nr. 5172, 1981, 7,80 DM.

Es gibt Schlimmeres als Kriege: Menschen

Wer aus dem Roman etwas über die weibliche kämpfende Truppe der Sowjetunion erfahren will, sieht sich getäuscht. Konsaliks Thema ist der Mensch. Die russische Weberin Stella Antonowna Salnikowa, Scharfschützin, und der deutsche Förster Peter Hesslich, Scharfschütze, finden sich. Anstatt sich umzunieten, sagen sie dem Krieg ade und leben 30 glückliche Jahre in Sibirien. Auch im Krieg macht der Mensch eben sein Glück.

Konsaliks Mensch ist ein Tier. Das größte Untier ist die sowjetische Frau. Auf über 40 Seiten schildert er genüßlich,

wie die Frauen italienische Spähposten mittels entblößtem Busen aus ihren Löchern locken. Sodann vergewaltigen sie der Reihe nach die festgebundenen Männer, und Naila Tahirovna gibt ihnen den Gnadenschuß, Gefangene machen diese Hyänen prinzipiell nicht.

Ansonsten dienen die Frauen den sowjetischen Vorgesetzten und politischen Kommissaren als Call-Girl-Ring. Wenn Kommissar Miranski grusinschen Kognak braucht, wird die „dralle Nani hinübergeschickt, die ununterbrochen klagte, sie brauche einen Mann, sonst explodiere sie wie eine Tretmine.“ (133)

Der deutsche Landser ist eine je nach Dienstgrad höhere Tierart. Er zuckt meistens noch, bevor er eine Frau abschießt. Scharfschütze Dallmann ruft verzweifelt: „O diese Scheiße ... ich muß sie umlegen, ohne mich draufzulegen ... dieser Scheißkrieg!“ (117) Oberfeldwebel Hesslich gar



Der Schriftsteller Chotjewitz verleiht Konsalik den Kriegspreis.

pazifistisch: „Wir dürfen uns nicht lieben, weil Hitler und Stalin es nicht wollen.“ (364) Wobei auch in der Liebe klare Verhältnisse herrschen: „Sie spürte seinen zuckenden Leib, der ihr sein Leben gab.“ (347)

Konsaliks Krieg ist ein Trapperroman, das Wild der Mensch. Höhepunkte sind die Szenen, in denen sowjetische Frauen sich im Kampf um Kommissare und Gefangene männlichen Geschlechts toprügeln und -treten.

Der Autor hat mit dieser Züchtung von reaktionären Auffassungen den „Kriegspreis“ der Fachgruppe Buchhandel der Gewerkschaft HBV redlich verdient.

Heinz G. Konsalik, Frauenbataillon, Bayreuth 1981, 34 DM

Science Fiction

Gesellschaftskritische und idealistische Ansätze bei Wells

Die fünfzehn Geschichten, die der englische Schriftsteller H.G. Wells um die Jahrhundertwende geschrieben hat und die jetzt vom Ullstein Verlag zusammengestellt worden sind, sind in der Qualität recht verschieden. H.G. Wells ist hierzulande bekannt durch utopische Romane, z.B. die „Zeitmaschine“, die zahlreichen Schriftstellern nach ihm als Vorlage gedient hat, um das Thema der Zeitreise in die Vergangenheit oder in die Zukunft zu behandeln.

Wells geht es nicht um die Vorhersage von technischen Erfindungen und industriellen Entwicklungen. Für ihn ist nicht die Konstruktion der Zeitmaschine interessant, auch nicht die Möglichkeit, sich mit ihrer Hilfe in Raum und Zeit zu bewegen, sondern sie dient nur als Vehikel für den Gang der Erzählung, indem sie den Helden in die Zeit transportiert, vor deren gesellschaftlichen Zuständen, die sich aus der Gegenwart entwickeln, nach Wells' Meinung gewarnt werden muß. Kritisiert wird die Fortentwicklung der Klassenspaltung in der kapitalistischen Gesellschaft und auf ihrer Grundlage die physische Entwicklung der Menschen. Sie sind in der Zukunft gespalten in eine Klasse, die unterirdisch, körperlich deformiert und verroht, die Arbeit für die Gesellschaft verrichtet, und eine ebenfalls degenerierte, aber in Schönheit und Annehmlichkeit lebende herrschende Klasse.

Wird in den Romanen die Evolution der Menschen und anderer Lebewesen der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse untergeordnet, so daß ein materialistischer Standpunkt immerhin vertreten wird, so fehlt dieses Verhältnis in den meisten Kurzgeschichten dieser Sammlung. Sie handeln öfter von einem ausgedachten Ergebnis der Evolution der Arten. Die abstoßende Wirkung kommt nicht einfach deshalb zustande, weil diese Lebewesen unmöglich wären, sondern weil die Geschichte darin besteht, daß ihre unangenehme Tätigkeit breitgetreten wird. Einmal handelt es sich um einen Schwarm von Kraken, die eine Reihe von Menschen töten, das andere Mal um eine neue Art von fleischfressender Pflanze, deren Opfer gerade noch davonkommt.

Mit einigen anderen Geschichten erzielt Wells dagegen eine Spannung beim Leser, weil er sich mit dem Verhalten von Menschen unter außerordentlichen, wenn auch nicht einfach unmöglichen Bedingungen befaßt. Dazu zählt „Der Stern“, der dramatisch knappe Abriss einer kosmischen Katastrophe. Der Zusammenstoß eines Meteors mit der Erde droht. Entgegen wissenschaftlichen Berechnungen bleibt der Zusammenprall jedoch aus, und die Erde existiert trotz großer Verwüstungen weiter. Wir finden in dieser Kurzgeschichte die Vorlage sowohl für die Fabel wie auch für Personen in dem erst vor kurzem geschriebenen US-Science-Fiction-Wälzer „Der Hammer Gottes“. Dessen Autoren Niven und Pournelle teilen mit Wells einen gewissen Optimismus über die Entwicklung der Gesellschaft trotz Rückschlägen. So kommt zwar in beiden Handlungen der Wissenschaftler vor, der sich wegen des scheinbar unausweichlichen Untergangs das Leben nimmt, aber vertreten wird die Position, daß sich ein besseres Leben zwangsläufig auch gegen das Verhalten der Menschen durchsetzt, ein idealistischer Standpunkt, der mit dem Walten einer von den Menschen unabhängigen Vernunft operiert.

Wenn dabei, wie in mehreren von Wells Geschichten, der Boden der Klassenverhältnisse ganz verlassen wird, schlägt der evolutionäre Ansatz um ins Organische, das unbewußt seine Blüten treibt und dem mit Bewußtsein auch nicht beizukommen ist. Oder er endet bei der Verherrlichung einzelner Menschen, die sich von beschränkten Verhältnissen nach innerem Kampf nicht beherrschen lassen und ihnen den Rücken kehren. So in der Erzählung „Das Land der Blinden“, deren Held sich nicht, auch nicht durch Aussicht auf Glück und Liebe, der Operation unterwirft, durch die ihn die Blinden ebenfalls blind und auch im übertragenen Sinn in seiner Weltanschauung beschränkt machen wollen. Wohin er sich nach seinem einsamen Entschluß wendet, bleibt offen. Zwar ist die Phrase widerlegt, daß unter den Blinden der Einäugige König ist, aber wozu die Fähigkeit des Sehens genutzt werden soll, erfährt der Leser nicht. Die Aufklärung der Blinden wird für ausgeschlossen erklärt, der freie Geist siegt irgendwie im luftleeren Raum.

Ein Gegenstück, 1901 geschrieben, ist „Ein Traum von Armageddon“, in dem gezeigt wird, daß die Flucht vor Teilnahme an gesellschaftlichen Verhältnissen, in diesem Fall am Krieg, und der Versuch, sich durch Pflege einer Liebesbeziehung herauszuhalten, scheitern und mit dem Tod beider endet. Zwar ist etwas zu merken von der politischen und ideologischen Lage, in der die Imperialisten den ersten Weltkrieg vorbereiten, aber keine rationale Erklärung und keine Möglichkeit zum Kampf gegen diese Vorbereitungen werden angeboten. Übrig bleibt nur, sich am Unausweichlichen zu beteiligen, seinen Pflichten nachzukommen, um so bestenfalls mäßigend zu wirken, oder unterzugehen.

Wells erscheint so nicht nur als Begründer einer gesellschaftskritischen Richtung in der Science-Fiction-Literatur, sondern auch als Vorläufer der Verfasser von allerhand mythischem Brei, dessen Zubereitung nicht mit dem Denkvermögen, sondern bloß mit unbestimmten Gefühlen und spontaner Sympathie oder Antipathie verfolgt und genossen werden kann.

H.G. Wells, Das Kristallein. Erzählungen. Ullstein Buch Nr. 20252, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1981. 7,80 DM

Deutscher Friedensvertrag Antihitler-Koalition und Bruch des Potsdamer Abkommens

Vom Standpunkt des reichsdeutschen Finanzkapitals war der strategische Zweck des 1. wie auch des 2. Weltkriegs die *ökonomisch-politische Neuordnung Europas unter der Hegemonie des deutschen Imperialismus*. Zu diesem Zweck wurden nicht nur die menschlichen und sachlichen Ressourcen des Deutschen Reichs sowie verbündeter oder „angeschlossener“ bzw. einverleibter Länder, sondern auch eigene wie fremde Territorien mißbraucht: nämlich insbesondere jene östlichen Grenzprovinzen des Deutschen Reichs und jene in den Nachbarländern bzw. in ganz Nordost-, Ost- und Südosteuropa verstreuten „volksdeutschen“ Siedlungsgebiete. Bereits die erste Erklärung der Antihitler-Koalition, die „Atlantik-Charta“ (1941), trägt diesen Tatsachen Rechnung, insofern sie folgendes zur Frage zukünftiger Grenzen bzw. Gebietsveränderungen feststellt:

- „1. Ihre Länder (d.h. Antihitler-Koalition – d. Red.) suchen keine territoriale oder sonstige Vergrößerung.
2. Sie wünschen nicht, daß territoriale Veränderungen zustandekommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen ...
6. Nach der endgültigen Vernichtung der nationalsozialistischen Tyrannei hoffen sie, einen Frieden aufgerichtet zu sehen, der allen Nationen die Möglichkeit geben wird, in Sicherheit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu leben ...“ (1)

Auf der Grundlage dieser „Atlantik-Charta“ haben die Regierungsvertreter der UdSSR, der USA und Großbritanniens auf den zwischen 1941 – 1945 abgehaltenen Konferenzen konkrete Fragen hinsichtlich der *Herstellung sicherer Grenzen und der damit in Verbindung stehenden territorialen Veränderungen* erörtert (2). Zwischen diesen drei Mitgliedern bestand insbesondere Einmütigkeit hinsichtlich der Wiederherstellung eines starken, unabhängigen und demokratischen Polens in sicheren Grenzen, das zugleich eine Garantie für die Sicherheit der sowjetischen Westgrenze darstellen sollte. Es bestand außerdem Einmütigkeit darüber, daß zur Erreichung dieses eben benannten Zwecks jene wieder und wieder zu Zwecken der *Expansion mißbrauchten reichsdeutschen Ostgebiete* herangezogen werden sollten – unter ausdrücklicher Berücksichtigung der hierzu seitens der polnischen Regierung (später, im Juli 1945, auf der Potsdamer Konferenz) sowie seitens der Sowjetunion vorgetragenen Wünsche. Zu keinem Zeitpunkt zwischen 1941 und (Juli/August) 1945 bestand innerhalb der Antihitler-Koalition dahingehend eine Differenz, daß etwa der Punkt 1) bzw. 2) der „Atlantik-Charta“ als Aufforderung begriffen wurde, „die frei geäußerten Wünsche des betroffenen deutschen Volkes“ hinsichtlich dieser notwendigen territorialen Veränderung in Erfahrung zu bringen. Denn es handelte sich um eine *Kriegskoalition*, in der zwar imperialistische Länder vertreten waren, deren *eigentlicher Zweck* aber gerade in der *Verhinderung der großdeutschen Hegemonie über Europa* bzw. in der *Niederwerfung des reichsdeutschen Imperialismus* bestand. D.h. der *strategische Zweck*, den die zur Antihitler-Koalition zusammengeschlossenen zwei imperialistischen Länder (USA, GB) und die revolutionäre Union der Sozialistischen Sowjetrepubli-

ken gemeinsam verfolgten, war die *Wiederherstellung internationaler Verhältnisse* („Frieden“), welche „allen Völkern die Möglichkeit geben sollte, in Sicherheit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu leben“. Die Antihitler-Koalition hat nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß – zur Sicherstellung dieses Zwecks – dem besiegten Deutschland entsprechende territoriale Abtretungen als vollendete Tatsachen aufgeherrscht werden würden und die Anerkennung dieses Ergebnisses des 2. Weltkrieges einer zukünftigen deutschen Regierung in einem entsprechenden Friedensvertrag diktiert werden würde.

Aus diesem Grunde legte die Antihitler-Koalition im Potsdamer Abkommen (3) vom 2.8.1945 – folgerichtig im Abschnitt (IX.) „Über Polen“ – erstens fest, „daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens (auf einer Friedenskonferenz – Red.) die früher (!) deutschen Gebiete östlich der Oder bzw. Neiße „unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen“. Zweitens wurde (im Abschnitt XIII. „Ordnungsge-
mäßige Umsiedlung der deutschen Bevölkerung“) die Aussiedlung der reichs- bzw. volksdeutschen Bevölkerungsteile aus den drei ost- bzw. südosteuropäischen Nachbarländern festgelegt: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung oder von Teilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“ Darüber hinaus wird im Abschnitt VI. „Die Stadt Königsberg und das angrenzende Gebiet“ die grundsätzliche Zustimmung aller Konferenzteilnehmer zur Übergabe dieses ehemals reichsdeutschen Territoriums an die Sowjetunion sowie die Bereitschaft der amerikanischen und britischen Regierung, die hiermit vereinbarte Westgrenze der UdSSR „bei der bevorstehenden Friedensregelung (zu) unterstützen“, festgehalten.

Dies alles diente jener allgemeinen Zielsetzung, wie sie im Abschnitt III. „Über Deutschland“ eingangs bekräftigt wird: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung jetzt und zukünftig auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedroht.“ Aus diesem Grunde legte die Antihitler-Koalition die *Bildung eines „Rates der Außenminister“* (UdSSR, USA, GB, F und China) fest (Abschnitt II.), der zunächst Friedensverträge mit den ehemaligen (Zwangs-)verbündeten Hitlerdeutschlands – Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland (s. Politische Berichte Nr.n 19, 20, 21) ausarbeiten sollte. Außerdem sollte dieser Rat die *Friedensregelung mit Deutschland vorbereiten* – und zwar mit dem Ziel, „daß das entsprechende Dokument von einer hierfür geeigneten Regierung Deutschlands angenommen wird, wenn eine solche Regierung gebildet ist.“

In diesem Zusammenhang ist die Vereinbarung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben werden soll, getroffen worden – nämlich in dem Sinne endgültig, daß diese deutsche Regierung jenes friedensvertragliche Diktat der von der Antihitler-Koalition vereinbarten und in die Tat umgesetzten territorialen bzw. grenzmäßigen Änderungen *entgegenzunehmen hatte* (4). Die im Potsdamer Abkommen getroffenen gemeinsamen Vereinbarungen, denen sich später auch die französische Regierung vorbehaltlos anschloß, hatten zum Ziel (5), durch Besatzung bzw. Übernahme der Obersten Gewalt in (Rest-)Deutschland *einschneidende ökonomische, politische und territoriale Beschränkungen des Wirkungsgrads des deutschen Imperialismus* durchzusetzen und zugleich die inneren Bedingungen dafür sicherzustellen, daß eine solche deutsche Regierung zustandekam, die jenes Ziel der Antihitler-Koalition selbst in ihrer gesamten Innen- und Außenpolitik vollständig akzeptierte, d.h. zur eigenen Sache machte. Die auf dem westdeutschen Territorium zusammengedrückte (ehemals reichs-)deutsche Monopolbourgeoisie hat dieses Ziel frühzeitig und kristallklar erkannt und sah ihre einzige Aussicht, noch einmal davonzukommen bzw. sich erneut aufzurichten, in einer *Spaltung der Antihitler-Koalition* und einer daraus resultierenden *Nichteinhaltung der Potsdamer Vereinbarungen*. Sie war sich außerdem darüber im Klaren, daß nicht sie als besiegte Monopolbourgeoisie dies bewerkstelligen konnte, sondern daß diese *Spaltung* – wenn überhaupt, dann – *nur von den beiden imperialistischen Siegermächten USA und Großbritannien ausgehen konnte*:

So findet sich etwa in K. Adenauers Erinnerungen folgende Notiz – und zwar im Zusammenhang einer Wiedergabe der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz und einer daran anschließenden Erörterung der bald darauf „sichtbar werdenden Spannungen zwischen den Alliierten“: „Als ein sehr deutlicher Beweis für das wachsende Spannungsverhältnis zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten erschien mir die Rede, die Präsident Truman am 27. Oktober 1945 anlässlich des amerikanischen Flottentages in New York hielt. Er führte aus: „Wir werden keine Gebietsveränderungen auf Kosten von Staaten anerkennen, die mit uns befreundet sind, es sei denn, sie stehen mit dem frei ausgedrückten Willen der betreffenden Völker im Einklang ... Wir sind der Überzeugung, daß allen zur

Selbstregierung befähigten Völkern die Möglichkeit gegeben werden muß, sich die ihnen zusagende Regierungsform ohne Einmischung von außen selbst zu geben ... Aus diesen Worten klang eine deutliche Verstimmung. Die Politik, die die Sowjetunion gegenüber Polen einschlug, gab schließlich den Ausschlag für die Haltung der Westmächte gegenüber der sowjetrussischen Politik überhaupt.“ (6)

Was dieser christdemokratische Reaktionär witterte, war die sich zunehmend abzeichnende Möglichkeit, eine Politik der Nichtanerkennung der durch das Potsdamer Abkommen bestimmten Grenzen entfallen zu können: diese Möglichkeit realisierte sich in dem Maße, in dem die Errichtung von Volksdemokratien in Ost- bzw. Südosteuropa sowie die damit einhergehende Unterbindung der ökonomischen Infiltration bzw. Abhängigmachung von Seiten des US-Finanzkapitals (vermittels der „Marshallplan-Hilfe“) als „Westexpansionismus der Sowjetunion“ bzw. als „sowjetische Aggression“ sowohl von Truman wie auch von Churchill bezeichnet wurden – zwei der insgesamt drei (mit Stalin) Unterzeichner des Potsdamer Abkommens, welches ausdrücklich „Gebietsveränderungen auf Kosten“ des ehemaligen Deutschen Reichs festgelegt – also selbst „anerkannt“ hatte.

Adenauer ist anlässlich seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 im außenpolitischen Teil derselben noch einmal detaillierter auf diese von den USA und Großbritannien eingeleiteten Brüche der Potsdamer Vereinbarung eingegangen. Hier die entsprechenden Protokoll-Auszüge: „Dr. Adenauer, Bundeskanzler: ... Lassen Sie mich nun zu Fragen übergehen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie. Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chiefs der drei Regierungen ... haben ihre Ansicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß ... Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei der SPD.)“ – Zu diesem Beifall der SPD muß man sich folgende öffentliche Feststellung ihres Vorsitzenden Dr. K. Schumacher vom 28.1.1947 vergegenwärtigen: „Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden. Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis sovjet Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.“ (7)

Zurück zu Adenauers Regierungserklärung von 1949 (8): „Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjet-Union angeschlossen hat ... Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen. (Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts. – Abg. Dr. Richter: Bitte auch das Sudetenland dabei nicht vergessen, Herr Bundeskanzler!) Ich weise darauf hin, daß die Austreibung der Vertriebenen in vollem Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vorgenommen worden ist ... Ich darf aber darauf hinweisen, daß kein geringerer als Winston Churchill bereits im August 1945 im britischen Unterhaus öffentlich und feierlich nicht nur gegen das Ausmaß der von Polen angestrebten Gebietsvergrößerung, sondern auch gegen die Praxis der Massenaustreibung Protest eingelegt hat. (Abt. Schmidt: Er hat mit unterschrieben!) ... Am 10. Oktober 1945 stellte der britische Außenminister Bevin fest, daß Großbritannien in keiner Weise verpflichtet sei, die Ansprüche Polens auf die Oder-Neiße-Linie zu unterstützen. Die gleiche Feststellung traf der frühere amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in seiner bekannten Rede in Stuttgart. Die Bundesregierung wird allen diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit widmen und sich dafür einsetzen, daß auch das uns zustehende Recht geachtet wird.“

Ein solches „Recht“ auf Revision der (durch die Antihitler-Koalition festgelegten) bestehenden Grenzen konnte nur *vermittels einer entsprechenden vertraglichen Fixierung* desselben als „Rechtsanspruch“ völkerrechtlich verbindliche Kraft gewinnen: Dies ist als der ausdrückliche Zweck jenes am 26.5.1952 zwischen der BRD einerseits und den USA, Großbritannien und Frankreich andererseits abgeschlossenen imperialistischen Teilfriedensvertrags – genannt: „Deutschland-“ (9) oder „Generalvertrag“ – (s. dazu Pol. Ber. Nr. 24) festgelegt worden. Damit war jenes in Potsdam gegenüber dem (rest-)deutschen Imperialismus beschlossene demokratische Friedensdiktat zunächst verhindert worden.

(1) Europa-Archiv, 1947, S. 342f.

(2) Teheran Jalta Potsdam / Sowjetische Protokolle – textkritisch ergänzt durch amerikanisch – britische Aufzeichnungen, Köln 1973, S. 79f., S. 82f., S. 132f., S. 145f., S. 152f., S. 161f., S. 164f., S. 170f., S. 177f., S. 199ff.

(3) Teheran - Jalta - Potsdam, S. 391 – 410

(4) Molotow, Fragen der Außenpolitik – Reden und Erklärungen; Moskau 1949, S. 68 – 74, S. 452 – 459, S. 545 – 557

(5) Molotow, a.o., S. 369 – 451, S. 460 – 488, S. 558 – 600

(6) K. Adenauer, Erinnerungen 1945 – 1953; Stuttgart 1980, S. 90

(7) Mldg. der Nachrichtenagentur Reuter, Archiv der Gegenwart 1947, S. 993

(8) Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Bd. 1 Stenographische Berichte 1949, S. 28 u. 29

(9) S. dazu aktuell: Politische Berichte Nr. 22 '81, S. 10 + 11, „Nationale Interessen der BRD? ...“

Brückner

Die „unpraktische Seite des Grundgesetzes“

„Über die Pflicht des Gelehrten, auch als Bürger tätig zu sein“, so heißt ein Buch, das vor kurzem von Peter Brückner und Axel R. Oestmann veröffentlicht wurde. (1) Äußerer Anlaß des Buches ist das Disziplinarverfahren, das die niedersächsische Landesregierung gegen Peter Brückner, seine politischen Anschauungen und Tätigkeiten, durchgesetzt hat, und seine Suspendierung – die inzwischen aufgehoben werden mußte – als Hochschul-lehrer.

Das Buch ist allerdings weit mehr als bloß eine „Fallstudie“ in Sachen „Berufsverbote“. Es wird auf nachdenkenswerte Weise sehr umfassend analysiert, wie der Staatsapparat politische, demokratische Freiheiten zu unterdrücken strebt, was „die Reaktion“ ist, was sie treibt, ihr Denk- und Verhaltensstil.

Das geschieht aus der Perspektive sozialistischer Hochschullehrer. Aber das ist kein Nachteil, eher ein Vorteil, insofern die Autoren die tendenzielle Borniertheit ihrer eigenen materiellen Existenz als *beamtete* Hochschullehrer sehen und keineswegs den Versuch machen, mit einer fix und fertigen Professoren-Programmatik aufzuwarten. Vielmehr wird gerade auch versucht, den Problemen Rechnung zu tragen, die aus einer „pensionsberechtigten Fraktion in der gespaltenen Person des Lehrers“ erwachsen. Die faktische Beschränktheit wird offen ausgesprochen: Der Hochschullehrer „ist allemal kein Mittelsmann der Autorität oder Agent der Ordnung. Und wenn er ‚dient‘, so in erster Linie der Wissenschaft und den Studierenden.“

Es ist natürlich unmöglich, hier den Inhalt des Buches in wenigen Zeilen anzugeben. Aber es sei doch versucht, einen Punkt hervorzuheben, der auch für uns von besonderem Interesse ist: der Versuch, eine „materialistische“ Haltung gegenüber dem bundesrepublikanischen Grundgesetz zu gewinnen.

Die Autoren betonen die „unpraktische Seite des Grundgesetzes“. Eine ihrer wesentlichen Maximen lautet: „Vorrang der Grundrechte (also nicht einfach ‚der‘ Verfassung) vor der Staats-tätigkeit“. Man könnte das wohl als eine „idealistische“ Position interpretieren. Aber dann sollte man auch die weitere These bedenken, die in dem Buch (zumindest implizite) formuliert wird: daß nämlich jede demokratische, auch sozialistische Haltung sich an *Idealen* ausrichten müsse; nicht zwar an „ewigen“, „zeitlosen“ Idealen, wohl aber an Idealen, die als Produkt und Leitfa-den aus je historisch-bestimmter Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen.

„Eine Rose ist eine Rose, aber eine Verfassung ‚ist‘ immer schon – ihre Auslegung.“ Aber diese bekannte und so oft bloß oberflächliche Position, „daß Verfassungsfragen Machtfragen sind“, ist hier nur ein Ausgangspunkt der Betrachtung. Die materielle Grundlage wird durchaus betont: daß die Bundesrepublik „sehr eindeutig bürgerlich-kapitalistisch geworden (geworden?) ist“, und der Staat zum Garanten dieser „Ordnung“. Dennoch lautet dann das schlichte Argument: „Wer wie ich (Brückner), den Staat – auch den der BRD – als Organisation oder als ‚Apparat‘ (Maschine) bezeichnet, erklärt damit nicht zwangsläufig die Verfassung der BRD zum Organisationsstatut oder zur Betriebsanleitung. Sie hat zwar solche Funktionen.“ Indessen, sie ist „keine bloße Geschäftsgrundlage mit Kleingedrucktem, sondern mehr. Sie bindet Herrschaft ans Gesetz und ist schon deshalb – gegebenenfalls – unpraktisch. Wie überhaupt die Grundrechte als ‚Menschenrechte‘ ein emanzipatorisches Minimum bezeichnen, hinter das zurückzufallen eine Art von Geschichts-verbrechen darstellen kann.“

Die Fortsetzung der Argumentation ist wohl nicht bereits vollständig befriedigend. Aber es geht ja nicht darum, das Grundgesetz als programmatischen Rahmen für eine sozialistische Bewegung in der BRD zu predigen. Zunächst handelt es sich nur darum, die herrschenden Verhältnisse auch dadurch besser zu begreifen, daß man erkennt, wie die Herrschenden mit der „unpraktischen Seite“ „ihres“ Grundgesetzes umgehen. Was man dann lernen kann, bleibt sicherlich noch längere Zeit ein Gegenstand politischer Kontroverse.

(1) Internationalismus Buchladen und Verlagsgesellschaft mbH, Königsworther Straße 19, Postfach 3003, 3000 Hannover 1 (DM 14,80).

Ist die Verteidigung des Reallohns möglich?

Die nebenstehende Rechnung ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vielleicht schon überholt. Die Koalitionsregierung scheint sich über die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung fast sicher, und die direkte Erhöhung der Lohnsteuer ist auch schon im Gespräch. Bei aller Unsicherheit ergibt sich aus den (für drei Fälle aus der metallverarbeitenden Industrie) durchgeführten Kaufkraftberechnungen trotzdem ziemlich schlüssig: Irgendein Erfolg bei der Verteidigung des Reallohnes ist in der metallverarbeitenden Industrie bloß denkbar, wenn ein Abschluß mit stark wirkender Festgeldkomponente erzielt wird. Wenn die verschiedenen Äußerungen führender Gewerkschaftsfunktionäre, in diesem Jahr müsse die Verteidigung des Reallohnes im Zentrum der Bemühungen der Lohnbewegung stehen, nicht mit Propaganda einer Forderung mit starker Festgeldkomponente verbunden sind, so sind sie nicht ernsthaft, es sei denn, die Forderungsvorschläge lägen über 10%.

Da der Lohndrift in den höchsten Lohn- bzw. den höheren Gehaltszonen positiv zur Inflationsrate verlaufen ist, im Bereich der niedrigeren Löhne aber negativ, ergibt sich die Notwendigkeit einer ausgleichenden Forderung besonders dringend. Die taktische Lage ist kompliziert. Die Masse der Mitglieder der IG Metall findet sich nämlich eher im mittleren Bereich der Lohnskala. Im unteren Bereich beschäftigen die Kapitalisten Frauen und sodann Arbeiter ausländischer Nationalität. Der Organisationsgrad ist in diesem Bereich bekannt verbesserungsbedürftig. Im oberen Bereich der Lohnskala liegen die gut verdienenden Angestellten, und der Organisationsgrad ist niedrig.

Mit einer Prozentforderung würde die IG Metall sich praktisch außerstandsetzen, die Interessen der schlechtverdienenden weiblichen Arbeiter und der schlechtverdienenden Arbeiter ausländischer Herkunft zu verteidigen. Das würde zu einer Schwächung der Lohnbewegung und einem so niedrigen Abschluß führen, daß letzten Endes nicht einmal die eigentlich von Prozentabschlüssen begünstigten gut- und bestverdienenden Angestellten was davon hätten. Mitgliederverluste sowohl nach oben wie nach unten hin wären die Folge.

Das andere Problem: Wenn die Spontanentwicklung des Arbeitsmarktes ergeben hat, daß die Löhne für schlechtgezahlte Arbeiten stärker sinken als für gutgezahlte, ist dann nicht illusionär, diesem Prozeß durch gewerkschaftlichen Kampf sich entgegenzustellen? Wir meinen, praktisch und aktuell nicht und zwar aus den folgenden Gründen nicht:

Die Kapitalisten entlassen bei stagnierendem und sinkendem Absatz zunächst vor allem diejenigen Arbeiter und Angestellten, deren Tätigkeit proportional zum Produktausstoß der Firma eingesetzt wird. Das ist bei den sog. „einfachen“ Arbeiten am meisten der Fall. Reparaturarbeiter, Einrichter, Meister, technische und leitende Angestellte werden auch bei verringerter Produktion gebraucht und zwar, vergrößert ausgedrückt, solange die Anlagen überhaupt laufen. Im unteren Bereich der Lohnskala ist deswegen der Kündigungsdruck auf den einzelnen Arbeiter besonders stark. Für die Kapitalisten besteht die Möglichkeit, einen relativ teuren Arbeiter durch einen relativ billigen zu ersetzen. Wenn so ein Arbeiter beim Meister, Chef oder bei der Personalabteilung wegen Erhöhung seines individuellen Lohnes vorspricht, wird er ausgelacht; jedenfalls bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage. Deswegen sinken die Löhne und Gehälter für die sog. „einfachen“ Arbeiten gegenwärtig am schnellsten.

Was aber für den einzelnen Arbeiter oder Angestellten gilt, gilt nicht mehr im kollektiven Kampf für Tarife. Wenn so eine ehrenwerte Firma auch „unqualifizierte“ Kräfte haufenweise entläßt, kann doch kein Stück aus der Produktion und in den Verkauf gehen, ohne daß der verbleibende Rest „Unqualifizierter“ tätig geworden wäre und hätte schwitzen müssen. Da gerade bei sinkendem Absatz für die Kapitalisten der verbleibende Absatz ziemlich wichtig ist, ergibt sich eine starke Position für den Lohnkampf. Aber nur, wenn wirklich gekämpft wird. Wenn aber eine Forderung aufgestellt wird, die für gerade die Betriebe und Abteilungen, wo schlecht gezahlte Arbeiter und Angestellte überproportional arbeiten, wenig bringt, werden die Kapitalisten nicht verwundbar sein.

Wirtschaftsinstitute zur Einkommens- und Verbrauchsentwicklung 1981

„Die unerwünscht kräftigen Steigerungen der Verbraucherpreise haben inzwischen zu einer deutlichen Verminderung der realen Einkommen der privaten Haushalte geführt. So hat die Preissteigerungsrate im zweiten Quartal dieses Jahres den Anstieg der Nettolohn- und Gehaltssumme der Arbeitnehmer spürbar übertroffen: Der Preisanstieg war fast um einen vH-Punkt höher; in den Sommermonaten hat sich dieses Verhältnis noch weiter verschlechtert. Schon aus diesen Gründen trägt der private Verbrauch, anders als in früheren Phasen konjunktureller Schwäche, nicht zur Stabilisierung der Gesamtnachfrage bei, sondern er zählt zu den Komponenten, die sie vermindern. Die Umsätze des Einzelhandels konnten in dieser Konstellation ihr Vorjahresergebnis real nicht mehr erreichen, sondern blieben in den letzten Monaten um 2 bis 3 vH darunter ...“

(DIW-Wochenbericht vom 17.9.81: „Zur Wirtschaftslage“)

„Der private Verbrauch hat – nach dem Rückgang im Vorquartal – nominal wieder geringfügig zugenommen. Der Anstieg der Nettoarbeits- und Sozialeinkommen war insgesamt mit rund 1,5 vH gegenüber Vorquartal zwar relativ kräftig, das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm dennoch wegen der stark gedämpften Entwicklung der Gewinneinkommen nicht zu. Der geringe Anstieg der Verbrauchsausgaben ging deshalb mit einer deutlichen Verringerung der Spartätigkeit einher; Spareinlagen und Wertpapierkäufe sanken fühlbar. Mit den gleichzeitigen kräftigen Preisanhebungen für die Güter und Dienste des privaten Verbrauchs kam es zu weiteren Einbußen der Haushalte an realer Kaufkraft ... So sind für die kommenden Monate weder vom privaten Verbrauch noch von der Investitionstätigkeit Produktionsanreize zu erwarten, zumal sich das Tempo der Preissteigerungen beim privaten Verbrauch nochmals beschleunigt hat und die reale Kaufkraft der privaten Haushalte damit weiterhin stark reduziert wird ...“

(DIW-Wochenbericht v. 20.8.81: „Ergebnisse der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das zweite Quartal 1981“)

„Die Schwäche der wirtschaftlichen Entwicklung hat nun auch das Einkommen der privaten Haushalte erfaßt. Die Lohn- und Gehaltssumme hat in den ersten Monaten dieses Jahres nur wenig zugenommen, zum Teil freilich nur, weil sich der Abschluß neuer Tarifverträge wegen der hartnäckigen Forderungen der Gewerkschaften und des starken Widerstands der Arbeitgeber hinauszog ... Daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte überhaupt noch zunahm, ist überwiegend den entnommenen und verteilten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zuzuschreiben. Sie scheinen allerdings nur deshalb beachtlich gestiegen zu sein, weil zahlreichen Unternehmern und Selbständigen die Anlage von Erträgen in Wertpapieren und auf Terminkonten wegen des hohen Zinsertrages auf der einen und der überzogenen Lohnerhöhungen auf der anderen Seite lohnender und risikoloser zu sein scheint als in Investitionen ...“

(Konjunkturberichte Teil I, 1/81, hrsg. vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung RWI)

„Preisbereinigt ist das Einkommen der privaten Haushalte seit der Jahreswende gesunken. Wegen der schlechten Arbeitsmarktlage, der ungünstigen Einkommenserwartungen und der hohen Zinsen haben die privaten Haushalte hierauf nicht mit einer Verminderung ihrer Ersparnis reagiert. Der private Verbrauch hat sich daher in den ersten Monaten des Jahres 1981 weiter abgeschwächt. Einkommen und Verbrauch werden wohl auch im weiteren Verlauf des Jahres 1981 zurückgehen, da erneut mit einem Sinken der Produktion und einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist ... Für 1981 ist insgesamt eine Abnahme des privaten Verbrauchs um rd. 1 vH zu erwarten ... Der Lohnabschluß 1981 wird die Ertragsrechnungen der Unternehmen bis ins Jahr 1982 hinein belasten. Der Abbau übertariflicher Leistungen kann in der gewerblichen Wirtschaft zum Teil Schlimmeres verhüten. Die negativen lohnpolitischen Einflüsse können also erst im Frühjahr 1982 korrigiert werden. Rekordarbeitslosigkeit und sinkende Inflationsraten dürften dann zu einem deutlich niedrigeren Lohnabschluß führen; auch eine Nominallohnpause ist durchaus im Bereich des Möglichen ...“

(Boss u.a.: „Bundesrepublik Deutschland: anhaltender Abschwung“, in: Weltwirtschaft 1/81, hrsg. v. Institut für Weltwirtschaft Kiel)

Lohnbewegung 82: Wieweit kann eine Lohnerhöhung von 200 DM, 80 DM + 4,6% oder 7,7% den Reallohnverlust gegenüber 1980 ausgleichen?

Metallarbeiter Maschinenbau NRW, LG I, Stkl. IV, 1 Kind				Metallarbeiterin Elektro NRW LG III, Steuerklasse I			Angestellter Maschinenbau NRW LG II, Stkl. III, 2 Kinder				
	Brutto	Netto	i. Kauf- kraft 1/80	Brutto	Netto	i. Kauf- kraft 1/80	Brutto	Netto	i. Kauf- kraft 1/80	Index 1/80 = 100	
Lohnerhöhung: 200 DM monatlich											
1982	Januar	2891	1877	1660	1845	1289	1140	4307	2997	2650	113,1
	Februar	3091	1972	1731	2045	1413	1241	4507	3124	2743	113,9
	März	3091	1972	1722	2045	1413	1234	4507	3124	2728	114,5
	April	3091	1972	1712	2045	1413	1227	4507	3124	2712	115,2
	Mai	3091	1972	1706	2045	1413	1222	4507	3124	2702	115,6
	Juni	3091	1972	1700	2045	1413	1218	4507	3124	2693	116,0
	Juli	4609	2644	2271	3134	1977	1698	6691	4545	3905	116,4
	August	3161	2003	1716	2081	1435	1230	4535	3144	2694	116,7
	Sept.	3884	2330	1988	2607	1724	1471	5612	3871	3303	117,2
	Okt.	3131	1990	1689	2081	1435	1218	4518	3132	2659	117,8
	Nov.	4697	2679	2266	3122	1972	1668	6777	4595	3887	118,2
	Dez.	3131	1990	1672	2081	1435	1206	4518	3132	2632	119,0
	Nettojahreseinkommen 82 in Kaufkraft 1/80:			21833		15773			35308		
	Vergleich: Nettojahresein- kommen 80 in Kaufkr. 1/80:			22608		15850			36610		
	Differenz zu 1980:			- 775		- 77			- 1302		
Lohnerhöhung: 80 DM + 4,6%											
1982	Januar	2891	1877	1660	1845	1289	1140	4307	2997	2650	113,1
	Februar	3108	1979	1737	2014	1395	1225	4589	3178	2650	113,9
	März	3108	1979	1728	2014	1395	1218	4589	3178	2776	114,5
	April	3108	1979	1718	2014	1395	1211	4589	3178	2759	115,2
	Mai	3108	1979	1712	2014	1395	1207	4589	3178	2749	115,6
	Juni	3108	1979	1706	2014	1395	1203	4589	3178	2740	116,0
	Juli	4579	2630	2259	3036	1933	1661	6757	4582	3936	116,4
	August	3181	2013	1725	2051	1417	1214	4618	3196	2739	116,7
	Sept.	3879	2328	1986	2544	1692	1444	5687	3918	3343	117,2
	Okt.	3150	1999	1697	2051	1417	1203	4600	3185	2704	117,8
	Nov.	4725	2694	2279	3077	1952	1651	6900	4667	3948	118,2
	Dez.	3150	1999	1680	2051	1417	1191	4600	3185	2676	119,0
	Nettojahreseinkommen 82 in Kaufkraft 1/80:			21887		15567			35810		
	Vergleich: Nettojahres- eink. 80 in Kaufkr. 1/80:			22608		15850			36610		
	Differenz zu 1980:			- 721		- 283			- 800		
Lohnerhöhung: 7,7%											
1982	Januar	2891	1877	1660	1845	1289	1140	4307	2997	2650	113,1
	Februar	3114	1983	1741	1987	1378	1210	4639	3209	2817	113,9
	März	3114	1983	1732	1987	1378	1203	4639	3209	2803	114,5
	April	3114	1983	1721	1987	1378	1196	4639	3209	2786	115,2
	Mai	3114	1983	1715	1987	1378	1192	4639	3209	2776	115,6
	Juni	3114	1983	1709	1987	1378	1188	4639	3209	2766	116,0
	Juli	4548	2617	2248	2960	1898	1631	6790	4604	3955	116,4
	August	3189	2016	1728	2026	1403	1202	4669	3228	2766	116,7
	Sept.	3869	2323	1982	2493	1666	1422	5730	3945	3366	117,2
	Okt.	3157	2001	1699	2026	1403	1191	4650	3217	2731	117,8
	Nov.	4736	2698	2283	3039	1934	1636	6976	4713	3987	118,2
	Dez.	3157	2001	1682	2026	1403	1179	4650	3217	2703	119,0
	Nettojahreseinkommen 82 in Kaufkraft 1/80:			21900		15390			36106		
	Vergleich: Nettojahres- eink. 80 in Kaufkr. 1/80:			22608		15850			36610		
	Differenz zu 1980:			- 708		- 460			- 504		

Anmerkung: Die Auszahlung der Lohnerhöhung ist ab Februar 82 angesetzt; die jetzt geltenden Metalltarifverträge laufen zum 31.1.82 aus. Der Berechnung liegen die in Pol. Ber. 21/81, S. 38 - 39 angenommenen Fälle und deren Effektivlöhne und -gehälter für das 2. Hj. 81 und Jan. 82 zugrunde, die auf einer Fortschreibung der Effektivlohnstatistik 80 basieren. (Näheres: s. Anmerkungen Heft 21/81). Für die Monate 2 bis 6/82 wurde die jeweilige Lohnerhöhung auf den Bruttolohn Januar 82 berechnet, für die Monate 7 bis 12/82 auf die entsprechenden Monate des Vorjahres. - Das Urlaubs-

geld wird im Juli (20 Tage) und im September (10 Tage) gezahlt. Die Auszahlung des Weihnachtsgeldes ist im November angesetzt. - Wie in den bisherigen Modellrechnungen haben wir eine Entwicklung der Inflationsrate bei den Lebenshaltungskosten von 7% Anfang 82 auf 6% Ende 82 angenommen. Als Basismonat wurde Januar 80 - 100 gewählt. Das jeweils kaufkräftige Monatseinkommen nach dem Standard Januar 80 ergibt sich aus der Division des Nettolohnes 1 durch den jeweiligen Preisindex. Zur Ermittlung der kaufkräftigen Netto-Jahreseinkommen 80 siehe Heft 21/81

Lohnbewegung 81/82

Gesamtmetall will die IG Metall zerstückeln



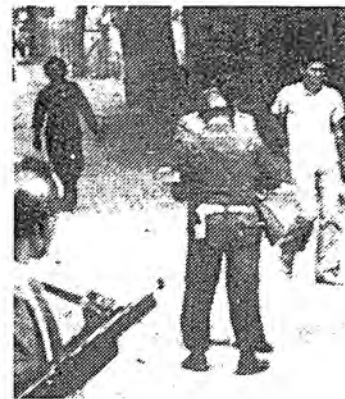
Gesamtmetall beschloß jüngst, in Tarifforderungen erst eine einheitliche Linie für alle Regionalverbände festzulegen, dann regional zu verhandeln, aber die Kapitalisten aus den Gebieten, wo abgeschlossen worden ist, finanziell zur Deckung anderswo noch zu führender Kampfmaßnahmen heranzuziehen. Anscheinend plant man, ganze Tarifgebiete abzuhängen. Hoffentlich tritt die IGM gegen diese perfide Taktik mit einer einheitlich geschlossenen Forderungsfront an.

Türkei

Die Junta vollzieht das „Modernisierungsprogramm der Imperialisten

Seit dem Militärputsch sind in der Türkei Massenverhaftungen von Arbeitern, Erschießungen, Hinrichtungen, Folter an der Tagesordnung. Jetzt hat der Bundestagsausschuß für Entwicklungshilfe beantragt, die „Türkei-Hilfe“ der BRD, vor wenigen Monaten noch verlängert, zu stoppen. Genscher äußert sein „Bedauern“ über die Verfolgungsmaßnahmen der Junta. Die wi-

derliche Heuchelei soll vertuschen, daß die Junta genau das Programm durchführt, das die Imperialisten schon lange wollten und weswegen sie putschen ließen: Niederschlagung der Gewerkschaften, brutale Lohnsenkungen, mehr „Wettbewerb“ für die Staatsbetriebe, d.h. Zerstörung der nationalen Wirtschaft, Öffnung des Landes für das imperialistische Kapital.



Untere Lohngruppen

Niedrige Löhne bei höchstem Arbeitstempo



Arbeiter und Arbeiterinnen, die in untere Lohngruppen eingestuft sind, berichten über ihre Tätigkeiten: sich dauernd wiederholende Arbeitsvorgänge bei höchstem Tempo. Die Kapitalisten sind bestrebt, die Arbeitsteilung weiter voranzutreiben und dadurch das Tempo zu steigern. Die Löhne decken kaum oder gerade die Unterhaltskosten, wie sie im

Laufe eines Monats anfallen. Die Schwierigkeiten, Kinder großzuziehen, sind trotz staatlicher Zuschüsse wie Wohngeld, Kindergeld, Familiendarlehen u.ä. enorm. Welche Regelungen konnten Gewerkschaften und einzelne Belegschaften zur Lohnanhebung und Beschränkung der Kapitalisten bei Arbeitsinhalt und Arbeitstempo durchsetzen?

Philippinen

Langandauernder Volkskrieg gegen US-Marcos-Diktatur

Seit 1972 das Kriegsrecht verhängt wurde, kommandieren Planer von Weltbank und IWF die Wirtschaftspolitik dieses ASEAN-Landes. Das Ergebnis: In diesem Jahr sind 2 Mrd. \$ Schuldendienst fällig, die Abhängigkeit von US- und japanischen Monopolen ist größer denn je: die arbeitenden Massen leben im Elend. Die kommunistisch geführte Neue Volksarmee und muslimische Organisationen kämpfen für Befreiung.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel.: 0221/ 51 73 76
Sie erscheinen im
Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel 0221/ 51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelausgaben Nachrichtenhefte: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel: 0221/ 51 74 57